



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Bayerisches Kabinett:

Unterstützung in der Krise

Mit einer halben Milliarde Euro unterstützt die Staatsregierung soziale und kulturelle Einrichtungen, Vereine und Künstler in der Corona-Krise. Für Kommunen sollen die vorzeitige Überweisung von Mitteln aus dem Finanzausgleich sowie haushaltsrechtliche Maßnahmen des Innenministeriums als finanzielle Hilfe ausreichen. Liquiditätshilfen sowie ein Stufenplan soll die Krankenhäuser entlasten.

Der Freistaat Bayern hilft im sozialen und kulturellen Bereich mit einem Volumen von rund 500 Millionen Euro in Bayern. Die Hilfsmittel sollen in folgenden Bereichen die Folgen der Corona-Krise abfedern: in Einrichtungen der stationären Versorgung, in den Kommunen, Kunst und Kultur, in sozialen Einrichtungen und dem organisierten Sport. Der Bayerischen Staatsregierung sei bewusst, dass die Kommunen ebenso wie der Freistaat aufgrund der Corona-Krise im weiteren Verlauf des Jahres erheblich weniger Steuern einnehmen werden, wie es im aktuellen Bericht des Ministerrats heißt. Die konkreten Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die kommunalen Steuereinnahmen können derzeit jedoch noch nicht solide abgeschätzt werden. Erste Anhaltspunkte für die Auswirkungen im Gesamtjahr könnte erst die nächste Steuerschätzung im Mai 2020 ergeben.

kurzfristige Kredite ausgeglichen werden. Um die Liquidität der Kommunen in den nächsten Monaten kurzfristig zu stärken, werden jedoch bei Schlüsselzuweisungen, Finanzausgleich und Investitionszuschüssen die festgelegten Auszahlungstermine innerhalb des Jahres 2020 im Gesamtumfang von zwei Milliarden Euro stufenweise vorgezogen.

Abstimmung im Mai

Der entsprechende Verordnungsentwurf des Finanzministeriums soll nach Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden in Kraft gesetzt werden. Ein Termin mit Ministerpräsident Markus Söder sei daher geplant, doch dazu müsse man zunächst mit verlässlichen

Bayerischer Städtetag zur Corona-Pandemie:

Belastungsprobe für Kommunen

„Nach Hilfspaketen für Unternehmen muss an einen Rettungsschirm für Kommunen gedacht werden, der noch in diesem Jahr greift.“ Darauf hat der Vorsitzende des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl, hingewiesen. Bürger und Wirtschaft seien auf handlungsfähige Kommunen mit einer leistungsfähigen kommunalen Daseinsvorsorge angewiesen.

Bund, Freistaat und Kommunen halten Gribl zufolge im Schulterschluss zusammen. Sie lindern gemeinsam in einem enormen Kraftakt die Folgen der Corona-Pandemie. Als erstes gehe es um Leib und Leben, um den Schutz von Menschen. Städte, Gemeinden, Landkreise und Bezirke betrieben Krisenmanagement für die Aufrechterhaltung der Infrastruktur mit einer funktionstüchtigen Verwaltung, mit Feuerwehren, Katastrophenschutz, Krankenhäusern, Rettungsdiensten, Pflegeeinrichtungen, Abwasserbeseitigung, Müllabfuhr und Nahverkehr. Kommunen leisteten damit einen wesentlichen Beitrag, um das Land am Laufen zu halten, um Hilfe- und Schutzbedürftige zu versorgen, die Notbetreuung sicherzustellen und soziale Transferleistungen auszuführen.

Hilfspakete

Freistaat und Bund gingen mit Hilfspaketen für Unternehmen, Kurzarbeiter-Geld, Finanzhilfen, Steuerstundungen und steuerlichen Unterstützungen, Kredit und Bürgschaftsprogrammen in Vorleistung. Dies seien wichtige Instrumente, um das Wirt-



Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Kommunikation in Corona-Zeiten. Bild: Bayerische Staatskanzlei

Zahlen aufwarten, die im Mai 2020 zur Verfügung stehen. Insbesondere schauen die Gemeinden auf die Sozialausgaben der Landkreise und erwarten deswegen höhere Zahlungen zur Kreisumlage im kommenden Jahr. Zudem wurden von Seiten des Innenministeriums haushaltsrechtliche Maßnahmen getroffen, um die Zahlungsfähigkeit der bayerischen Kommunen sicherzustellen. Dazu gehört insbesondere eine Lockerung der Regelungen für Kassenkredite. Die Landtags-Grünen hatten gefordert, aus den 20 Milliarden Euro Hilfsmaßnahmen eine man zunächst mit verlässlichen

(Fortsetzung auf Seite 4)

KPV-Positionspapier:

Corona bekämpfen, Kommunalpolitik stärken

„Bayern hält in diesen Krisenzeiten zusammen und unsere starken Kommunen spielen dabei eine ganz entscheidende Rolle“, betont KPV-Landesvorsitzender, Landrat Stefan Rößle. Damit die Kommunen dauerhaft leistungsfähig bleiben, was zur Überwindung der Auswirkungen der Corona-Krise eine Grundvoraussetzung sein wird, und die strukturelle, wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage stabil bleibt, müssen aus Sicht der KPV jedoch einige Punkte und Maßnahmen noch stärker berücksichtigt werden.

So sieht das Positionspapier zunächst vor, die regionale Gesundheitsversorgung zu schützen. Die Corona-Krise zeige, dass die regionalen Krankenhausstrukturen sowie eine flächendeckende ärztliche Versorgung gerade in diesen Zeiten von enormer Wichtigkeit sind. Die regionale Gesundheitsversorgung habe sich in der Krise bewährt und müsse langfristig vor weiteren Zentralisierungstendenzen geschützt werden.

Kommunale Handlungsfähigkeit

Auch muss die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen weiterhin und langfristig gewährleistet sein. Fehl-

de Einnahmen, gesteigerte Kosten sowie Einbrüche bei der Gewerbe- und Einkommensteuer werden künftig zu einer deutlichen Mehrbelastung aller kom-



Landrat Stefan Rößle.

Der Einkauf regionaler Produkte stärke die Wirtschaftskreisläufe vor Ort sowie die heimische Landwirtschaft und Umwelt vor unnötigen Belastungen. „Die Corona-Krise hat gezeigt: Lange Transportwege für die Versorgung der Bevölkerung und die Produktion von medizinischen Erzeugnissen sind störanfällig. Regionale Wirtschaftskreisläufe gewährleisten unsere Handlungsfähigkeit in der Krisenzeit. Dieses Ziel gilt es insbesondere bei medizinischen und sicherheitsrelevanten Produkten sowie bei der Versorgung mit Lebensmitteln in Zukunft umzusetzen.“

Gesundheitsschutz ernst nehmen

„Gesundheitsschutz der Bevölkerung und Öffnung der Unternehmen sind vereinbar“, heißt es weiter. „Die Unternehmen haben bewiesen, dass sie den Gesundheitsschutz ernst nehmen und Hygienemaßnahmen umsetzen.“ Eine flächendeckende Öffnung auch für den Einzelhandel mit über 800 qm sei ebenso von zentraler Bedeutung für die Sicherung der Wirtschaftskraft, wie eine schrittweise Öffnung von Hotellerie und Gastronomie.

„Das veränderte Mobilitätsverhalten in der Corona-Krise“ (Fortsetzung auf Seite 4)



Der Bürgermeister, setzt auf das Prinzip Verantwortung in der Krise. Dazu passt ein Satz des Staatsrechtlers Oliver Lepsius: „Jetzt kommt die Zeit des Umstellens von präventiven Verbot mit Erlaubnisvorbehalt auf Verhaltensgebote, die auf Vertrauen und Vernunft gründen“. S. 15

Hilfen durch Finanzausgleich

Der Freistaat bezeichnet sich in der Krise „als verlässlicher Partner an der Seite seiner Kommunen“ und verweist auf den kommunalen Finanzausgleich 2020. Er sei „eine echte Stütze für die bayerischen Kommunen“. Mit einem Rekordvolumen von über zehn Milliarden Euro sei er von den aktuellen Entwicklungen im Jahr 2020 grundsätzlich nicht betroffen. Bayerns Gemeinden befinden sich in vergleichsweise komfortabler Lage, weil sie im Schnitt weitaus weniger verschuldet sind, als Gemeinden in anderen Bundesländern. Daher könnten Einnahmeausfälle zunächst durch Rücklagen oder

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Rekordinvestitionen zur Krisenbewältigung	2
Verfassungsschutzbericht Bayern 2019	2
Spitzenverbände zur Lockerung der Corona-Beschränkungen	3
GZ-Kolumne Christine Borst: Die Menschen brauchen positive Perspektiven	
Schritte für Rückkehr von Krankenhäusern zum Regelbetrieb	4
Tipps zur Bewältigung der Krise.	4
Kommunale Finanzthemen	
Wasser · Abwasser	5 - 9
Galabau · Friedhof · Kommunalfahrzeuge	11 - 13
Aus den bayerischen Kommunen.	14 - 16

Bayerischer Nachtragshaushalt:

Rekordinvestitionen zur Krisenbewältigung

Mit der Verabschiedung des Gesetzes zum Nachtragshaushalt 2020 bringt der Bayerische Landtag Haushaltsmittel, Bürgschaften und Garantien in Höhe von 60 Milliarden Euro auf den Weg, um die wirtschaftlichen, gesundheitlichen und sozialen Folgen der Corona-Krise abzumildern. Einen Schutzschirm für Kommunen soll es allerdings nicht geben. Ausreichend Liquidität garantiert die vorzeitige Überweisung von Mitteln aus dem Finanzausgleich. Grüne und SPD enthielten sich bei der Abstimmung. Nach ihrer Auffassung verweigert die Regierung eine Soforthilfe für die Kommunen trotz wegbrechender Steuereinnahmen.

Der Nachtragshaushalt umfasst Mehrausgaben von weiteren zehn Milliarden Euro und dient vor allem der Unterstützung von Mittelstandsbetrieben und Unternehmen, aber auch Solo-Selbständigen, Freiberuflern, Künstlern und landwirtschaftlichen Betrieben. Der Landtag billigte dazu mit kleinen Änderungen die Vorlage von Finanzminister Albert Füracker (CSU), der zusätzlich zehn Milliarden Euro beantragt hatte.

20 Mrd. Euro für die Krisenbewältigung

Für die Krisenbewältigung stehen damit 20 Milliarden Euro zur Verfügung. Der Schuldenstand des Freistaats wächst in der Folge von 26,5 auf 46,5 Milliarden Euro. „Krisenbewältigung ist Ausnahmezustand, da muss man anders agieren als in normalen Zeiten“, erklärte Füracker. Er hoffe, dass die vom Landtag nun frei gegebenen Milliarden nicht alle gebraucht würden. Der neue Finanzrahmen ermögliche es dem Freistaat aber, zur Abmilderung der Corona-Folgen flexibel und bedarfsgerecht einzugreifen. Nach Angaben Fürackers summieren sich die Ausgaben zur Bewältigung der Krise bereits jetzt auf rund 12,5 Milliarden Euro. Fünf Milliarden seien für Soforthilfen an Unternehmen, Selbständige oder soziale Institutionen zugesagt, 2,5 Milliarden für das Gesundheitssystem. Dazu kämen voraussichtlich rund fünf Milliarden Euro an Steuerausfällen. Die zusätzlichen Kredite sollen

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Paul Nagler
87752 Holzgünz
am 8.5.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Eduard Obermeier
93186 Pettendorf
am 7.5.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Michael Karmann
96155 Buttenheim
am 8.5.

Bürgermeister Stefan Taglang
89441 Medlingen
am 13.5.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Stefan Hemmerich
97234 Reichenberg
am 4.5.

Bürgermeister Alois Fischer

97294 Unterpleichfeld
am 12.5.

Landrat Dr. Jürgen Ludwig
91506 Ansbach
am 15.5.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Jürgen Gilch
86462 Langweid a. Lech
am 12.5.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

ab 2024 in jährlichen Raten von einer Milliarde Euro zurückgezahlt werden.

Der CSU-Haushaltspolitiker Josef Zellmeier betonte, über die neuen Schulden sei niemand erfreut. Die damit finanzierten staatlichen Eingriffe seien aber „der richtige Weg in dieser Situation“. Das Gesundheitssystem müsse weiter gestützt werden und die bayerische Wirtschaft möglichst gut durch die Krise kommen. Deshalb müsse der Staat jetzt „beherzt agieren“. Allerdings räumte Zellmeier ein, dass mit den zusätzlichen Mitteln nicht alle krisenbedingten Einbrüche verhindert und alle Wünsche auf Hilfen erfüllt werden könnten. Anders als Teile der Opposition sehen Zellmeier und Füracker derzeit keine Notwendigkeit, über den bayerischen Kommunen einen Schutzschirm aufzuspannen.

Erleichterung bei Kreditaufnahme

Mit einem Dringlichkeitsantrag forderten die Freien Wähler, den Gemeinden, Städten und Landkreisen im Freistaat unter die Arme zu greifen. Gebot der Stunde müsse sein, dass auch Kommunen ohne entsprechende Rücklagen ausreichende finanzielle Spielräume zur Selbsthilfe haben, sagte der kommunalpolitische FW-Fraktions Sprecher, Joachim Hanisch. Deshalb begrüßen die Freien Wähler die Entscheidung der Staatsregierung, Regelungen zur Genehmigung kommunaler Haushalte für die Dauer der Pandemie großzügig auszulegen und die Auszahlungszeitpunkte von Finanzausgleichsleistungen vorzuziehen. Die jetzt beschlossenen Erleichterungen bei der kommunalen Kreditaufnahme seien ein wichtiges Signal an die Kommunen, so der Kommunal-Experte. „Auch die anstehenden Verhandlungen zum kommunalen Finanzausgleich müssen die Auswirkungen der Corona-Krise auf Bayerns Kommunen im Blick behalten“, so Hanisch. Es sei unerlässlich, dass sie als Rückgrat des Freistaats während der Krise und darüber hinaus handlungsfähig bleiben. Der Erhalt der kommunalen Infrastruktur müsse laut Hanisch auch in dieser schwierigen Ausnahmesituation oberste Priorität haben.

Grüne kritisieren „Ignoranz“

Claudia Köhler, haushaltspolitische Sprecherin der Landtags-Grünen, nannte als Hauptgrund für die Stimmenthaltung beim Haushaltsentwurf das fehlende Hilfspaket für Bayerns Kommunen und die „Ignoranz, mit der die Regierung auf die Hilferufe des Städtetags und einzelner Kommunen“ reagiere. „Die aktuelle finanzielle Bedrängnis droht reflexartige Rufe nach Haushaltssperren oder pauschalen Mittelkürzungen auszulösen“, sagte sie. Die Landtags-Grünen hatten im zuständigen Haushaltsausschuss Sonderschlüsselzuweisung in Höhe von einer Milliarde Euro zur Stärkung der kommunalen Finanzkraft gefordert. Diese sollten anhand real zu erwartenden Steuer-

messzahlen) berechnet werden – was von einer Mehrheit der CSU und Freien Wähler abgelehnt wurde. Zudem kritisierte Köhler, dass die zehn Milliarden auf keine konkreten Haushaltstitel verteilt seien. Man wolle der Staatsregierung deshalb „keinen weiteren Blankoscheck“ ausstellen, begründete sie die Stimmenthaltung ihrer Fraktionen zum Nachtragshaushalt.

Freie Wähler-Fraktionschef Florian Streibl entgegnete: „Wir müssen der Staatsregierung die nötige Flexibilität geben, weil wir heute noch nicht wissen können, was morgen richtig ist.“ Das bisherige Krisenmanagement der Staatsregierung sei geprägt von Umsicht, Weitsicht und Augenmaß. „Deshalb ist es mehr als gerechtfertigt, der Regierung einen Vertrauensvorschuss zu gewähren“ so Streibl.

SPD verweigert Zustimmung

Auch die SPD enthielt sich bei der Abstimmung. „Für das bloße Abnicken des Haushalts steht die SPD nicht zur Verfügung“, erklärte deren Haushaltssprecher Harald Güller. Zwar hätten Staatsregierung und Koalitionsfraktionen einige Vorschläge der SPD zur Unterstützung von Bürgern, Institutionen und Unternehmen aufgegriffen, sich aber in der parlamentarischen Beratung auf einem „Weg der einsamen Entscheidungen“ einer Konsenslösung verweigert. Zudem kritisierte er, dass mangels verbindlicher Festlegungen im Gesetz die parlamentarische Kontrolle des Vollzugs außer Kraft gesetzt werde. „Von den Freien Wählern und insbesondere von Teilen der CSU wurde der Weg der Selbstüberschätzung mit Hang zur Überheblichkeit im zuständigen Haushaltsausschuss geradezu zelebriert. Keinem einzigen unserer Anträge wurde in den vergangenen Wochen zugestimmt, Briefe nicht beantwortet. Stattdessen werden unsere Vorschläge als eigene Initiativen verkauft. So kann man in diesen schwierigen Zeiten einfach nicht zusammenarbeiten!“, kritisierte Güller. Auch die SPD hatte einen kommunalen Schutzschirm und Nothilfen für Städte und Gemeinden gefordert.

FDP fordert Begrenzung der Hilfen

Dagegen verteidigte Bernhard Pohl (Freie Wähler) das Vorgehen. Zwar handle es sich um einen „ungewöhnlichen Beschluss“, der Staatsregierung zehn Milliarden Euro zur quasi „freien Verfügung“ zu genehmigen, doch sei dies in der aktuellen Lage erforderlich. „In der aktuellen Notsituation sind wir alle gefordert, pragmatische Lösungen zu finden“, betonte Pohl. Helmut Kaltenhauser (FDP) forderte eine zeitliche Begrenzung der Stützungsmaßnahmen. So notwendig die angedachten Maßnahmen für die aktuelle Lage seien, sie dürften nicht auf Dauer bleiben. Man brauche auch für die Staatshilfen und die mögliche Teilverstaatlichung von Unternehmen eine „Exit-Strategie“. Um eine niedrigere Schuldenaufnahme zu erreichen, verlangte Ferdinand Mang (AfD) die Kürzung von „Luxusaussgaben“ im regulären Haushalt. Zudem sah Mang in den neuen Schulden auch eine „versteckte Bankenrettung“. Als einzige Fraktion votierte die AfD gegen den Haushaltsentwurf.

Bayern-Fonds schützen bayerische Firmen

Einstimmig gab der Landtag hingegen grünes Licht für den 46 Milliarden Euro umfassenden „Bayern-Fonds“, der staatliche Kreditbürgschaften und die Möglichkeit zur vorübergehen-

den Übernahme von Unternehmensanteilen durch den Freistaat vorsieht. Damit sollen systemrelevante bayerische Firmen vor der Insolvenz oder der Übernahme durch ausländische Investoren geschützt werden. „Wir wollen erreichen, dass Firmen erhalten bleiben und dass eine bayerische Firma bayerisch bleibt und keine chinesische wird“, erklärte Finanzminister Füracker.

Es sei zudem gelungen, die wichtigen Hinweise des Obersten Bayerischen Rechnungshofs (ORH) im Gesetz zu berücksichtigen. „Die parlamentarischen Kontrollrechte wurden gestärkt und auch der ORH kann seiner Kontrollfunktion in vollem Umfang nachkommen“, sagte Florian Streibl. Damit sei die Grundlage geschaffen, um den Menschen im Freistaat auch weiterhin schnell, unbürokratisch und bedarfsabhängig zu helfen. Tim Pargent (Die Grünen) bemängelte, dass die Abwicklung des Fonds an eine private Finanzagentur und die Finanzierung der Hilfen in einen „Schattenhaushalt“ ausgelagert würden. Dies sei nur zu akzeptieren, da sich die Regierungskoalition bereit erklärt habe, den Fonds durch ein parlamentarisches Begleitgremium mit einzelnen Entscheidungsbefugnissen kontrollieren zu lassen und dem Bayerischen Obersten Rechnungshof Prüfbefugnisse einzuräumen.

Verfassungsschutzbericht Bayern 2019:

„Klare Kante“ gegen extremistische Störungen

Extremistische Hetze, tätliche Angriffe bis hin zu Mord: Die größte Bedrohung für die innere Sicherheit im Freistaat ist aktuell der Rechtsextremismus. Dennoch bleibt auch die Bedrohung durch die linksextremistische Szene und den islamistischen Terrorismus virulent. Wie Innenminister Joachim Herrmann bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2019 betonte, „zeigt sich die Fratze des Rechtsextremismus in extremistischer Hetze, bei tätlichen Angriffen bis hin zu Mordanschlägen. Im Fokus stehen unsere Mitmenschen jüdischen Glaubens und solche mit Migrationshintergrund sowie Repräsentanten des Staates.“

Traurige Beispiele derartiger Gewalttaten waren etwa der Mord an Dr. Walter Lübcke am 2. Juni 2019 oder der Anschlag in Halle an der Saale am 9. Oktober 2019. Herrmann sprach in diesem Zusammenhang von einer „erheblichen Radikalisierung der Szene über das Internet“ und der Entstehung einer digitalen Subkultur. Man habe es hier mit diffusen Personenzusammenschlüssen und aktiven Einzelpersonen zu tun, die vor allem in nichtöffentlichen Bereichen des Internets agieren. Das mache sie so gefährlich. Die Zahl der Rechtsextremisten ist von 2.360 im Jahr 2018 auf 2.570 in 2019 gestiegen. Darunter befinden sich konstant rund 1.000 Gewaltorientierte.

Dezentrale Strukturen

Herrmann zufolge geht der Trend weg von klassischen rechtsextremistischen Parteien oder Gruppierungen hin zu dezentralen Strukturen, vor allem in den sozialen Medien. Mittlerweile umfasst das sogenannte unstrukturierte Personenpotenzial mit 46,6 Prozent rund die Hälfte des gesamten rechtsextremistischen Personenpotenzials in Bayern. Die größte Herausforderung für die Sicherheitsbehörden bestehe darin, zur Tat entschlossene Personen rechtzeitig zu identifizieren, bevor sie einen Anschlag begehen können.

Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie hätten zudem „Tag-X“-Szenarien bei Rechtsextremisten Hochkonjunktur. Asylbewerber, Migranten und auch jüdische Mitbürger würden auf Basis von hanebüchenden Unterstellungen als vermeintliche Profiteure für die

Interaktive Lernlandkarte für Bayern:

Online-Grundwissen zur Kommunalpolitik

Gemeinsames Projekt der KommunalAkademie Bayern und der Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung

Ein ebenso beachtenswertes wie lohnendes Format der kommunalpolitischen Bildung präsentieren die KommunalAkademie Bayern und die Online-Akademie der Friedrich-Ebert-Stiftung: Die interaktive Lernlandkarte „Online-Grundwissen zur Kommunalpolitik in Bayern“. Sie kommt gerade bei erstmals gewählten Kommunalpolitikern gut an, da sie wegen der Corona-Krise bis auf weiteres keines der oft schon vor Monaten terminierten Präsenzseminare der bayerischen Träger politischer Bildung besuchen können.

Interessierte finden, laut Harald Zintl, Leiter des Regionalbüros Regensburg der Friedrich-Ebert-Stiftung, auf der kreativ illustrierten Lernlandkarte Informationen über zahlreiche relevante kommunalpolitische Themen. An 23 Lernstationen können Erklärvideos und Texte zu Themen wie „Rats- und Fraktionsarbeit“, „Kommunale Daseinsvorsorge“, „Kommunale Finanzen“, „Planen und Bauen“, „Kommunale Umweltpolitik“, „Kommunale Sozialpolitik“, „Kommunale Bürgerbeteiligung“ und „Demografischer Wandel“ aufgerufen werden.

In kurzen Videos berichten erfahrene Kommunalpolitiker wie die Regensburger Oberbürgermeisterin Gertrud Maltz-Schwarzfischer, Brigitte Bachmann (Bürgermeisterin Gemeinde Birgland), Sebastian Koch (Bürgermeister Gemeinde Wenzenbach), Norbert Seidl (Bürgermeister Puchheim) und MdL Klaus Adelt (langjähriger Bürgermeister in Selbitz), aber auch der ehemalige Vizepräsident des Europäischen Parlaments Gerhard Schmid und der Nürnberger Kämmerer Harald Riedel aus ihrer Arbeit zu diesen Schwerpunkten.

Die KommunalAkademie Bayern der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Sitz in Regensburg ist seit 2006 aktiv. Alle kommunalpolitisch interessierten und engagierten Bürgerinnen und Bürger sind eingeladen, sich auf der interaktiven Lernlandkarte zu informieren. Diese ist abrufbar unter: <https://fes-online-akademie.de/online-grundwissen-kommunalpolitik-bayern/> DK

zeibeamten und der Zerstörung der Zivilisation auf.

Kampfansage an den Staat

„Während die Taten von Rechtsextremisten in der Öffentlichkeit zu Recht Abscheu hervorrufen, herrscht bei Gewaltausbrüchen von Linksextremisten eine eigentümliche Zurückhaltung“, stellte Herrmann fest. Gewalttätige Übergriffe von Linksextremisten würden nicht gleichermaßen als das wahrgenommen, was sie sind, eine Kampfansage an den Staat, jeden Andersdenkenden oder sonst der Szene unliebsame Personen und die Demokratie an sich. In Teilen der Öffentlichkeit gehöre es mittlerweile zum guten Ton, linksextremistische Gewaltausbrüche als „zivilen Ungehorsam“ gegen einen angeblichen Repressionsstaat zu verharmlosen. Eskalationen im Rahmen von Veranstaltungen würden nicht der Strategie der Linksextremisten, sondern der Einsatzleitung oder schlicht der Polizeipräsenz zugeschrieben.

Kein Platz für „No-go-Areas“

Einige der Relativierer negieren das Gewaltmonopol des Staates und wollten der Polizei die Gewährleistung der Inneren Sicherheit aus den Händen nehmen. Im Klartext bedeute dies, dass nichtstaatliche Instanzen zum Beispiel nach eigenem Gutdünken entscheiden sollen, wer sich wann gefahrlos in einem Stadtteil bewegen darf und wer nicht. „In einer Demokratie“, so Herrmann, „ist aber kein Platz für ‚No-go-Areas‘, jeder Bürger hat das Recht, sich zu jedem Zeitpunkt an jedem öffentlichen Ort aufhalten zu dürfen, unabhängig von seinem Aussehen, Geschlecht, Alter, Religionszugehörigkeit, politischer Einstellung oder Beruf. Der Staat kann nicht auf der einen Seite konsequent die Präsenz rechtsextremistischer Bürgerwehren unterbinden und auf der anderen Seite tatenlos zusehen, wenn Linksextremisten Räume besetzen, die sich jeder rechtsstaatlichen Regelung entziehen.“

„Unsere Demokratie lebt von Regeln und von dem Vertrauen darauf, dass sich alle gesellschaftlichen Akteure an diese (Fortsetzung nächste Seite)



Joachim Herrmann.

Krise als Chance

Kommunale Spitzenverbände zu den Ergebnissen des Bund-Länder-Gesprächs über die Lockerung der Corona-Beschränkungen

Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen unisono die gemeinsame bundesweite Grundlage für behutsame Lockerungen der Corona-Beschränkungen. Aus Sicht von Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Leipzig, ist es „ein kluger Weg, Kontakte weiterhin zu beschränken und gleichzeitig Signale der Öffnung und Lockerung auszusenden“. Bund und Länder machten damit deutlich, dass die Gesundheit der Menschen und besonders der Risikogruppen sehr hohe Priorität behalten muss. Auch nähmen sie die Erwartungen der Bevölkerung und der Wirtschaft ernst, erste Schritte zurück in die Normalität zu gehen.

„Eine verantwortungsvolle Entscheidung ist von uns gefordert, wenn es in Zukunft um das Tragen von Mund-Nase-Schutzmasken im ÖPNV und in Geschäften geht“, unterstrich Jung. „Das wird unseren Alltag und auch das Bild in unseren Städten verändern. Aber wir werden uns daran für einige Zeit gewöhnen müssen. Denn wir können so besser andere Menschen vor Infektionen schützen, wenn das öffentliche Leben wieder stärker erwacht. Und wir wollen ja mehr Lebendigkeit in unseren Innenstädten.“

Die im Beschluss von Bund und Ländern angesprochenen Veränderungen beim Schulunterricht und Kitabetrieb müssen aus Jungs Sicht gut vorbereitet werden. „Wir müssen zum Beispiel Schülerverkehr anders organisieren und das Einhalten von Hygiene- und Abstandsregeln in den Räumen von Schulen und Kitas sicherstellen. Das muss passen, sobald wieder mehr Kinder und Jugendliche in den Unterricht kommen und betreut werden. Deshalb ist es gut, dass es jetzt Vorbereitungszeit für diese Schritte gibt.“

Wir brauchen Geduld

In den Kommunen werde in den nächsten Wochen und Monaten noch keine Normalität einkehren. Jedoch habe die überwältigende Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger bereits großes Verständnis gezeigt und

Klare Kante gegen ...

(Fortsetzung von Seite 1) Regeln halten. Deshalb sendet das Messen mit zweierlei Maß ein fatales Signal in unsere Gesellschaft“, stellte Bayerns Innenminister fest. In einer Demokratie sei weder Platz für eine offene noch für eine stillschweigende Billigung von Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung. „Das Gebot des Gewaltverzichts ist für unsere Demokratie bestimmend, kein noch so ‚hehrer Zweck‘ rechtfertigt ein Abweichen hiervon“, stellte Herrmann klar.

Von Islamisten verschont

Von islamistischen Terroranschlägen ist Deutschland im vergangenen Jahr verschont geblieben, jedoch beweist laut Herrmann ein Blick auf Großbritannien, Norwegen oder Frankreich, dass die Gefahr anhält. Dabei setzen die Täter als Merkmal eines modernen Terrorismus auf Unberechenbarkeit und Unvorhersehbarkeit. „Es kann jeden treffen, der sich zur falschen Zeit am falschen Ort befindet. Das ist das Ziel der Terroristen und gleichzeitig das besonders Perfide“, befand der Minister. Oftmals handelten Täter im Alleingang, ohne zuvor einer bestimmten Terrororganisation angehört zu haben. Auch hier spiele das Internet eine wichtige Rolle. So habe aufgrund der Corona-Pandemie der „Islamische Staat“ seine Anhänger aufgefordert, diese Krise als Gelegenheit zu nutzen, die westlichen Gesellschaften mit Anschlägen zu destabilisieren. **DK**

gezielt aufzuklären, brauchen wir zusätzliche Instrumente. Es muss viel mehr Testverfahren geben mit denen möglichst in wenigen Stunden nicht nur der Infizierte, sondern auch seine Kontaktpersonen erfasst und getestet werden können. Dabei kann die geplante App einen wichtigen Beitrag leisten. Sie wäre eine deutliche Entlastung für die Gesundheitsämter. Notwendig ist dafür ein bundesweites Kommunikationskonzept, um die Menschen zu überzeugen, diese App auch tatsächlich zu nutzen“, bekräftigte Landsberg. Die angekündigten schrittweisen Lockerungen müssten in ihren Folgen genau beobachtet werden, um sicherzustellen, dass es keine neue Infektionswelle gibt.

Gesundheitsschutz steht an erster Stelle

Landkreistagspräsident Landrat Reinhard Sager kommentierte das Ergebnis der Video-Konferenz der Ministerpräsidenten mit der Bundeskanzlerin wie folgt: „Das ist ein erster richtiger Schritt, auch für die Landkreise. Da der Gesundheitsschutz an erster Stelle stehen muss, sollte es im weiteren Zusammenspiel beispielsweise mit dem Tragen von Masken im öffentlichen Raum, klar definierten Abstandsregeln und einer Handy-App zur Verfolgung des Infektionsgeschehens weitere Schritte in Richtung einer Ausstiegsstrategie geben. Ziel muss es sein, absehbar stufenweise zur Normalität zurückzukehren.“

Sager begrüßte ein schrittweises Vorgehen: „Besonders freut es mich, dass wir Geschäfte und Kultureinrichtungen mit geringem Infektionsrisiko dabei unterstützen, wieder in Kontakt mit den Menschen zu treten.“

Behördenkontakte im gebotenen Rahmen

Ebenso könnten Behördenkontakte im gebotenen Rahmen ermöglicht werden. „Damit würden auch wieder etwa Jobcenter und Zulassungsstellen leichter in persönlichen Kontakt mit den Menschen kommen können.“ Daneben müsse weiterhin ergänzend auf digitale Lösungen zurückgegriffen werden, hob der Verbandschef hervor. „Hier liegen auch Chancen der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung. Darauf kann nach Bewältigung der Krise aufgebaut werden.“

Wesentlich sei, zu flächendeckenden Lösungen zu gelangen: „Das ist aus Akzeptanzgründen in der Bevölkerung geboten. Wir brauchen in dieser Sondersituation ein abgestimmtes Vorgehen aller Bundesländer. Das sichert die Nachvollziehbarkeit der getroffenen Regelungen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Krise. Denn wir werden noch über einen längeren Zeitraum durchhalten müssen. Corona wird ein Marathon, kein Sprint.“

105 mobile Teams für die Gesundheitsämter

Positiv wertet der Deutsche Landkreistag auch die Ankündigung der Bundeskanzlerin, die kommunalen Gesundheitsämter mit 105 mobilen Teams bei der Nachverfolgung von Infektionsketten zu unterstützen. Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke zufolge sind die Landkreise gut aufgestellt. Wichtig sei deshalb, dass die Gesundheitsämter als zuständige Behörden vor Ort bei Bedarf auf diese zusätzlichen mobilen Einheiten zugreifen und deren Einsatz steuern können. Über die konkrete Umsetzung bedürfe es zwingend unmittelbarer Gespräche der Bundesregierung mit den kommunalen

GZ

KOLUMNE
Christine Borst

Liebe Leserinnen und Leser,



die Corona Pandemie hat die Welt, hat Deutschland und Bayern weiterhin fest im Griff. Unsere Politiker in Bund und Land leisten derzeit enorm viel, um diese Krise möglichst gut zu bewältigen. Erste Lockerungsmaßnahmen laufen jetzt an, die Folgen des Lockdown werden trotzdem gerade im wirtschaftlichen Bereich verheerend sein und hoffentlich mit den gewährten staatlichen Zuschüssen wenigstens teilweise etwas aufgefangen werden können.

Die Auswirkungen der verordneten Maßnahmen auf zwei Bevölkerungsgruppen machen mir persönlich die größten Sorgen. Zum einen sind das die Bewohner unserer Altenheime, unsere Mütter und Väter, die seit Wochen keinerlei Besuch bekommen dürfen, nicht von

Die Menschen brauchen positive Perspektiven

der Familie und von Freunden und auch nicht von den vielen ehrenamtlichen Helfern, die das Leben in unseren Heimen mit ihrem Engagement so bunt und lebendig gestalten. Die hauptamtlich dort arbeitenden Pflegekräfte tun ihr Bestes um dieses Defizit auszugleichen und arbeiten mit enormem Einsatz, aber der Besuch vertrauter Menschen ist fast nicht zu ersetzen. Gerade den oft demotivierten Bewohnern ist schwer oder überhaupt nicht zu erklären, was die Corona Pandemie ist und warum deshalb die Angehörigen nicht wie gewohnt kommen dürfen. Sie fühlen sich einsam und von der Welt verlassen, was zur Verschlechterung des Gesundheitszustandes führen kann.

Natürlich handelt es sich bei den Heimbewohnern um Risikopatienten, die vor einer Ansteckung mit dem Virus geschützt werden müssen. Aber die große Gefahr, wenn die Maßnahmen noch viele Wochen andauern, besteht darin, dass die alten Menschen die Lebensfreude und den Lebensmut verlieren.

Spitzenverbänden. „Wir können derzeit noch nicht absehen, wie sehr uns die Eindämmung der Pandemie noch fordern wird. Insofern ist das eine gute Maßnahme, um auf eine zweite Welle vorbereitet zu sein.“

Der Krise gewachsen

Die Landkreise fühlten sich der Krise gewachsen, „auch deshalb, weil wir in der Lage sind, Personal aus anderen Teilen unserer Verwaltung abzugeben und im Gesundheitsbereich für helfende Tätigkeiten einzusetzen. Aber jede Hilfe – so auch die personelle Unterstützung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes – macht es noch besser und sicherer.“ Die Schwierigkeit bestehe nämlich auch darin, dass niemand genau wisse, wie sich die Lage in den nächsten Wochen entwickeln werde. Hinzu kämen regional unterschiedliche Entwicklungen mit möglichen Belastungsspitzen in einzelnen Landkreisen.

Dank an Ärzte, Pflegekräfte und freiwillige Helfer

„Die Ärzte und Pflegekräfte in unseren Krankenhäusern, die Mitarbeiter in den kommunalen Gesundheitsämtern und die vielen freiwilligen Helfer leisten bewundernswerte, harte Arbeit. Dafür danken wir ihnen täglich und sollten diese Anerkennung auch öffentlich machen“, betonte Henneke. Vor diesem Hintergrund könne die angekündigte Kontaktstelle beim Robert Koch-Institut einen zusätzlichen Beitrag leisten, um das Vorgehen der Verantwortlichen vor Ort mit dem RKI noch besser zu verzahnen. **DK**

Die zweite Gruppe, um die ich mich Sorge, sind die Kinder aus sozial schwachen und konfliktbeladenen Familien, die bisher tagsüber in Kindergärten, Schulen und Nachmittagsbetreuungen die Möglichkeit hatten, aus der Enge und angespannten Situation des häuslichen Umfelds zu entfliehen und dort ein Stück Normalität und Geborgenheit zu erleben. Jetzt sitzen diese Familien seit Wochen in viel zu kleinen Wohnungen 24 Stunden am Tag eng aufeinander. Die Kinder werden von gestressten und überforderten Eltern im besten Fall Stunden vor dem Fernseher geparkt, in vielen anderen Fällen vernachlässigt oder seelisch und körperlich misshandelt. Blaue Flecken und Wunden, die sonst in der Kinderbetreuungseinrichtung aufgefallen wären, kommen nicht an die Öffentlichkeit.

Dies trifft im Übrigen auch auf die Frauen zu, die sich oft um die Kinder zu schützen, selbst misshandeln lassen. Enge macht aggressiv. Angst macht blind. Geldmangel und Jobverlust machen wütend. Die Gewaltbereitschaft war vorher schon da, die Krise verschärft sie nur. Der Lockdown verhindert, dass Frauen mit ihren Kindern flüchten und Hilfe suchen können. Und das Eingesperrtsein macht es für manche Männer noch schwerer, ihre Aggressionen zu kontrollieren.

Es wäre meiner Meinung nach dringend erforderlich, zum Einen nach geeigneten Möglichkeiten und Wegen zu suchen, den Senioren im Heim einen zeitlichen Horizont aufzuzeigen, wann Besuche unter bestimmten Bedingungen wieder möglich sein werden, damit sie wenigstens Hoffnung auf Besserung der Lage haben.

Für die Kinder in schwierigen und von Gewalt bedrohten Familien sollten – wenn Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen noch länger geschlossen bleiben müssen – schnellstens Möglichkeiten zur Herausnahme aus ihrem Umfeld geschaffen werden, damit sie der häuslichen Enge wenigstens stundenweise entkommen können.

Blieben Sie gesund!

Ihre Christine Borst

Altbürgermeisterin der Gemeinde Krailing
Stv. Landesvorsitzende der KPVB Bayern

Wegen Corona-Pandemie:

Vereinfachtes Zulassungsverfahren für Landarztquote

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml setzt angesichts der Corona-Pandemie bei der Zulassung der Studienbewerber im Rahmen der „Landarztquote“ für das Wintersemester 2020/2021 auf pragmatische Lösungen. Huml betonte in München nach einem entsprechenden Beschluss des Landtags: „Die Zulassung unserer Bewerber zur Landarztquote wird – einmalig auf das Wintersemester 2020/2021 begrenzt – ausschließlich nach der in der ersten Stufe des Auswahlverfahrens ermittelten Rangliste erfolgen. Denn eine Gesundheitsgefährdung der beteiligten Prüfer und Bewerber bei Auswahlgesprächen müssen wir ausschließen. Der Schutz vor Infektionen hat für uns oberste Priorität.“

„Die Rangliste auf der ersten Stufe wird aus den Ergebnissen eines strukturierten fachspezifischen Studieneignungstests ermittelt“, so Huml. Eine etwaige abgeschlossene Ausbildung in einem Gesundheitsberuf und dessen Ausübung wird ebenso auf der ersten Stufe des Auswahlverfahrens berücksichtigt. Berücksichtigt wird auch eine mindestens einjährige Tätigkeit nach dem Bundesfreiwilligendienstgesetz oder dem Jugendfreiwilligendienstgesetz oder eine mindestens zweijährige aktive Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit, die über die besondere Eignung für den Studiengang Medizin Aufschluss geben.“

Huml hob hervor: „Das Auswahlverfahren nach der ersten Stufe bietet somit genügend Anhaltspunkte dafür, dass bei den ausgewählten Bewerbern einerseits ein guter Studienerfolg zu erwarten ist und andererseits eine Bereitschaft für eine spätere hausärztliche Tätigkeit besteht.“ Grundsätzlich sieht das bayerische Land- und Amtsarztgesetz für die Vergabe der Studienplätze im Rahmen der „Landarztquote“ strukturierte und standardisierte Auswahlgespräche als zweite Stufe des Auswahlverfahrens vor.

Die Corona-Pandemie stelle alle vor große Herausforderungen. Aber gerade der medizinische Nachwuchs solle dadurch keinen Nachteil bekommen. Dies garantiere das vereinfachte Zulassungsverfahren. Ab dem Wintersemester 2021/22 sollen die Studienplätze im Rahmen der „Landarztquote“ wieder nach dem zweistufigen Modell vergeben werden.“ Huml erläuterte: „Wir bieten auch jungen Menschen ohne Einserabitur die Möglichkeit eines Medizinstudiums. Konkret werden bis zu 5,8 Prozent aller Medizinstudienplätze in Bayern für Studierende vorgehalten, die ein besonderes Interesse an der hausärztlichen Tätigkeit im ländlichen Raum haben – das sind rund 110 Studienplätze jährlich. Dafür verpflichten sie sich, später mindestens zehn Jahre lang als Hausärztin oder Hausarzt in einer Region zu arbeiten, die medizinisch unterversorgt oder von Unterversorgung bedroht ist. Es ist zu erwarten, dass viele dabei eine enge Bindung an ihren Arbeitsort aufbauen und auch dort bleiben werden.“ **DK**

Erste Schritte für Rückkehr von Krankenhäusern zum Regelbetrieb

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml arbeitet mit Hochdruck an der Umsetzung des Stufenplans zur flexibleren Auslastung der Krankenhauskapazitäten

Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml setzt angesichts der aktuellen Entwicklung der Coronavirus-Zahlen darauf, dass bereits ab Mitte Mai dieses Jahres die ersten Schritte für eine Rückkehr bestimmter Krankenhäuser zum Regelbetrieb erfolgen könnten. Huml betonte in München: „Wir arbeiten mit Hochdruck an der Umsetzung des Stufenplans, den der Ministerrat beschlossen hat. Klar ist dabei: Wir werden nicht das Risiko eingehen, dass eine zu rasche Abkehr von der jetzigen Linie die bisherigen Erfolge zunichte macht.“

Die Ministerin fügte hinzu: „Die bayerischen Krankenhäuser stehen im Kampf gegen die Corona-Pandemie weiter vor einer großen Herausforderung. Die gute Nachricht ist: Unser schnelles und konsequentes Vorgehen hat bislang eine Überlastung des Gesundheitssystems verhindert. Es hat sich gezeigt, dass die Strategie der Staatsregierung richtig war. Aber auch planbare Krankenhausbehandlungen sind wichtig – deshalb wollen wir sie je nach Lage wieder ermöglichen. Wir beobachten genau, wann wieder Kapazitäten dafür frei sind.“

Huml erläuterte: „Klar ist aber auch: Derzeit besteht kein

Grund zur Entwarnung. Angesichts der besonderen Betroffenheit von Bayern bei der Corona-Pandemie gilt es, mit der gebotenen Vorsicht zu agieren und jede Erleichterung fortwährend im Hinblick auf Belastung der Kliniken und die weitere Entwicklung des Infektionsgeschehens abzuwägen.“

Der Ministerrat hatte am 21. April 2020 den vom bayerischen Gesundheitsministerium vorgeschlagenen Stufenplan zur flexibleren Auslastung der Krankenhauskapazitäten beschlossen. Huml betonte: „Dieser Stufenplan erlaubt eine schrittweise und vorsichtige Rückkehr in den Regelbetrieb – sofern dies unter

Infektionsschutzaspekten vertretbar ist und alle notwendigen Maßnahmen zur Vermeidung von Infektionen innerhalb der Einrichtung getroffen wurden.“

Zum einen sollen alsbald reine Privatkliniken und psychosomatische Einrichtungen aus der Pflicht zur Bereithaltung ihrer Kapazitäten für die Behandlung von COVID-19-Patienten entlassen werden, sodass dort wieder ein gewisser Regelbetrieb beginnen kann. Dies gilt unter dem Vorbehalt, dass der Betrieb unter Infektionsschutzaspekten vertretbar ist und alle Maßnahmen zur Vermeidung von Infektionen innerhalb der Einrichtung getroffen werden.

Zum anderen soll zumindest teilweise auch Reha-Einrichtungen und zugelassenen Akutkrankenhäusern eine vorsichtiger Rückkehr in den Regelbetrieb ermöglicht werden. Hierüber entscheiden die Regierungen je nach Auslastung und Situation des Versorgungsgeschehens vor Ort in enger Abstimmung mit

den örtlich zuständigen ärztlichen Leitern. Bei Akutkrankenhäusern ist zudem die Zustimmung des Gesundheitsministeriums als Krankenhausplanungsbehörde einzuholen.

Die Ministerin fügte hinzu: „Corona wird noch lange das Geschehen in den Kliniken beeinflussen – teils mehr, teils weniger stark, je nach lokaler Betroffenheit.“

Die Umsetzung des Stufenplans wird derzeit in enger Abstimmung mit den Regierungen vorbereitet. Zunächst muss eine Bestandsaufnahme vor Ort gemacht werden, welche reinen Privatkliniken und psychosomatischen Einrichtungen ggf. weiter für die Krise in Bereitschaft bleiben müssen. Außerdem ist zu klären, welche Maßgaben des Infektionsschutzes die Kliniken auf ihrem Rückweg in die Normalität erfüllen müssen.

Die Staatsregierung hatte im März 2020 wegen der zu diesem Zeitpunkt exponentiell wachsenden Zahl von Corona-Infektionen und den Erfahrungen insbesondere in Italien veranlasst, dass die freien Kapazitäten an bayerischen Krankenhäusern erhöht werden. Aus diesem Grund wurden sämtliche zugelassene Kliniken, aber auch reine private Krankenhäuser und Reha-Einrichtungen verpflichtet, planbare Behandlungen zurückzustellen, soweit das im Einzelfall medizinisch vertretbar war. Notfallbehandlungen waren immer möglich und werden es auch künftig sein.

Huml unterstrich: „Im Grundsatz bleibt der Freistaat Bayern auch nach einer Stabilisierung der Infektionsraten bei dieser Linie. Nach wie vor wird große Anstrengung darauf verwendet, insbesondere die Intensivbehandlungskapazitäten mit Beatmungsmöglichkeit zu erhöhen und die Einrichtungen auch auf wieder steigende Patientenzahlen vorzubereiten.“ Die Ministerin fügte hinzu: „Es gilt insgesamt, alle Wachsamkeit darauf zu verwenden, dass trotz Erleichterungen im öffentlichen Leben die Situation weiter unter Kontrolle bleibt.“

Corona bekämpfen ...

(Fortsetzung von Seite 1) hat gezeigt: Der Individualverkehr vor allem mit dem Auto (oder auch dem Rad) muss aufrechterhalten werden“, macht die KPV deutlich. Denn der öffentliche Nahverkehr mit Bus und Bahn habe gerade in Zeiten potenzieller Infektionsgefahren durchaus entscheidende Nachteile. Neben dem angestrebten Ausbau der ÖPNV-Angebote sollte der Individualverkehr weiterhin unterstützt werden und langfristig eine hohe Bedeutung bei den Mobilitätsangeboten innehaben.

Eine große Gefahr der Verbreitung des Virus geht derzeit von Seniorenheimen aus. Diese benötigen umgehend besondere Unterstützung - bei der Einrichtung von Isolationsbereichen, bei der Schutzausrüstung und auch hinsichtlich digitaler Kontaktmöglichkeiten der Bewohner zu Familienangehörigen.

„Die Corona-Krise hat gezeigt: Sitzungen und Besprechungen können jetzt zu einem gewissen Teil über Video- und Telefonkonferenzen stattfinden, ohne dass die demokratischen Prinzipien darunter leiden“, stellt die KPV darunter fest. Dies sollte weiter auf rechtlicher und technischer Seite vorangetrieben und in Zukunft auch unter den Aspekten von Klimaschutz und Zeiteinsparung stärker genutzt werden.

In allen Kommunen und Landkreisen sind politische Krisenmanager gefragt. Zahlreiche in-

Unterstützung in der Krise ...

(Fortsetzung von Seite 1) Milliarde als Sonder-Schlüsselausschüttung für die Kommunen zur Verfügung zu stellen – auf diese Soforthilfe konnte sich jedoch nicht geeinigt werden.

Liquiditätshilfen für Krankenhäuser

Die Staatsregierung hatte mittels Allgemeinverfügung vom 19. März alle Leistungserbringer – auch Reha-Kliniken – dazu angewiesen, alle nicht notwendigen Behandlungen und Operationen, soweit medizinisch vertretbar, zu verschieben. Wichtig sei dabei, dass den Einrichtungen kein bleibender finanzieller Nachteil für ihren Einsatz entsteht und ihre Liquidität infolge der Corona-Pandemie nicht gefährdet werde. Das am 28.03. in Kraft getretene Covid-19-Krankenhausesentlastungsgesetz des Bundes werde jedoch nicht alle finanziellen Fragen der Einrichtungen der stationären Versorgung in Bayern vollumfänglich lösen. Daher stellt die Staatsregierung Liquiditätshilfen für Akut-Krankenhäuser, Privatkliniken sowie Vorsorge- und Reha-Einrichtungen zur Verfügung. Die Träger von COVID-19-Patienten behandelnden Krankenhäusern erhalten in Anerkennung der besonderen Leistungen die COVID-Patient und Tag eine Sonderzahlung von 70 Euro. Voraussetzung ist die Meldung der behandelten Patienten im Meldesystem IVE-NA. Reine Privatkliniken erhalten Ausgleichszahlungen in Höhe von 280 Euro pro Tag und Bett für den Zeitraum vom 16.03.2020 bis 31.07.2020. Einrichtungen der Vorsorge und Rehabilitation mit Verträgen mit der Gesetzlichen Krankenversicherung erhalten eine Vorhaltepauschale in Höhe von 50 Euro pro Tag im gleichen Zeitraum. Zur Umsetzung werden 138 Millionen Euro sowie die für den Vollzug erforderlichen Sachmittel aus dem Sonderfonds Corona-Pandemie bereitgestellt.

Hilfen für Kunst und Kultur

Bei solselbständigen Künstlern sowie Kunst- und Kultureinrichtungen kommt es infolge der Corona-Krise zu spezifischen Härtefällen, da Kultur und Kreativwirtschaft – anders als viele andere Bereiche – noch längere Zeit von Schließungen be-

troffen sind. Der Ministerrat hat ein neues Hilfsprogramm für solselbstständige Künstlerinnen und Künstler in Höhe von bis zu 90 Millionen Euro beschlossen. Es soll bis zu 30.000 in der Künstlersozialkasse versicherte Solokünstler erfassen, die bislang nicht von dem Programm „Soforthilfe Corona“ erfasst werden. Sie sollen über drei Monate monatlich 1.000 Euro erhalten, wenn ihre fortlaufenden Einnahmen aufgrund der Corona-Pandemie zur Sicherstellung des Lebensunterhalts nicht ausreichen. Weitere zehn Millionen Euro werden für circa 300 nicht-staatliche Kunst- und Kultureinrichtungen, die vom Freistaat gefördert werden, einschließlich der Sing- und Musikschulen bereitgestellt. Unterstützung von fünf Millionen Euro erhalten auch die Bayerischen Studentenwerke, deren Gastronomiebetriebe geschlossen sind.

Notmaßnahmen für Soziales

Die staatliche angeordnete Schließung von Betreuungseinrichtungen soll finanziell nicht zu Lasten der Eltern gehen. Der Freistaat entlastet deshalb die Eltern bei den Kinderbetreuungskosten. Hierfür stellt Bayern rund 170 Millionen Euro bereit. Die Träger der sozialen Dienste und Einrichtungen sind erheblich wirtschaftlich belastet, da sie zumeist gemeinnützig organisiert sind und können damit anders als gewerbliche Unternehmen kaum Gewinne machen, adäquate Rücklagen bilden oder Kredite aufnehmen. Da die Hilfsprogramme des Bundes und Landes (insbesondere Soforthilfen) bei den sozialen Diensten oft Lücken lassen, greift die Staatsregierung ergänzend ein. Jugendherbergen, Schullandheime, Jugendbildungsstätten und Familienferienstätten erhalten eine Entschädigung von 60 Prozent der entfallenden Einnahmen bis Ende Juli 2020. Auch für kleinere Träger sozialer Einrichtungen wie Ehe- und Familienberatungsstellen, Jugendwerkstätten, Mütterzentren oder Frauenhäuser sieht der Freistaat Notmaßnahmen vor.

Verdopplung der Vereinspauschale

Insgesamt zählen rund 12.000 Sportvereine und 5.000 Schüt-

zenvereine etwa fünf Millionen Mitglieder – das ist mehr als ein Drittel der Bevölkerung in Bayern. Um sie zu unterstützen wird die Vereinspauschale in diesem Jahr auf 40 Millionen Euro verdoppelt. Damit ermöglicht die Staatsregierung dem organisierten Sport schnelle und unbürokratische Hilfe. Zudem verfolgt Bayern eine strikte Containment- und Tracing-Strategie zur Eindämmung der Corona-Pandemie. Die bisherigen Maßnahmen werden dadurch intensiviert, dass die Anordnungen von Quarantäne auf Verdachtsfälle ausgeweitet wird, bis das Testergebnis vorliegt. Voraussetzung für eine strikte Eindämmung ist eine hohe Testkapazität. Ziel ist es, in Bayern dauerhaft eine Laborkapazität von 25.000 bis 30.000 Tests auf SARS-CoV-2 pro Tag vorzuhalten. Auch der Schutz besonders gefährdeter Personengruppen wird weiter verstärkt. Für Pflege- und Behinderteneinrichtungen, deren Bewohner ein hohes Risiko für schwere, auch tödliche Verläufe von COVID-19-Erkrankungen haben, bringt die Taskforce Infektiologie des Landesamts für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit (LGL) mobile Teams in Einsatz.

Stufenplan für flexible Auslastung

Parallel ist kurzfristig digitale Unterstützung des Contact Tracings erforderlich. Die Staatsregierung unterstützt die Entwicklung eines gesamteuropäischen Ansatzes zur Kontaktermittlung. Für die Kontaktpersonennachverfolgung und Quarantäneüberwachung wird den bayerischen Gesundheitsämtern zudem eine Softwarelösung zur Verfügung gestellt werden. Durch einen Stufenplan können die stationären Versorgungsstrukturen effizient genutzt werden, ohne eine Überlastung des Gesundheitssystems herauszufordern. Dabei kann die zuständige Regierung Krankenhäuser, Kliniken und Reha-Einrichtungen nach genauem Abwägen wieder eine (teilweise) Tätigkeit in der ursprünglichen Versorgung gestatten um Krankenhäusern eine gewisse Planbarkeit zu ermöglichen. Sollte es die Lage notwendig machen, werden sich diese Einrichtungen jederzeit wieder auf die Bekämpfung der Corona-Pandemie fokussieren. red

Homepage des bayerischen Sozialministeriums:

Frauen stellen ihre Tipps zur Bewältigung der Krise vor

Sozialministerin Carolina Trautner: „Wenn's drauf ankommt, sind die Frauen zur Stelle. Sie halten den Laden am Laufen!“

Die Corona-Krise stellt für alle eine Ausnahmesituation dar. Viele Menschen sind gerade besonders gefordert, privat wie beruflich. Im Rahmen der Initiative „Unser soziales Bayern – wir helfen zusammen!“ soll auf der Internetseite des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales das beeindruckende Engagement von Frauen sichtbar gemacht werden.

Unter dem Motto „Wir (Frauen) helfen zusammen!“ werden Frauen aus unterschiedlichsten Berufen gefragt, was sie bewegt, was sie umtreibt und was ihnen wichtig ist. Frauen wie Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Fashion- & Lifestylebloggerin Hannah Geuenich und CEO & Founder der Superheldin GmbH Sandra Westermann sind diesem Aufruf gefolgt.

Bayerns Sozialministerin Carolina Trautner: „Wenn jemand dieser Krise gewachsen ist, dann wir Frauen!“ Frauen leisten nach wie vor den Großteil der Care-Arbeit innerhalb und außerhalb der Familie: „Wenn die Kinder nicht in die Kita und Schule gehen können, organisieren vielfach die Mütter den neuen Familienalltag, oftmals neben der eigenen Berufstätigkeit. Und je länger die Menschen in den eigenen vier Wänden bleiben, desto stärker kommt es zusätzlich auf Frauen an. Denn gerade sie tun alles dafür, dass keine Konflikte in der Familie entstehen“, so die Ministerin.

Aber auch in den durch die Krise besonders geforderten Berufen, arbeiten mehrheitlich Frauen: In den Krankenhäusern liegt der Frauenanteil bei 76 Prozent, im Lebensmittelhandel bei 72 Prozent, in den Kindertageseinrichtungen bei 92 Prozent. Sozialministerin Trautner: „Wenn's drauf ankommt, sind die Frauen zur Stelle. Sie halten den Laden am Laufen. Dafür verdienen Sie mehr als Hochachtung. Aber ihre Einkommen passen nicht zu ihrer großen Verantwortung. Gegen solche Ungerechtigkeiten zwischen den Geschlechtern will und werde ich kämpfen. Ich danke Ihnen allen für Ihren Einsatz!“

Die inspirierenden Gedanken vieler großartiger Frauen sind unter folgendem Link zu finden: <https://www.stmas.bayern.de/unser-soziales-bayern/frauen/>

Bayern und Nordrhein-Westfalen:

Hilfetelefon „Gewalt an Männern“

Sozialministerin Trautner: „Gemeinsam wird es besser gelingen, Betroffene zu erreichen“ / Tel.: 0800-123 99 00

Das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales und das Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen haben ein Hilfetelefon für von Gewalt betroffene Männer ins Leben gerufen. Unter der kostenlosen Nummer 0800 123 99 00 können sich ab sofort Männer melden, die von verschiedenen Arten von Gewalt betroffen sind – wie häuslicher und sexualisierter Gewalt, aber auch beispielsweise Stalking oder Zwangsheirat. Zusätzlich finden Betroffene auf der Internetseite www.maennerhilfetelefon.de ein digitales Beratungsangebot.

„Mann: Wähle Schutz!“ Das Hilfetelefon ist deutschlandweit in dieser Form das einzige und erste Beratungsangebot für gewaltbetroffene Männer. Gerade in der aktuellen Situation ist es wichtig, dass auch Männer eine Anlaufstelle haben, an die sie sich wenden können, wenn sie Opfer von Gewalt geworden sind. Das Thema findet in unserer Gesellschaft immer noch wenig Beachtung. Deshalb gehen Nordrhein-Westfalen und Bayern beim Schutz von gewaltbetroffenen Männern voran“, sagt Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen.

Länderübergreifende Zusammenarbeit

„Mit einer intensivierten länderübergreifenden Zusammenarbeit verstärken wir nicht nur die konsequente Platzierung solcher tabuisierter Themen in der Gesellschaft, sondern können auch Ressourcen bündeln und Synergieeffekte nutzen. Ge-

novative Projekte und mutige Initiativen haben bereits ihren Beitrag zur Bekämpfung des Coronavirus beigetragen. „Unsere Mandatsträger sollten diese Initiativen aktiv unterstützen und fördern“, unterstreicht die KPV. Die Kommunalpolitiker hätten eine Vorbildfunktion für die Menschen vor Ort. Deshalb der Appell: „Spenden Sie Mut für Betroffene, Dank an alle Ehrenamtlichen und Zuversicht in diesen schwierigen Zeiten!“ DK

meinsam wird es uns besser gelingen, Betroffene zu erreichen und ihnen zu helfen. Wir freuen uns über jeden, der dazu beitragen möchte, die Hilfestrukturen für von Gewalt betroffene Männer möglichst flächendeckend zu verbessern“, betont Carolina Trautner, Bayerische Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales. Beide Ministerinnen bekräftigen, dass in naher Zukunft auch andere interessierte Länder die Möglichkeit haben sollen, sich der telefonischen Hotline und dem digitalen Beratungsangebot anzuschließen.

Beide Ministerinnen sind zugleich auf die anderen 14 Landesregierungen in der Bundesrepublik Deutschland zugegangen und werben für eine Teilnahme und ein Mitmachen an der Hilfehotline für von Gewalt betroffene Männer. Genauso wie die Länder gemeinsam Gewalt gegen Frauen bekämpfen, wollen die Ministerinnen Trautner und Scharrenbach mit dem Hilfetelefon den Anstoß für die Bekämpfung von Gewalt gegen Männer geben und freuen sich, wenn sich andere Länder der Initiative anschließen.

Die kriminalstatistische Auswertung des Bundeskriminalamtes für das Jahr 2018 zeigt, dass im Bereich der Partnerschaftsgewalt der Anteil der männlichen Opfer leicht auf 18,7 % (2017: 17,9 %) angestiegen ist. In Nordrhein-Westfalen wird das Projekt von dem Verein man-o-man e. V. in Bielefeld umgesetzt. In Bayern wurde die Arbeiterwohlfahrt Augsburg als Träger für die Umsetzung gewonnen. □

GVB-Präsident Dr. Jürgen Gros:

Genossenschaften halten Stellung

Die Wirtschaft leidet massiv unter der Corona-Pandemie – auch die bayerischen Genossenschaften. Was benötigen sie jetzt, um einigermaßen heil aus der Krise zu kommen? Im Interview mit Gerald Schneider, Redaktion „Profil“, erläutert GVB-Präsident Dr. Jürgen Gros, warum Interessenvertretung im Moment wichtiger denn je ist und warum es so schnell wie möglich ein einheitliches Szenario für den Ausstieg aus dem Stillstand braucht.

Herr Gros, was bedeutet die Corona-Krise für den GVB als Verband?

Dr. Gros: Krisen sind Bewährungsproben. Für uns alle, für Unternehmen und natürlich auch für Verbände. Wir haben uns im GVB, so gut es eben ging, ab Anfang März intern auf die aktuelle Situation vorbereitet. Oberstes Ziel war es, die Arbeitsfähigkeit für unsere Mitglieder zu erhalten. Dank des hohen Einsatzes aller im Verband ist uns das auch sehr ordentlich gelungen. Es ist dann doch immer wieder erstaunlich, was alles geht und was auf einmal möglich wird. Auch Dinge, die ansonsten als völlig ausgeschlossen gelten. Alle haben das ganz toll gemacht.

Das ist dann auch so ein Moment, dass ich mit großem Respekt sage: Hey, Klasse, ganz herzlichen Dank an alle! Denn der Verband läuft, jeder weiß, was er zu tun hat. Und entscheidend: Der Vorstand, die Führungskräfte und ein Kernteam aus Mitarbeitern sind in der Türkenstraße präsent. Wir sind für unsere Mitglieder und ihre Anliegen erreichbar. Wir sind in der Lage, mit Politik, Aufsicht, Bundesverbänden, Kammern, Förderbanken zu kommunizieren und dort die Interessen unserer Mitglieder zu platzieren.

Und wie ist die Lage bei den 1.212 Mitgliedsgenossenschaften?

Gros: So unterschiedlich, wie

es auch die 1.212 Mitglieder sind. Klar, die Kreditgenossenschaften stehen als Banken im Moment besonders im Fokus von Politik und Öffentlichkeit. Sie gehören zu den Sektoren, die von Schließungen ausgenommen sind. Auf den Mitarbeitern dort lastet enormer Druck. Sie sind nicht nur die Seelsorger für Tausende von Kunden, sondern sorgen auch dafür, dass die Versorgung mit Krediten und Finanzdienstleistungen nicht zusammenbricht. Und sie sind intensiv gefordert als Lotsen für ihre Kunden, wenn es darum geht, sich im Dschungel der staatlichen Förderleistungen zurechtzufinden.

Deshalb möchte ich auch allen 31.000 Mitarbeitern der Volksbanken und Raiffeisenbanken Danke sagen, dass sie die Stellung halten. Bei allen Fokussierungen auf Belastungen und Leid in Krankenhäusern sollten die Leistungen außerhalb des Gesundheitsbereichs nicht vergessen werden. Denn ohne sie würde in Deutschland längst Chaos herrschen.

Stellung halten aber nicht nur die Beschäftigten in den Banken, sondern auch die Mitarbeiter der gewerblichen und ländlichen Genossenschaften. Sie stehen ebenfalls ihre Frau und ihren Mann, oft unter Bewältigung großer Unwägbarkeiten. Die Nöte vieler Betriebe in diesem Bereich erlebe ich zum Teil sehr direkt mit. Hier wird

heute schon spürbar, was unserer Wirtschaft noch bevor steht, wenn der aktuelle Zustand länger anhält.

Was meinen Sie damit?

Gros: Genossenschaften sind in über 35 Branchen tief in der bayerischen Wirtschaft verwurzelt. Da fühlen sie den Pulsschlag der Ökonomie sehr genau. So wurde uns schon ganz frühzeitig signalisiert, was auf Handwerk und Lebensmittelbranche zurollt. Ein Beispiel: Bei den Bäckern ist der Umsatz um 50 Prozent eingebrochen. Es baut sich eine Kaskade von Zahlungsaufschüben und -ausfällen auf, der sehr schnell eine Kaskade von Lieferausfällen mit wichtigen Vorprodukten für die Backwaren folgen kann. In politischen Gesprächen habe ich bereits in der ersten Woche der Ausgangsbeschränkungen vor den Folgewirkungen gewarnt.

Gibt es weitere Beispiele?

Gros: Nehmen Sie den Milchsektor. Der Exporteinbruch nach China zeigt jetzt volle Wirkung. Dasselbe gilt für Italien, das als Absatzmarkt für Bayern traditionell von besonderer Bedeutung ist. Ein Drittel der gesamten bayerischen Exportmilchmenge fließt normalerweise dorthin. Da geht nur gerade gar nichts mehr. Das trifft die genossenschaftliche Milch mit Wucht. Und da viele unserer Mitglieder zum Beispiel „Cash and Carry“-Märkte mit auf Großverbraucher ausgerichteten Gebindegrößen beliefert haben, ist auch der Absatzkanal verstopft. Denn in den Großmärkten fehlen als Kunden die derzeit meist geschlossenen Hotels und die Gastronomie. Wenn die Molkereien aber nicht

mehr die bisherigen Mengen verarbeiten und absetzen können, dann zeitigt das sofort zwei neue Herausforderungen. Den Molkereien fehlen Einnahmen und sie sind plötzlich mit Überkapazitäten an Milch konfrontiert. Damit landet das Thema ganz schnell in der Landwirtschaft. Mit allen Auswirkungen auf die dort ohnehin schon kritische Stimmungslage. Auch das ist in der Politik adressiert.

Was folgt daraus?

Gros: Entscheidend ist, dass die Molkereien am Laufen gehalten werden. Ein Stillstand wäre fatal und würde sich zum Beispiel auf die Produktion von Magermilchpulver auswirken. Hier sind genossenschaftliche Molkereien stark vertreten. Magermilchpulver ist unentbehrlich zur Produktion von Babyahrung. Daher gilt es, für hinreichende Liquidität der Betriebe zu sorgen und sie um jeden Preis offen zu halten. Sie sind systemrelevant.

In Ihren Ausführungen klingt es an, der Verband ist mehr denn je in der Interessenvertretung gefordert.

Gros: Ja – und das auf ganz unterschiedlichen Ebenen. Wir adressieren an Politik und Aufsicht, arbeiten eng mit den Kammern, insbesondere der IHK für München und Oberbayern, zusammen, stimmen uns mit BVR, DRV und DGRV ab und versuchen über die Öffentlichkeit zu wirken. Wir nehmen die Themen der Mitglieder auf, fassen sie zusammen und entwickeln daraus politische Vorschläge. Vieles dreht sich dabei natürlich um den Zugang zu Liquidität und Kapital. Insofern bündelt sich vieles, was alle Mitgliedsgenossenschaften angeht, in der Interessenvertretung für die Kreditgenossenschaften. Hierbei koordinieren wir uns mit dem Bayerischen Bankenverband sowie dem Sparkassen-

verband Bayern. Gemeinsam haben wir in den unterschiedlichen Phasen der Krise verschiedene Papiere erarbeitet. So zuletzt das Papier zu „Sofort-Maßnahmen zur Beschleunigung der Kreditvergabe“. Darum hatte der Ministerpräsident für die Kabinettsitzung mit Olaf Scholz am 31. März gebeten.

Der GVB hat sich schon zu Beginn der Corona-Krise in die politischen Debatten eingebracht. Wo können Sie denn Erfolge vorweisen?

Gros: Das stimmt, der GVB hat sich frühzeitig zu Wort gemeldet. Wir haben als einer der ersten temporäre Änderungen der Insolvenzordnung gefordert. Das wurde realisiert. Wir haben mit großem Nachdruck darauf verwiesen, dass es notwendig werden könnte, Vertreter- und Generalversammlungen digital abzuhalten – auch wenn das die jeweilige Satzung so nicht vorsieht. Aber außergewöhnliche Zeiten erfordern außergewöhnliche und pragmatische Lösungen. Der Gesetzgeber hat die Voraussetzungen nun geschaffen.

Ein weiterer Punkt, den wir frühzeitig erfolgreich eingefordert haben: Die Banken dürfen vorübergehend bestimmte Kapital- und Liquiditätspuffer unterschreiten. Um die Anforderungen an den SREP-Aufschlag zu erfüllen, dürfen Banken künftig nicht nur hartes Kernkapital, sondern vorübergehend auch zusätzliches Kernkapital oder Ergänzungskapital verwenden. Die nationalen Aufsichtsbehörden haben zudem beschlossen, den antizyklischen Kapitalpuffer in Deutschland nun doch nicht scharf zu schalten. Das gibt den Banken mehr Spielräume, um nun dringend benötigte Kredite vor allem an kleine und mittlere Unternehmen auszureichen. Bei all diesen Themen war es wichtig,

dass sämtliche genossenschaftlichen Verbände an einem Strang gezogen haben und auch weiterhin ziehen. Es bleibt nämlich immer noch einiges zu tun.

Dabei sind doch wesentliche Gesetzes- und Hilfspakete beschlossen. Wo sehen Sie denn weitere Handlungsfelder für die Interessenvertretung des GVB?

Gros: Es ist gerade viel Dynamik in der Entwicklung, auch in der Politik. Wir bleiben da natürlich dran. Gesetze und Hilfspakete müssen sich jetzt in der Praxis bewähren. Dort, wo es dann klemmt, muss nachgeschärft werden. Da gibt es sehr wohl noch einiges an Handlungsbedarf. Dazu nehmen wir die operativen Fragestellungen und Hinweise unserer Mitglieder auf. Wir bringen sie bei der Bankenaufsicht ein, mit der GVB-Vorstandsmitglied Alexander Büchel in ständigem Austausch steht.

Unser Agrarexperte steht in engem Kontakt mit dem Landwirtschaftsministerium. Ich halte Verbindung zum Wirtschafts- und Finanzminister und dem Ministerpräsidenten. Wir stehen zudem in permanentem Kontakt mit den zuständigen Beamten in Finanz-, Wirtschaftsministerium und Staatskanzlei. Außerdem geben wir die vielfältigen Hinweise aus den Kreditgenossenschaften weiter, die zeigen, dass auch bei den Angeboten der Förderbanken noch längst nicht alles Gold ist, was glänzt.

Sie sprechen es an. Die Zahl der Kreditanfragen hat aufgrund der Corona-Krise erheblich zugenommen. Die Hausbanken sind erster Ansprechpartner, wenn Firmenkunden die Angebote von KfW und LfA Förderbank Bayern annehmen wollen. Wie lautet Ihre Bestandsaufnahme?

Gros: Die Zahl der Kreditanfragen an die Volksbanken und (Fortsetzung auf Seite 6)

Liebe Kundinnen und Kunden,

Ihr Tagesablauf ist nicht mehr der gleiche wie vor ein paar Wochen. Alle sind in ihrem Alltag mit Herausforderungen konfrontiert.

Wir bleiben jedoch auf allen Kanälen für Sie erreichbar, auch wenn es vereinzelt zu Einschränkungen im Filialbetrieb kommen kann. Denn die Volksbanken Raiffeisenbanken stehen für Versorgungssicherheit bei Bargeld und Finanzdienstleistungen.

Egal, welche Frage Sie rund um Ihr Geld haben, wir stehen Ihnen zur Verfügung. Nutzen Sie dazu insbesondere die telefonische Kontaktaufnahme. Sollten Sie noch kein Onlinebanking haben, helfen wir Ihnen gerne bei der Einrichtung.

Mit unseren über 3.500 Geldautomaten ist die Bargeldversorgung sichergestellt. Für unsere Firmenkunden, die staatliche Hilfen in Anspruch nehmen wollen, sind wir erste Anlaufstelle. Und natürlich stehen wir unseren mittelständischen Kunden für die Lösung von Liquiditätsfragen ebenso zur Seite wie bei der Gewährung von Krediten.

Die Gemeinschaft und regionaler Zusammenhalt zählen nun mehr denn je. Sie können sich auf uns verlassen.

#WirSindFürEuchda

MdEP Markus Ferber zu Corona-Bonds:

Keine Vergemeinschaftung der Schulden!

Die europäischen Finanzminister haben sich auf Hilfen von einer halben Billion Euro geeinigt, trotzdem ebbt die Debatte um Corona-Bonds nicht ab. In einem Interview der Hanns-Seidel-Stiftung bezog deren Vorsitzender MdEP Markus Ferber Stellung, wie der Balanceakt zwischen europäischer Solidarität und Eigenverantwortung gemeistert werden kann.

Ferber zeigte sich zunächst erfreut, dass sich die EU-Finanzminister auf ein Hilfsprogramm von etwa 500 Milliarden Euro geeinigt haben. Dies sei ein starkes Signal an die Staaten, aber auch an die Wirtschaft: „Wir sind in der Lage, auch unter Druck kluge Entscheidungen zu treffen. Damit ist in wichtiger Finanzpfeiler für die Phase des ökonomischen Stillstands eingeschlagen“, kommentierte der Europaabgeordnete.

Die Stimmungslage

In diesem Zusammenhang wies er darauf hin, „dass wir aufpassen müssen, Europa nicht dahingehend zu überfordern, dass alles, was im eigenen Land nicht funktioniert, von Europa gelöst werden muss und aus allem, was zu Hause klappt, Europa sich heraushalten soll“. Dies sei derzeit die Stimmungslage in allen EU-Mitgliedstaaten. Gleichzeitig müsse Europa jetzt seinen Mehrwert für die Mit-

gliedstaaten deutlich machen. Dass dies gerade bei der Frage von Finanzhilfen nicht einfach ist, sei von Anfang an klar gewesen.

„Marshallplan“

Ohne Frage muss sich aus Ferbers Sicht die Europäische Union neben Notfallmaßnahmen insbesondere bei der Frage der Wiederbelebung der Wirtschaft in Europa besonders engagieren. Der „Marshallplan“, von dem EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen spricht, und der gerade in Deutschland positiv besetzt ist, sei dabei ein mögliches Modell. Eine Reihe von Staaten innerhalb der EU dächten aber im Wesentlichen an direkte Finanzhilfen, die Europa gewähren soll. Am Ende werde es darauf ankommen, einen geeigneten Instrumentenmix zur Verfügung zu stellen und abgestimmt die Maßnahmen umzusetzen. „Das wäre ein wirklicher europäischer Mehrwert“, betonte Ferber.

Der MdEP zeigte sich überzeugt, dass es in der jetzigen Phase des ökonomischen Stillstands darum gehe, Unternehmen zu helfen, dass sie diese Durststrecke überstehen. Dazu könne die Europäische Investitionsbank – analog zur KfW in Deutschland – einen wichtigen Beitrag leisten, denn nur wenige Staaten hätten national eigene Förderbanken zur Verfügung. Zum zweiten müssten Lösungen für die Arbeitnehmer gefunden werden. Das deutschlandweit erfolgreiche Modell des Kurzarbeitergeldes wolle man jetzt auch auf europäischer Ebene implementieren. Zudem würden Liquiditätshilfen für Unternehmen benötigt, was vom ESM geleistet werden könnte.

Mit Blick auf den heftigen Streit über Euro-Bonds stellte Ferber fest: „Jeder will helfen und jeder weiß: Europa muss jetzt schnell und kraftvoll den Mitgliedstaaten zur Seite stehen. Deswegen empfehle ich, wie auch Ministerpräsident Söder und Kanzlerin Merkel, auf bestehende Instrumente aufzusetzen und nicht alle politische Kraft auf Finanzinstrumente zu setzen, die es noch gar nicht gibt. Bis ‚Corona-Bonds‘ wirklich marktfähig sind, vergeht min-

destens ein Jahr. Unabhängig davon öffnen solche Anleihen eine Tür, die wir nach der Krise nicht wieder werden schließen können, denn es wird immer etwas geben, was die EU gemeinsam auf den Weg bringen will, sei es die Digitalisierung unserer Wirtschaft, der ‚Green Deal‘ oder andere Projekte. Immer wird es dann heißen, das könne man doch über gemeinsame Anleihen finanzieren. Damit wären wir schleichend in die Vergemeinschaftung der Schulden geschlittert, aus der wir nie wieder herauskommen.“

Bis heute hätten sich die Mitgliedstaaten nicht einmal auf den mehrjährigen Finanzrahmen ei-

nigen können, der regelt, wieviel Geld der EU ab dem nächsten Jahr zur Verfügung steht, führte Ferber weiter aus. „Dies wäre aber ein wichtiges Instrument, um gerade den besonders betroffenen Ländern wie Italien und Spanien zu helfen. Und wir müssen auch einmal klar sagen: Das Corona-Virus ist nicht auf die Euro-Zone beschränkt, die Nicht-Euro-Länder hätten von den Corona-Bonds aber überhaupt nichts.“

Soziale Marktwirtschaft als Leitidee

Im Übrigen sieht der Europapolitiker keinen Grund, das Wirt-

schaftsmodell, das in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg das Wirtschaftswunder ausgelöst hat, in Frage zu stellen. Ganz im Gegenteil: „Mit der sozialen Marktwirtschaft als Leitidee werden wir die Wiederbelebung der Wirtschaft am besten leisten können. Allerdings werden wir uns intensiver mit der Frage beschäftigen müssen, welche Schlüsselkompetenzen wir in der EU haben sollten. Der Preis ist ein wichtiges Kriterium in einem marktwirtschaftlichen Modell, wir haben aber, glaube ich, jetzt schnell gelernt, wie wichtig es ist, viele Fähigkeiten auch im eigenen Wirtschaftsraum vorzuhalten.“ **DK**

Stiftung für Mering:

Aus Bürgern werden Partner

Mit der Stiftung für Mering geht in der HAUS DER STIFTER – Stiftergemeinschaft der Stadtparkasse Augsburg die erste kommunal initiierte Stiftung bürgerschaftlichen Engagements an den Start. Der Marktgemeinderat Mering richtete auf Initiative von Noch-Bürgermeister Hans-Dieter Kandler die Stiftung ein. Mit ihrer Hilfe sollen regionale Projekte gefördert werden, der Gemeinschaftssinn gestärkt und Bürgerinnen und Bürger sich als Partner ihrer stark wachsenden Kommune verstehen. Die Stiftung für Mering dient dem Gemeinwohl und wird „Kräfte der Innovation mobilisieren“, da ist sich Hans-Dieter Kandler sicher.

„Wir leben in einer Gesellschaft, in der Gemeinsinn Hilfe braucht, um dauerhaft zu wirken. Viele Menschen haben das Bedürfnis anderen zu helfen und das gesellschaftliche Leben in Mering zu fördern. Es soll mit der Stiftung für Mering eine Basis geschaffen werden, die dauerhaft in sozialen, kulturellen, sportlichen, denkmalschützerischen, heimatkundlichen und naturschützerischen Bereichen Chancen eröffnet und fördert“, so Hans-Dieter Kandler in seinem Grußwort.

Jeder ist herzlich willkommen, sich mit seinem Engagement an der Gestaltung des sozialen und kulturellen Lebens zu beteiligen. Wichtig ist dabei, dass die Stiftung für Mering nicht die Pflicht-

aufgaben der Gemeinde ersetzt. Vielmehr werden gemeinnützige und mildtätige Stiftungszwecke erfüllt. Diese sind sehr vielfältig und erstrecken sich von A wie Altenhilfe über Brandschutz und Rettung, Heimatpflege, Jugendhilfe oder Sport bis zu W wie Wohlfahrt. Mit der Stadtparkasse Augsburg und der DT Deutsche Stiftungstreuhand AG hat sich die Marktgemeinde für die Umsetzung ihrer Stiftungsidee kompetente Partner ins Boot geholt.

Mit der Heimat verbunden

Stolz präsentieren Bürgermeister Hans-Dieter Kandler und Cornelia Kollmer, Kuratoriumsvorsitzende HAUS DER STIFTER, die

unterschiedene Errichtungsurkunde. Hans-Dieter Kandler ging auch gleich mit gutem Beispiel voran und warb anlässlich seines 60. Geburtstags anstelle von persönlichen Gaben um Spenden für die Stiftung für Mering.

„Bürgerinnen und Bürger, die sich eng mit ihrer Heimat Mering verbunden fühlen und die Marktgemeinde weiter vorwärtsbringen wollen, haben mit ihrer Spende nun eine schöne Gelegenheit dazu beizutragen“, so Cornelia Kollmer.

Die Stiftungsarbeit kann durch Spenden, die unmittelbar für die Zwecke der Stiftung eingesetzt werden, oder durch Zuwendungen zur Erhöhung des Stiftungsvermögens unterstützt werden. Zuwendungen ab 500 Euro werden zu 80 % zur Erhöhung des Vermögens und zu 20 % als Spende verwendet. Zuwendungen unter diesem Betrag werden zu 100 % als Spende für die Stiftungszwecke verwendet. Zuwendungen, die als Spende gekennzeichnet sind, werden unabhängig von deren Höhe für die Stiftungszwecke verwendet. **□**

Genossenschaften halten ...

(Fortsetzung von Seite 5) Raiffeisenbanken ist deutlich gestiegen. Jetzt sind in erster Linie zwei Dinge nötig: Die Politik muss ihren Ankündigungen auch Taten folgen lassen. Das bedeutet, dass KfW und LfA Förderbank Bayern nun die Mittel schnell und unbürokratisch zur Verfügung stellen. Es bleiben aber noch Stolpersteine, die aus dem Weg geräumt werden müssen: Die Förderbanken übernehmen je nach Programm 80 oder 90 Prozent der Kreditrisiken. Das wird nicht in allen Fällen reichen. Deshalb halte ich es auch weiterhin für angemessen, dass wir eine Diskussion darüber führen, inwieweit der Staat über seine Förderbanken hier zu 100 Prozent ins Obligo geht. Schließlich waren es die staatlichen Stellen, die auch den Lockdown weiter Teile der Wirtschaft veranlasst haben.

Dass eine hundertprozentige Haftungsübernahme möglich ist, wenn der politische Wille dazu vorhanden ist, zeigt zum Beispiel die Schweiz. Dort wurde die Haftungsübernahme auf bis zu 100 Prozent angehoben. Es geht also auch um Gleichbehandlung und darum, nach einem Überwinden der Krise wieder mit gleichen Startbedingungen loslegen zu können, ohne Wettbewerbsnachteile.

Bedeutet das, dass die Banken bei der Kreditvergabe zögern?

Gros: Die Volksbanken und Raiffeisenbanken zögern jedenfalls nicht. Sie sind wesentlicher Teil der Krisenlösung. Sie haben die eigene Kreditvergabe hochgefahren, um die Wirtschaft zu stützen. Die Kreditgenossenschaften sind keine reinen Durchlauferhitzer für die Programme der staatlichen Förderbanken. In den vergangenen Tagen haben sie knapp 60 Prozent der neu ausgereichten Kredite auf die eigene Bilanz genommen. Weitere 15 Prozent wurden in Zusammenarbeit mit der LfA Förderbank Bayern, 22 Prozent in Kooperation mit der KfW realisiert.

Das zeigt: Die staatlichen Programme sind wertvoll. Noch wichtiger aber bleiben die Fähig-

keit der Volksbanken und Raiffeisenbanken zur Kreditvergabe aus eigener Kraft und die schnelle Auszahlung an die Unternehmen. Das betone ich auch deshalb, weil es mir im medialen und politischen Hype um die Förderbanken aktuell deutlich zu kurz kommt. Schön wäre, wenn man auch politisch zur Kenntnis nehmen würde, welche Risiken die Volksbanken und Raiffeisenbanken jetzt schultern.

Die Staatshaushalte haben ebenfalls riesige Kreditprogramme zu schultern. Wie beurteilen Sie die Debatte um die Corona-Bonds?

Gros: Dazu habe ich eine klare Meinung. Wenn jetzt auf europäischer Ebene Corona-Bonds kommen, dann ist das der Eintritt in die dauerhafte Sozialisierung der Staatsschulden. Die Vergemeinschaftung wäre Realität – dauerhaft, nicht nur für die Zeit der Pandemie. Ich bin eindeutig dafür, die Instrumentarien zu nutzen, die bereits zur Verfügung stehen, wie zum Beispiel den Euro-Rettungsschirm ESM.

Es muss außerdem endlich mal damit Schluss sein, jeden Anlass politisch herzuzunehmen, um die europäische Vergemeinschaftung nationaler Schulden zu fordern. Es wird allmählich unglaubwürdig, wenn immer dieselben Akteure mit den alten Forderungen auftauchen. Bislang hieß es Euro-Bonds, jetzt heißen sie Corona-Bonds und beim nächsten Mal Irgendwas-Bonds. Das Konzept wird auch durch ständiges Wiederholen und Umbenennen nicht besser.

bleiben wir auf der europäischen Ebene. Was halten Sie von der Empfehlung der EZB an die Banken, bis mindestens Oktober 2020 keine Dividenden zu zahlen? Die BaFin hat sich dem mittlerweile angeschlossen.

Gros: Hier ist Differenzierung notwendig. Ungleiches kann man nicht gleich behandeln. Die Volksbanken und Raiffeisenbanken hatten unter den gegebenen Rahmenbedingungen noch ein gutes Jahr 2019. Warum sollen sie davon nicht etwas an ihre Mitglieder und Eigentümer zurückgeben dürfen – ob nun als

Dividende oder in anderer Form.

In unserer Gruppe haben wir keine Eigenkapitalprobleme. Im Gegenteil, aktuell sind wir gut ausgestattet. In unserer Gruppe führen auch die jetzt gewährten temporären Eigenkapitalerleichterungen und getroffenen aufsichtsrechtlichen Maßnahmen nicht dazu, dass wir plötzlich dividendenfähig sind. Die genossenschaftliche Bankengruppe war das grundsätzlich vorher auch schon. Wenn es in der Banklandschaft Institute gibt, bei denen das anders ist, dann müssen EZB und BaFin das dort ansprechen.

Eine Frage zum Schluss: Sie haben eine Exitstrategie gefordert, um aus dem Corona-Stillstand wieder herauszukommen. Warum?

Gros: Fabriken und die allermeisten Geschäfte haben geschlossen, Gaststätten, Hotels und Handwerksbetriebe wissen nicht, wie es weitergeht, Lieferketten drohen dauerhaft zu reißen. So eine Situation kann eine Volkswirtschaft nicht beliebig lange durchhalten. Wir haben erlebt, wie schnell es gegangen ist, eine laufende Wirtschaft nahezu zum Erliegen zu bringen.

Die Politik hat den Wirtschaftsmotor ausgeschaltet, jetzt muss sie zeigen, dass sie auch weiß, wie man die Maschine wieder in Gang bringt. Es braucht nun ein einheitliches Szenario für Deutschland, wie und vor allem wann die Wirtschaft wieder ins Laufen gebracht werden soll. Unternehmen, Handwerker, alle die dafür sorgen, dass Wirtschaft funktioniert, benötigen dringend eine Perspektive, um liquiditätsmäßig und geschäftspolitisch planen zu können. Nötig sind zwischen Ländern und Bund verzahnte Task-Force-Einheiten, die sich strukturiert und abgestimmt mit den relevanten Fragestellungen beschäftigen, um bundeseinheitliche Lösungen zu erarbeiten. Es wird ein Leben nach der Krise geben. Das künftig zu organisieren, damit sollte man jetzt beginnen. Auch das gehört zum Krisenmanagement.

Herr Dr. Gros, vielen Dank für das Interview! **□**

Cash Logistik:

Bargeld ist Garant für Integration

Handel drängt Kunden ungerechtfertigt zur Kartenzahlung

Trotz Coronavirus bezahlen viele Deutsche nach wie vor mit Bargeld, wie die Bundesbank laut einem ntv-Bericht festgestellt hat. Selbst in Krisenzeiten bleiben die Geldscheine und Münzen nicht nur bei Einkäufen des täglichen Bedarfs sehr beliebt. Der Handel allerdings versucht massiv, den Kunden einen Strich durch die Rechnung zu machen, drängt sie unter dem fadenscheinigen Argument des im Vergleich zur Barzahlung geringeren Infektionsrisikos zur Kartenzahlung. Und dass, obwohl unter anderem das Robert Koch-Institut längst mehrfach bestätigt hat, dass diese Aussage nicht haltbar ist.

Die Aufforderung zur Kartenzahlung ist gelebte Ausgrenzung derer, die über kein Konto verfügen oder bar bezahlen möchten. Der wahre Grund für diesen „War on Cash“ sind diverse Vergünstigungen der Anbieter unbarer Zahlungsmittel gegenüber dem Handel. Weiteres Motiv für das Zurückdrängen des Bargeldes sind vor allem die immer wertvolleren Kundendaten. So werden die Konsumenten zum „gläsernen Kunden“. Bargeld verhindert dies.

„Es ist zudem das einzige gesetzlich garantierte Zahlungsmittel, hat eine erhebliche Integrationskraft und ermöglicht allen Menschen quasi barrierefrei am Wirtschaftskreislauf teilzunehmen“, erläutert Michael Mewes, Vorstand der Cash Logistik Security AG und Vorsitzender der Bundesvereinigung Deutscher Geld- und Wertdienste BDGW. Außerdem gibt Mewes zu bedenken, dass der Bargeldkreislauf nicht sukzessive heruntergefahren und am Tag X nach Corona beliebig wieder reaktiviert wenn kann.

40 Mio. Erwachsene in Europa ohne Bankkonto

„Alle Bürger müssen die Wahl und die Möglichkeit behalten,

mittels Bargeldzahlungen am Alltag teilzunehmen“, macht Mewes deutlich. Auch sei die finanzielle Eingliederung benachteiligter Bevölkerungsgruppen eng mit Armutsbekämpfung, Frauen-Empowerment und Arbeitsplatzschaffung verbunden ist. „Insofern verhindert Bargeld Ausgrenzung und fördert Integration“, so Mewes. Allein in Europa verfügen laut

dem World Savings and Retail Banking Institute etwa 40 Millionen Erwachsene über kein Bankkonto. Weltweit sind es sogar 1,7 Mrd. Menschen (Quelle: WestStein Ltd.).

„Die Integration dieser Menschen in den Wirtschaftskreislauf muss gewährleistet sein“, betont Mewes. Außerdem seien diese Konsumenten ein gewaltiger Wirtschaftsfaktor.

Dass Bargeld auch hierzulande gesetzt ist, zeigen sehr deutlich aktuell erhobene Zahlen zu den B2C-Transaktionen: Rund zwei Drittel davon erfolgen nach wie vor in bar. Und allen Unkenrufen zum Trotz dürfte sich an der Vorliebe für's Bargeld hierzulande wohl auch in den nächsten Jahren nicht viel ändern. **□**

Eine Milliarde Euro Corona-Soforthilfe in Bayern ausgezahlt

In Bayern haben Soloselbstständige, kleine und mittlere Unternehmen bis zu diesem Wochenende bereits eine Milliarde Euro Corona-Soforthilfe ausbezahlt bekommen. Damit haben die mehr als 1400 zuständigen Mitarbeiter bei den sieben bayerischen Bezirksregierungen und der Landeshauptstadt München über 150.000 der etwa 400 000 eingehenden Anträge bewilligt. Etwa 20.000 Anträge wurden abgelehnt.

„Wir haben in den vergangenen Wochen trotz schwieriger Rahmenbedingungen viel geschafft und eine Milliarden-Summe ausgezahlt. Mein großer Dank gilt den Mitarbeitern der Bezirksregierungen und der Landeshauptstadt München. Wir werden nicht nachlassen, die Ärmel hochkrempeln und weiterarbeiten, bis jeder Berechtigte sein Geld bekommen hat“, erklärte Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger.

Er bat alle, die noch auf ihre Soforthilfe warten, um Verständnis. „Wir wollen rasch auszahlen, müssen aber auch genau hinschauen, denn beim Umgang mit dem Geld der Steuerzahler ist Sorgfalt geboten“, unterstrich der Wirtschaftsminister. Zudem bat er alle Antragsteller, die Anträge akkurat auszufüllen. Je mehr die Mitarbeiter nacharbeiten müssten, desto länger dauere der gesamte Bewilligungsprozess. **□**

Bayerische Sparkassen:

Zügige Kreditvergabe möglich

Die bayerischen Sparkassen stehen als Hausbank auch in der Corona-Krise an der Seite ihrer Unternehmenskunden und Selbständigen. Die Antragsbearbeitung für Förderkredite aus den Hilfsprogrammen der Förderbanken läuft im Hochbetrieb. Wie Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern, erläuterte, „wollen wir nach Kräften dazu beitragen, die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie abzufedern, damit unsere mittelständischen Unternehmen und Selbständigen leistungsfähig für die Zeit danach bleiben“.

Bei den bayerischen Sparkassen können Unternehmen und Selbständige sowohl die Förderkredite und Liquiditätshilfen der LfA Förderbank Bayern, der landwirtschaftlichen Rentenbank als auch der bundesdeutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) beantragen und ausbezahlt bekommen. Die Förderbanken haben dazu die bestehenden Programme modifiziert und erweitert.

Alle neuen Kreditangebote wurden geschaffen, um Unternehmen, die unter den Folgen der Corona-Pandemie leiden, den Zugang zu Krediten auch in schwierigen Zeiten zu erleichtern. Voraussetzung für die Unterstützung der Unternehmen ist immer ein grundsätzlich tragfähiges Geschäftsmodell und der Nachweis, dass sich die Schwierigkeit des Unternehmens auf die Corona-Krise zurückführen lässt. Die-

se Angebote sollen von Firmen in Anspruch genommen werden können, die durch die Corona-Krise in größere Finanzierungsschwierigkeiten geraten sind.

Bei den bayerischen Sparkassen gab es Netzer zufolge bis zum 1. April bereits über 12.000 Aussetzungen mit einem Stundungsbetrag von insgesamt über 80 Millionen Euro. Diese Sofortmaßnahmen der Sparkassen schaffen bereits unabhängig von den Förderkreditprogrammen Liquidität. Sie führen dazu, dass Anträge auf Förderkredite an die LfA und die KfW sorgfältig vorbereitet werden können und die dazu den Sparkassen zwingend auferlegte Kreditrisikoprüfung beschleunigt, aber sorgfältig durchgeführt werden kann. Die Gesamtzahl der Anfragen nach Förderkrediten lag Ende März bereits bei rund 8.000 und stieg in der Folge rasant an.

Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe:

Wirtschaft stabilisierend stützen

Das Corona-Virus trifft die deutsche Wirtschaft hart. Die Chefvolkswirte der Sparkassen-Finanzgruppe betonen, dass angesichts der aktuellen Krisenentwicklungen alles dafür getan werden muss, die Wirtschaft jetzt stabilisierend zu stützen. Es gehe darum, den Shut-Down der Volkswirtschaften zu überwinden und negative Zweitrundeneffekte zu begrenzen. Daher müssten auch bereits jetzt die Grundlagen für ein Wiedererstarken der deutschen und europäischen Volkswirtschaft im Blick bleiben.

Die Corona-Pandemie hat gravierende ökonomische Ausmaße. Mit ihren Maßnahmen habe die Bundesregierung wichtige Voraussetzungen geschaffen, um die Unternehmen wirkungsvoll in dieser schweren Zeit zu unterstützen. Darüber hinaus geht es nach Auffassung der Chefvolkswirte jetzt darum, sektorspezifische Lösungen zu finden, um Unternehmen in der Zeit des Shutdown aufzufangen. Auch Erleichterungen für Banken müssten folgen. Zudem seien Börsen-Schließungen zu prüfen.

Arbeitskräftepotenzial erhalten

Nach der Pandemie müsse es gelingen, die Volkswirtschaft möglichst schnell wieder in eine robuste Lage zu führen. Kapitalstock und Arbeitskräftepotenzial müssten in der Krise erhalten bleiben. Sie bildeten die Grundlage für das Wiedererstarken der Wirtschaft. Die Erhöhung digitaler und wissensbasierter Investitionen erfordere besondere Aufmerksamkeit.

„Die Pandemie führt zu einer neuen Weltwirtschaftskrise“, heißt es weiter. „Überall werden die nächsten Quartale tiefrote Zahlen aufweisen.“ Zu den angebotsseitigen Beschränkungen wie reißenden globalen Lieferketten komme ein massiver Nachfragerückgang, der aufgrund der notwendigen gesundheitlichen Vorsorgemaßnahmen unabdingbar ist. Dabei könnten je nach Überwindung der Pandemie Nachholeffekte zwar wieder die Wirtschaft ankurbeln. Nicht zu vernachlässigen seien aber auch negative Zweit-Rundeneffekte, die durch verlorenes Vertrauen Konsum und Investitionen verstärkt vermindern können.

„Immer klarer zeichnet sich ab: Deutschland sieht sich in 2020 zunächst stark rezessiven Tendenzen gegenüber.“ Weitere Abwärtsspiralen müssten so gut es geht durchbrochen werden. Es gelte, einen tiefen Kon-

junkturbruch wirtschaftspolitisch abzufedern. Dabei müssten zugleich die Grundlagen für einen möglichen Aufschwung gelegt werden. Es gehe jetzt darum, noch stärker Bürger und Unternehmen sowie Banken und Sparkassen mit Maßnahmen zu unterstützen, die diese dramatische Krisenphase überwinden helfen.

Lokal verankerte Institutionen haben in Krisenzeiten laut DSGVO eine wichtige Stabilisierungsfunktion. Dies gelte insbesondere auch für Banken und Sparkassen, die mit ihrer Infrastruktur, Kontaktpflege und kontinuierlichen Kreditvergabe den kleinen und mittleren Unternehmen helfen, in die Zukunft zu investieren. Damit dies gelingt, sollte regulatorisch alles getan werden, damit die Liquiditäts- und Kreditversorgung stabilisiert werden kann.

Entscheidend wird es aus Sicht der Chefvolkswirte jetzt sein, die mit den fiskalpolitischen Maßnahmen einhergehenden höheren Staatsschulden geldpolitisch aufzufangen. Umfassende Staatsanleihekäufe sollten daher befristet für die Zeit der Pandemie ermöglicht werden.

Geldpolitik nicht überstrapazieren

Es sei nicht an der Zeit, an apokalyptischen Abgrenzungen zwischen Fiskal- und Geldpolitik festzuhalten. Gleichzeitig sollte die Geldpolitik in dieser Lage aber auch nicht überstrapaziert werden. Es müsse vermieden werden, die Geld- und Kapitalmärkte noch weiter in den tiefen negativen Bereich hineinzuführen. Die EZB habe in einem ersten Schritt angemessen reagiert und bleibe jetzt genauso wie die anderen Zentralbanken gefordert, die Versorgung der Realwirtschaft über das Bankensystem sicher zu stellen. Zudem blieben auch die Aufsichts- und Finanzstabilitätsmechanismen gefordert, weiter für Stabilität zu sorgen. DK

Für die Unterstützung ihrer Firmenkunden ergreifen die bayerischen Sparkassen im Moment eine Vielzahl von ungewöhnlichen Maßnahmen. So stocken sie z.B. Personalkapazitäten im Firmenkunden-Kreditbereich auf, schulen weitere Mitarbeiter, arbeiten im Schichtbetrieb, leisten Überstunden und Samstagsarbeit, haben die Businesslines der Kundenservicecenter aufgestockt und bereiten Kunden telefonisch anhand von Checklisten vor. Zudem können die Kunden ihren Förderkreditbedarf inzwischen auch online bei ihrer Sparkasse anmelden; damit wird die Abwicklung beschleunigt.

Kredit- und Risikoprüfung zwingend erforderlich

Für die Kreditvergabe aus den staatlichen Kreditprogrammen ist eine Kredit- und Risikoprüfung zwingend erforderlich und rechtlich vorgegeben. Die Förderinstitute verzichten auf eine eigene Kreditprüfung, greifen stattdessen bei Krediten bis zu einer bestimmten Höhe auf die Prüfung durch die Hausbanken zurück, die ihnen auf diese Weise Ar-

Schließlich sollten nun alle angedachten zusätzlichen neuen aufsichtlichen und regulatorischen Maßnahmen auch auf Shutdown gesetzt und weitere Aktivitäten erst nach Überwindung der Pandemie wieder aufgenommen werden. Gemeinsam mit der Aufsicht müssten jetzt Sparkassen und Banken alles unternehmen, in der nächsten Zeit die Infrastruktur mit Blick auf die Geldfunktionen aufrecht zu erhalten. Dazu gehörten insbesondere die klassischen Funktionen des Geldes als Transaktions- und Wertaufbewahrungsmittel.

Höhere Investitionen als Königsweg

Weite man den Blick über die aktuelle Krise hinaus, werde ein deutlicher Investitionsrückstand in Deutschland deutlich. Auf lange Sicht seien Unterinvestitionen wachstumsgefährdend, betonen die Experten: Je weniger Kapital, desto geringer das Produktionsniveau und die Wachstumsraten. Höhere Investitionen seien deshalb der Königsweg für die gesunde Aufstellung der Wirtschaft nach Überwindung der Pandemie.

Hierzu trage jetzt auch unmittelbar der Ausbau des deutschen Gesundheitssystems mit durch die Corona-Krise initiierten Milliarden-Investitionen bei. „Auch sie werden mit dafür sorgen, die Überschüsse der Leistungsbilanz zu reduzieren, die anstehenden demografischen Herausforderungen besser zu bewältigen und insgesamt unser Wirtschaften nachhaltiger werden zu lassen.“

Kapitalstock ausweiten

Mit dem Klimapaket für ein nachhaltiges Wirtschaften seien gerade im vergangenen Jahr wichtige Investitionsimpulse auf den Weg gebracht worden. Zur Überwindung des Corona-Schocks müssten daher auch weitere staatliche und private grüne Investitionen getätigt werden. Verbunden mit mehr Kapitaleinsatz und größeren Anstrengungen für Forschung und Entwicklung seien höhere Investitionen ein Gebot für heute, morgen und übermorgen. „Dabei wird es nicht reichen, den aktuellen Kapitalstock zu erhalten. Falls möglich, sollte er ausgeweitet und stetig modernisiert werden.“ DK

beit abnehmen. Nach den weiterhin geltenden aufsichtlichen Vorgaben für Kreditinstitute dürfen keine Kredite vergeben werden, die banküblichen Standards nicht standhalten. Die vorgeschriebene Kredit- und Risikoprüfung bezieht sich auf 100 Prozent des Kreditvolumens und nicht etwa nur auf den Haftungsanteil der Hausbank.

Um ihren Kreditprüfungsprozess zu vereinfachen, brauchen die Kreditinstitute Erleichterungen in der Regulation. Im Sinne ihrer Kunden haben die bayerischen Sparkassen den Förderinstituten und staatlichen Stellen bereits zahlreiche konstruktive Vorschläge zur Vereinfachung der Prozesse unterbreitet. Das bayerische Kabinett hat sich erneut mit dem Thema beschäftigt und wesentliche Punkte aus Anregungen der bayerischen kreditwirtschaftlichen Verbände aufgegriffen (wir berichteten).

Nach Netzers Worten setzen die Sparkassen alle Hebel in Bewegung, um den Unternehmen ihrer Heimatregionen zu helfen: „Es ist in unserem eigenen Interesse, die Wirtschaft in unseren Geschäftsgebieten zu stärken. Auch während der Finanzkrise haben die Sparkassen geholfen. Sie waren als Regionalbanken nicht direkt von der Finanzkrise betroffen und haben anerkannt stabilisierend für die deutsche Finanzwirtschaft gewirkt.“

Trotz dieser Erfahrung aus der Krise seien sie in der Folgezeit überproportional von den Regulierungsmaßnahmen für den Bankenmarkt betroffen gewesen, weil sich diese in der Regel nicht an Regionalbanken, sondern an internationalen Großbanken orientierten. Die Sparkassen hätten sich darauf eingestellt und seien auch heute trotz dieser Belastung feste Partner für ihre Kunden. DK

Wachsendes Kreditneugeschäft

Die Sparkassen verzeichneten im März eine starke Ausweitung des Kreditneugeschäfts. Die neu zugesagten Darlehen stiegen um 3,3 Milliarden Euro, d.h. 723 Millionen Euro bzw. knapp 28 Prozent mehr als im März 2019. „Über alle Kundengruppen vergeben die Sparkassen mehr Kredite aus den eigenen Büchern. Jeder vertretbare Kredit wird auch vergeben“, betonte Dr. Ulrich Netzer, Präsident des Sparkassenverbands Bayern. „Die Sparkassen arbeiten auf Hochtouren und stellen die Kreditversorgung für die Breite der Bevölkerung und des Mittelstands sicher.“ DK

Hilfsfahrten im Auftrag der Kommune:

VKB weitet Versicherungsschutz aus

Es gibt sie bereits seit knapp zehn Jahren: eine Versicherung des Pkws bei Hilfsfahrten durch Ehrenamtliche. Wenn diese im Auftrag der Kommune bedürftige Menschen mit Mobilitäts-Handicap versorgen, sichern sogenannte Dienstfahrt-Fahrzeug- und Rabattverlust-Versicherungen die Fahrten ab, wenn die Kommune diese abgeschlossen hat.

Die Versicherungskammer Bayern weitet während der Pandemie diesen Versicherungsschutz auf zweifache Weise aus: Sie sichert zum einen ab sofort Fahrten zu allen hilfsbedürftigen Personen ab, auch ohne Mobilitäts-Handicap. Zum anderen genießen ab sofort nicht nur Ehrenamtliche den Schutz in dieser Versicherung, sondern auch alle bisher nicht versicherten Bediensteten der Kommune, wenn sie solche Fahrten übernehmen.

Ein Beispiel: Ein Kasko-Versicherungsschutz zur Abdeckung von Schäden am eigenen Pkw besteht nun bei Fahrten zu Senioren, die zu Hause Unterstützung benötigen, weil die Kinder oder Dritte im Moment nicht helfen können. Oder auch bei einer Fahrt zu einer Familie in

Quarantäne. „Mit unserem Angebot wollen wir als Versicherer einen Beitrag dazu leisten, die Bereitschaft, bei der Versorgung von Hilfsbedürftigen mitzuhelfen, zu erhöhen“, macht Peter Niedermeier, Abteilungsleiter Underwriting Kraftfahrt Flotte Versicherungskammer Bayern, deutlich.

Den Versicherungsschutz erhält die Kommune für ehrenamtliche und die eigenen Mitarbeiter ganz einfach: Sie erteilt den Fahrauftrag schriftlich oder elektronisch. Und sie meldet die Kilometer der Versicherungskammer Bayern.

Weitere Informationen erhalten die Kommunen bei ihrem Direktionsbevollmächtigten, und zwar über die bekannten Zugangswege per E-Mail oder Telefon. □

Online bezahlen – einfach und sicher.

Mit paydirekt, einem Service Ihrer Sparkasse.

Kostenlos im Online-Banking freischalten.

Sicher shoppen und sparen!
Mit nur einem Klick sichern Sie sich jetzt Rabatte bei vielen Markenhändlern! Gleich die aktuellen Angebote entdecken auf www.sparkasse.de/paydirekt

paydirekt

Wenn's um Geld geht

BayernLB steht Wirtschaft zur Seite

Die BayernLB unterstützt ihre Kunden bestmöglich, um die massiven wirtschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise zu bewältigen. „In dieser außergewöhnlichen Notlage stehen wir an der Seite von Unternehmen und Menschen in Bayern und Deutschland“, erklärte Stephan Winkelmeier, Vorstandsvorsitzender der Bayerischen Landesbank, bei der Bilanzpressekonferenz. „Wir leisten unseren Beitrag zur Sicherung der Liquidität von Unternehmen, die der Pandemie-Schock unverschuldet getroffen hat. So tragen wir dazu bei, gesunde und leistungsstarke Wirtschaftsstrukturen sowie damit verbundene Arbeitsplätze zu erhalten.“

Neben den Kundenbetreuern sind insbesondere die Fördermittelexperten der BayernLB im Dauereinsatz, um Kredite und Bürgschaften für die von der Krise besonders betroffenen Unternehmen zu arrangieren. Hand in Hand mit den bayerischen Sparkassen tragen sie maßgeblich dazu bei, dass Fördermittel der KfW Bankengruppe oder der LfA Förderbank Bayern bei den Betrieben im Freistaat ankommen. Dazu beraten die Spezialisten der Landesbank die Sparkassen zur Verfügbarkeit der Programme und unterstützen bei der Antragstellung. Außerdem stehen sie im Austausch mit vielen Firmenkunden der BayernLB, zu denen größere Mittelständler und börsennotierte Konzerne zählen.

Das Interesse an den staatlichen Förderangeboten ist enorm und zieht sich quer durch die gesamte Wirtschaft. Mehr als vier-

tausend Anfragen haben die Fachleute der BayernLB schon beantwortet, seitdem Bayerns Staatsregierung und die Bundesregierung die Förderprogramme auf den Weg gebracht haben. Mittlerweile hat die Bank das Fördermittelteam unter anderem mit fachkundigen Kolleginnen und Kollegen aus anderen Einheiten verstärkt, um eine rasche und sorgfältige Bearbeitung zu gewährleisten.

Fördermittel: Berater rechnen mit bis zu 10.000 Anträgen

Ein Ende des Ansturms ist nicht absehbar: Die BayernLB rechnet mit bis zu 10.000 Förderanträgen, die von der S-Finanzgruppe im Freistaat binnen weniger Wochen im Zusammenhang mit der Corona-Krise auf den Weg gebracht werden. Bislang haben Bayerns Sparkassen und die Bay-

ernLB rund 200 Anträge mit einem Gesamtvolumen von nahezu 80 Mio. Euro an die Förderbanken weitergereicht.

Erforderliche Kreditprüfung

Der Kreditwirtschaft kommt entgegen, dass die Förderbanken die Antragstellung teils deutlich vereinfacht haben. Bei Darlehen bis drei Mio. Euro verzichten sie beispielsweise auf eine eigene Kreditprüfung. Hausbanken wie die Sparkassen oder die BayernLB müssen jedoch trotz aller Dringlichkeit eine Kreditprüfung durchführen, um den aufsichtsrechtlichen Vorgaben und ihrer kaufmännischen Sorgfaltspflicht gerecht zu werden. Dabei können nur Unternehmen Fördermittel in Anspruch nehmen, die über ein tragfähiges Geschäftsmodell verfügen und vor Ausbruch der Pandemie nicht „in Schwierigkeiten waren“, wie die KfW betont.

Soforthilfen: schnelle und zuverlässige Auszahlung

Zusätzlich zum Fördergeschäft unterstützt die BayernLB die Liquiditätsversorgung der Wirtschaft derzeit durch die zügige Überweisung der Soforthilfen der Bayerischen Staatsregie-

lung und der Bundesregierung. Diese Zuschüsse können Selbstständige oder kleine Betriebe seit 18. März beantragen. Die ersten Auszahlungen erfolgten bereits am 20. März – unter anderem über ein Konto, das der Freistaat Bayern bei der BayernLB als seiner Hausbank unterhält. Allein über diese Bankverbindung sind mittlerweile bereits mehr als 300 Mio. Euro an die Antragsteller überwiesen worden. Auf diese Weise wird ein wichtiger Beitrag geleistet, die Zahlungsfähigkeit vieler Betriebe in der akuten Krisenphase kurzfristig sicherzustellen und damit die Wirtschaft zu stabilisieren.

Bayern-Anleihe

Die BayernLB unterstützt darüber hinaus den Freistaat Bayern dabei, die von der Staatsregierung eingeleiteten Maßnahmen zur Bewältigung der Corona-Pandemie am Kapitalmarkt zu refinanzieren. In der vergangenen Woche hat der Freistaat dazu drei Milliarden Euro aufgenommen. Die BayernLB als seine Hausbank hat diese Emission als mandatiertes Konsortialführer wesentlich mitplatziert. Es handelt sich um die größte jemals begebene Bayern-Anleihe.

Uneingeschränkte Erreichbarkeit für die Kunden

Um die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Infektionen zu schützen, hat die BayernLB an allen Standorten in den vergangenen zwei Wochen bis auf weiteres weitgehend auf Heimarbeit umgestellt. Für ihre Kunden ist die BayernLB dabei uneingeschränkt erreichbar. „Wir sind da und wir sind handlungsfähig“, betonte Winkelmeier. Gemeinsam mit den bayerischen Sparkassen hält die Bayerische Landesbank die Versorgung mit Finanzdienstleistungen aufrecht.

Einschränkungen im Leistungsangebot gibt es bislang allenfalls partiell, wenn aufgrund der Pandemie Lieferketten beeinträchtigt sind. Dies wirkt sich beispielsweise punktuell auf den physischen Sorten- und Edelmetallhandel aus, den die BayernLB von Nürnberg aus betreibt. Zulieferer weltweit schränken die Produktion ein und somit sind einige Produkte nicht verfügbar. Die BayernLB ist als einer der wenigen großen Edelmetallhändler nach wie vor lieferfähig und hat unter dem Strich im März 2020 so viel physisches Gold gehandelt wie in keinem Monat zuvor. □

Sparkasse Erding-Dorfen:

Richtfest für neue Hauptverwaltung

Freudige Mienen beim Richtfest an der neuen Hauptgeschäftsstelle der Sparkasse in Erding: Um den veränderten Bedingungen im Bankenwesen auch künftig gerecht zu werden, investiert die Bank insgesamt rund 28 Millionen Euro. Auf einer Bruttogeschossfläche von 7.500 Quadratmetern entstehen Büros für 210 Mitarbeiter. Das Gebäude soll noch heuer fertiggestellt werden.

Die Sparkasse Erding gibt es seit 1826, den alten Hauptsitz seit 1983 am Alois-Schießl-Platz. Bei dem Neubau handelt es sich laut Vorstandschef Joachim Sommer um ein architektonisch außergewöhnliches Gebäude für die Zukunft. Seit 2014 befasste man sich bereits mit dem Projekt. Es zeichne sich durch viele diskrete Beratungszimmer, neue digitale Möglichkeiten sowie einen größeren Schließfachbereich aus.

Städtebauliches Zeichen

Von einem Meilenstein in der Geschichte des Instituts sprach Verwaltungsratschef Heinz Grundner. Die neue Hauptverwaltung setze an exponierter Stel-

Geschäftsjahr 2019 der Sparkasse Mainfranken Würzburg:

Zuverlässiger Finanzpartner der Region

Als verlässlicher Finanzpartner steht die Sparkasse Mainfranken Würzburg den Menschen in der Region auch in außergewöhnlichen Zeiten zur Seite. Wie Vorstandsvorsitzender Bernd Fröhlich bei der Vorlage der Geschäftszahlen 2019 unterstrich, vertrauten die Bürger der viergrößten Sparkasse in Bayern. „Wir beraten unsere Privat- und Firmenkunden ganzheitlich, um gemeinsam eine optimale Vermögensstruktur zu gestalten.“

Geprägt war das Geschäftsjahr 2019 der Sparkasse Mainfranken Würzburg von einem lebhaften Kreditgeschäft und Zuflüssen beim Geldvermögen. In einem anspruchsvollen Umfeld konnte die Eigenkapitalausstattung durch weitere Rücklagen gestärkt werden. Die Bilanzsumme stieg auf 8,8 Mrd. Euro – rund 6 Prozent mehr als 2018.

Gestiegene Kundeneinlagen

Die Kundeneinlagen wuchsen um 351 Mio. Euro (+ 5,1 %) auf 7,3 Mrd. Euro. Die Kunden bevorzugten weiterhin täglich verfügbare Geldanlagen. Die Bestände der Kundendepots erhöhten sich um 411 Mio. Euro (+ 20,3 %) auf 2,4 Mrd. Euro, darunter allein rund 1,6 Mrd. Euro in Fonds der Deka. An dieser Entwicklung hat der zusammen mit der Deka-Bank seit 2012 aufgelegte Fonds „Mainfranken Strategiekonzept“, der sich 2019 wieder hervorragend entwickelte, mit 548 Mio. Euro einen bedeutenden Anteil. Zusammen mit den rund 563 Mio. Euro Ansparguthaben bei der Landesbausparkasse Bayern (LBS) und 653 Mio. Euro Rückkaufswerten für Lebensversicherungen wurden 10,9 Mrd. Euro Vermögenswerte im Auftrag der Kunden betreut.

Mit 279 Mio. Euro (Vorjahr 350 Mio. Euro) neu abgeschlossenen Bausparverträgen beim Verbundpartner LBS sicherten sich die Sparkassenkunden langfristig das niedrige Zinsniveau. Die Sparkasse Mainfranken Würzburg gehört zu den größten Immobilienvermittlern in der Region. Vermittelt wurden Immobilien mit einem Objektwert von insgesamt rund 79 Mio. Euro (Vorjahr: 67 Mio. Euro). Die Jahresbeitragssumme von rund 2,1 Mio. Euro neu abgeschlossener Haftpflicht-, Unfall-, Kfz-, Kranken- und Gewerbeversicherungen der Sparkassenkammer Bayern lag über dem Ergebnis des Vorjahres (rund 2,0 Mio. Euro). Mit einer Beitragssumme von rund 102 Mio. Euro (Vorjahr: 93 Mio. Euro) neu abgeschlossener Lebensversicherungsver-

träge nutzten die Kunden das Sicherheitskonzept der VKB.

Im Berichtsjahr wurden 1,2 Mrd. Euro (entspricht nahezu 20 % des Bestandes) neue Kredite ausgezahlt. Gleichzeitig wurden 844 Mio. Euro Finanzierungsmittel zurückgezahlt, so dass sich der Kreditbestand um 335 Mio. Euro (+ 5,9 %) auf etwas mehr als 6 Mrd. Euro ausgeweitet hat.

Insgesamt betreuen die 1.595 Mitarbeiter der Sparkasse Mainfranken rund 673.300 Kundenkonten und -depots, darunter 255.110 Girokonten und 53.749 Wertpapierdepots. Statistisch ist damit jeder zweite Mainfranke in der Stadt Würzburg und den Landkreisen Würzburg, Main-Spessart und Kitzingen Kunde der Sparkasse Mainfranken.

Dichtes Filialnetz

Mit 100 Standorten (39 Beratungszentren und 61 Filialen) und 14 Selbstbedienungstandorten bietet die Sparkasse Mainfranken Würzburg eines der dichtesten Filialnetze in Bayern. Dabei wird das moderne Serviceangebot der Sparkasse Mainfranken Würzburg immer häufiger genutzt.

Rund 1.000 Spenden- und Sponsoringprojekte für kulturelle, sportliche, soziale, wissenschaftliche und Umweltprojekte konnten durch die Sparkasse Mainfranken Würzburg gefördert werden. Die Spenden in Höhe von 2,9 Mio. Euro wurden von der Sparkasse, aus dem Zweckertrag des PS-Sparens sowie von den vier Sparkassenstiftungen bereitgestellt. Diese besitzen inzwischen ein Vermögen von 29 Mio. Euro.

Das „Spendenportal der Sparkasse Mainfranken Würzburg“ bietet unter www.sparkasse-mainfranken.de/spendenportal die Möglichkeit, regionale Projekte und interessierte Spender mit nur wenigen Klicks zusammen zu bringen. Durch die Registrierung auf dem Spendenportal erscheinen die Vorhaben automatisch auch auf der unabhängigen Plattform betterplace. Insgesamt haben bereits mehr als 100 Projekte Spenden in Höhe von insgesamt über 200.000 Euro über die Plattform gesammelt.

Stiftergemeinschaft

Mit ihrer Stiftergemeinschaft begleitet die Sparkasse Mainfranken Würzburg ihre Kunden bei der Gründung von Förder- sowie Namensstiftungen mit einem Stiftungsvermögen von inzwischen fast 10,1 Mio. Euro (Vorjahr: 4,9 Mio. Euro). Schon ab 25.000 Euro können auf einfache Art und Weise eigene Stiftungen gegründet werden, um einen individuell gewählten Zweck zu unterstützen. Mit rund 12,5 Mio. Euro war die Sparkasse auch im Berichtsjahr ein großer Steuerzahler in der Region. Insbesondere mit der Gewerbesteuer von rund 6,5 Mio. Euro leistet sie einen bedeutenden Beitrag zur Finanzierung der örtlichen Kommunen. **DK**

auf die Wichtigkeit der Sparkasse Erding-Dorfen für den Landkreis. Mit 44 Prozent Marktanteilen und einer Bilanzsumme von über zwei Milliarden Euro weise sie eine „überlebbare Größe“ auf. Mit 35 Standorten zeige sie zudem eine starke Präsenz in der Fläche. **DK**

Versicherungskammer hilft Hotels und Gaststätten

Die Corona-Pandemie stellt die deutsche Wirtschaft vor außerordentliche Herausforderungen. Der Virus hat den Alltag fundamental verändert. Staat und Wirtschaft müssen sich mit einer Vielzahl von neuen Fragestellungen in einem sich dynamisch entwickelnden Umfeld auseinandersetzen. Die Hotel- und Gaststättenbetriebe sind wirtschaftlich sehr stark belastet.

Eine Betriebsschließungsversicherung findet in diesem Fall jedoch keine Anwendung. Die Betriebsschließungsversicherung ist für die Schließung eines Betriebs, in dem eine entsprechende Krankheit oder Krankheitsereger aufgetreten sind, konzipiert.

Die Allgemeinverfügungen der Länder betreffen überwiegend Betriebe, die nicht von einem Infektionsfall betroffen sind. Auf eine vorsorgliche, flächendeckende Schließung von Betrieben sind das Infektionsschutzgesetz und damit auch die Betriebsschließungsversicherung nicht ausgerichtet.

Der Konzern Versicherungskammer nimmt in dieser Ausnahmesituation gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahr. Unter Federführung mehrerer

Versicherer, unter anderem der Versicherungskammer Bayern wurde eine gemeinsame Lösung mit der Bayerischen Staatsregierung, dem Hotel- und Gaststättenverband Bayern (DEHOGA) sowie mit dem Verband der Bayerischen Wirtschaft (vbw) gefunden.

Liquidität kurzfristig sicherstellen

Barbara Schick, Vorstand für die Kompositversicherung im Konzern Versicherungskammer, führt dazu aus „Mit dieser Lösung haben unsere Kunden die Gewissheit, dass wir sie auch jetzt nicht alleine lassen und ihnen dabei helfen, ihre Liquidität kurzfristig sicherzustellen. Wir sind uns im Klaren darüber, dass sich viele Kunden bereits in

einer wirtschaftlichen Notsituation befinden. Wir werden die Schadenmeldungen mit höchster Priorität bearbeiten.“

Die zahlreichen Unterstützungsmaßnahmen des Staates, beispielsweise durch das Kurzarbeitergeld und die Soforthilfsmaßnahmen bzw. Zuschüsse der Länder und des Bundes zur Aufrechterhaltung der Liquidität der Unternehmen haben den wirtschaftlichen Schaden der betroffenen Firmen bereits deutlich reduziert.

Den Kunden der Versicherungskammer aus dem Hotel- und Gaststättenbereich, die eine Betriebsschließungsversicherung bei ihr abgeschlossen haben, zahlt die Versicherungskammer auf die verbleibenden durchschnittlichen Einbußen des Kunden von ca. 30 Prozent, die Hälfte, d.h. 15 Prozent der vereinbarten Tagesentschädigung für die Dauer der versicherten Haftzeit. Die Zahlung der Versicherungskammer wird nicht auf die staatliche Unterstützung angerechnet. □



Intrakommuna

Ihr digitales Netz für Verwaltung, Bürger, Unternehmen und Verbände:

- Sicherer Messenger
- Austausch- und Wissensplattform
- Interaktion und Dialog
- Direkt, schnell und präzise

Überzeugen Sie sich selbst:

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

GDK mbH | Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
08171 9307-0, info@gdk-mbh.de, www.gdk-mbh.de

Ein Unternehmen des Verlags Bayerische Kommunalpresse GmbH und United Grid UG

www.gdk-mbh.de



Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft Ernst & Young:

Kreditmarktstudie 2020

Aufgrund des anhaltenden Zinstiefs stehen die Banken hierzulande unter erheblichem Druck. Sinkende Margen, eine schwächere Kapitalrentabilität und eine gleichzeitig stark gestiegene Regulierung erhöhen den Handlungsbedarf. Gleichzeitig müssen die Finanzinstitute in Sachen Digitalisierung nachlegen, wie aus der Kreditmarktstudie 2020 der Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsgesellschaft EY hervorgeht. Hierfür wurden bundesweit 127 Banken und Sparkassen befragt.

Mit ihren Dienstleistungen entwickeln sich innovative FinTechs zu einer ernsthaften Konkurrenz für die Geldinstitute. 76 Prozent der befragten Banken fühlen sich durch internetbasierte Zahlungssysteme bedroht. 63 Prozent sehen eine Gefahr auch in digitalen Marktplätzen und 54 Prozent im Open Banking, d.h. dem Öffnen von Banken und dem Teilen von Daten durch die Einführung der Zahlungsdienstrichtlinie PSD2. Sie bedeutet einen radikalen Schnitt, da Banken bestimmte Kundendaten der Konkurrenz zur Verfügung stellen müssen. Neue Wettbewerber drohen somit den Banken Kunden abspenstig zu machen, wie 60 Prozent der befragten Banken befürchten.

Investitionen in die Digitalisierung

Die Reduktion von Kosten ist für 90 Prozent der Geldhäuser der Hauptgrund für Investitionen in die Digitalisierung. Immerhin 85 Prozent wollen mit ihrer Hilfe aber auch ihre Wettbewerbsposition stärken und in

den kommenden Jahren wachsen. Befragt danach, welche Bereiche besonders stark von der Digitalisierung betroffen sein werden, nennen neun von zehn deutschen Finanzinstituten das Privatkundengeschäft, gefolgt von den Wertpapierdienstleistungen mit 62 Prozent.

Kostenaspekt und Kundennutzen

Immerhin 81 Prozent der Banken sind der Ansicht, dass sie mit höheren Erträgen aus dem Provisionsgeschäft die Digitalisierung finanzieren können. Fraglich bleibt, ob höhere Provisionen in einem für Banken schwierigen Umfeld überhaupt möglich sind. 69 Prozent sehen in geringeren Personalkosten und 50 Prozent in der Schließung von Filialen einen Weg, um die Investitionen zu finanzieren.

Nach Auffassung der Wirtschaftsprüfer sollte nun aber neben dem Kostenaspekt ganz wesentlich auch der Kundennutzen stehen. Dies könne zum Beispiel heißen, die Zahl der Filialen nicht einfach zu verringern,

sondern ihre Angebotsschwerpunkte auf gewandelte Kundenbedürfnisse abzustimmen. In Zeiten des Online-Bankings erfordere der Zahlungsverkehr immer weniger Personal. Die Kundenberatung aber sei nur in wenigen, quantitativ orientierten Feldern zu automatisieren. In allen anderen sei der persönliche Kontakt nach wie vor gefragt. Das Ergebnis könnten also kleinere Filialen mit höher qualifiziertem Personal sein.

Größere regionale Einheiten

Ebenfalls denkbar ist nach Darstellung von Ernst & Young eine für den Kunden sichtbare Integration von FinTech-Leistungen in die viel breitere Angebotspalette der etablierten Institute. Auch die Fusion mit anderen Instituten könne eine Überlebensoption sein, vor allem für Banken, deren Größe keine anderen Maßnahmen der Umgestaltung zulässt. Immerhin denken fast 40 Prozent der befragten Banken über einen solchen Schritt nach. Zu beobachten sei diese Variante des nötigen Wandels schon seit einigen Jahren bei den Genossenschaftsbanken und auch bei den Sparkassen, die sich zu immer größeren und effizienteren regionalen Einheiten zusammenschlossen haben.

Um den Niedrigzinseffekten auszuweichen, ist laut EY auch

der Aus- oder Aufbau von Geschäftsfeldern denkbar, die nicht von der fortschreitenden Margenverengung betroffen sind. Vielen Instituten sei dies bereits in der Vergangenheit gelungen, vor allem mit der Ausweitung ihrer Provisionsgeschäfte. Da jedoch fast die gesamte Branche auf dieses Pferd setzt, der Markt für solche Geschäfte aber nicht unbegrenzt ist, werde in Zukunft immer mehr Fantasie nötig sein, derartige Ertragsinseln zu finden.

Neben dem Niedrigzins, der an der Rentabilität nagt, empfinden die Banken die fortschreitende Regulierung durch EZB und BaFin, die ebenfalls auf die Gewinne drückt, als weitere große Belastung: zum einen direkt durch die nicht zu unterschätzenden Ausgaben für die Implementierung immer neuer Kontrollinstrumente, zum anderen indirekt durch die mehrfach gestiegenen Kapitalanforderungen.

Angesichts der Erwartung nahezu aller Banken, dass die Regulatorik auch in den kommenden Jahren ihre Gewinn- und Verlustrechnung beeinflussen wird, gelte es, das Beste daraus zu machen, sprich: die Mechanismen im Rahmen der Möglichkeiten so zu gestalten, dass sie Vorteile für das eigene Institut bringen, zum Beispiel durch noch geringere Ausfallrisiken. Dabei könne es hilfreich sein, die Regulierung in die Digitalisierung einzubeziehen, etwa in eine Kundenbearbeitung mit künstlicher Intelligenz.

Wandel der Unternehmenskulturen

Fazit: Die Bewältigung der Fülle neuer Aufgaben und Weichenstellungen, mit denen ein großer Teil der deutschen Banken und Sparkassen konfrontiert ist, verlangt EY zufolge einen Wandel sowohl der Betriebe selbst als auch der Unternehmenskulturen. Einfache Arbeiten seien zu automatisieren, die verbleibenden anspruchsvolleren Tätigkeiten erforderten ein höher qualifiziertes Personal. Eine offenerere Einstellung gegenüber neuen Technologien sei vonnöten, um vor allem mit der erstarrenden Tech-Konkurrenz Schritt zu halten.

Dazu werde es auch notwendig sein, neue Kompetenzen in die Unternehmen zu holen. Und nicht zuletzt müsse der Kunde noch stärker in den Mittelpunkt des unternehmerischen Handelns rücken – hier bestehe stellenweise noch Nachholbedarf. Kurz gefasst: „Wollen sie auf lange Sicht bestehen, müssen einige der etablierten Banken noch agiler werden. In Zeiten des rasanten Wandels kann nur eine hohe Flexibilität das Überleben sichern.“ DK

Landrat Johann Kalb:

Sonderprogramm auch für Gemeinden

„In dieser größten internationalen, nationalen und regionalen Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg brauchen auch die Gemeinden Unterstützung.“ Deshalb hat Landrat Johann Kalb (Bamberg) mit der Sparkasse ein Sonderprogramm für Kommunen ausgehandelt.

Zum einen werden die Kassenkredite von 90 Millionen Euro um 50 Millionen aufgestockt und der Zinssatz von 0 auf minus 0,5 Prozent gesenkt (Negativzins!). Zum anderen wird ein Sonderkontingent „zinsgünstige kommunale Darlehen“ in Höhe von 50 Millionen Euro aufgelegt. Die Darlehen sind für Neuinvestitionen vorgesehen und haben eine Laufzeit von bis zu zehn Jahren.

Der Landkreischef dankte Oberbürgermeister Andreas Starke und den Sparkassenvorständen Stephan Kirchner sowie Thomas Schmidt für die Unterstützung in dieser herausfordernden Zeit. □

50 Jahre Heidelsteigschule:

Brunnenprojekt am Troppauplatz

Die Heidelsteigschule – Kulturschule seit 2017 – feiert Ende Mai 2020 ihr 50-jähriges Bestehen und hat zusammen mit ihren Schülern und Lehrern ein nachhaltiges Projekt für Bamberg-Ost ins Leben gerufen: Der Bau und die Gestaltung eines Trinkwasserbrunnens am Troppauplatz stellt ein wichtiges Schul- und Integrationsprojekt der Heidelsteigschule dar, für das die Schule die Patenschaft übernimmt. Der Brunnen sowie die neuen Pflanzbeete sollen Ende April aufgestellt werden.

Realisiert wird er durch den Künstler Thomas Gröhling. Bei der Gestaltung des Brunnens hatten sich auch Schülerinnen und Schüler sowie Lehrer und Lehrerinnen aktiv eingebracht.

„Mit viel Begeisterung, Sach- und Kunstverstand, haben sie die extra entworfenen und gestalteten Brunnenfliesen ausgewählt, hin und her geschoben, verworfen, diskutiert, neue Ideen entwickelt bis alles wirklich sehr gut passte vom Inhalt und Thema her, aber durchaus auch mit einer gestalterischen Aussage. Es hat wirklich Freude gemacht. In solchen Augenblicken lohnt sich alles, was man unternimmt, um junge Menschen zu fördern“, freute sich Heide Ibach von der Ibach-Denkmalstiftung.

Motivierendes Projekt

Alle Klassen beschäftigen sich in diesem Schuljahr rund um das Thema „Brunnen“, um dann zum 50. Geburtstag der Schule einen „Schulbrunnen“ einweihen zu dürfen. „Gerade für eine Mittelschule mit einer sehr bunten Schülerschar ist ein solches Projekt wichtig und motivierend“, so Kulturreferent Dr. Christian Lange.

Unterstützt und vorangetrieben wird dieses Projekt maßgeblich von der Denk-Mal-Stiftung, die unter Leitung von Heide Ibach bereits viele positive Erfahrungen mit Bamberger Schulprojekten sammeln konnte. Die Denk-Mal-Stiftung trägt, neben Zuwendungen aus weiteren Stiftungen, den größten Teil der Kosten, die

ca. 50.000 Euro betragen werden. Eine zusätzliche Spendenaktion wird durch die Schule initiiert. Auch der Bürgerverein Bamberg-Ost ist eingebunden und freut sich über diese Belegung des westlichen Troppauplatzes. Hervorzuheben ist zudem die konstruktive Mitarbeit des Eisdielenpächters Antonio Marotta.

Der vorgesehene Standort liegt auf städtischen Grund, auf einem quadratisch angelegten bisherigen Pflanzbeet mit einfassender Sitzbank. Die Planungen zusammen mit den Stadtwerken und den städtischen Ämtern ergaben, dass dort ein Trinkwasserbrunnen als nachhaltige und an den Klimawandel angepasste Brunnenvariante installiert werden kann. Dieser benötigt keine Brunnenstube und keine elektrische Pumpentechnik. Der Bau- und Werkssenat stimmte dem Vorhaben in seiner Dezembersitzung im vergangenen Jahr zu.

In dem Karree wird der Brunnen aus gesägtem Kalkstein gestaltet und soll den Namenszug der Heidelsteigschule tragen. Neben zwei Pflanzbeeten sollen zwei der eingrenzenden Sitzbänke erhalten bleiben. Die Schulklassen der Heidelsteigschule werden im Rahmen des Brunnenprojekts Fliesen gestalten, die auf geplante Sitzquadere angebracht werden.

Der Troppauplatz wurde 1964 angelegt und ist zum Gedenken an die Vertreibungen nach dem Ende des 2. Weltkriegs, nach der ehemaligen Landeshauptstadt von Österreichisch-Schlesien, heute Opava/Tschechien benannt. □

Bayern stimmt gegen Düngeverordnung

Die Länder haben dem Druck des Bundes nachgegeben und in einer Sondersitzung des Bundesrates die neue Düngeverordnung durchgewunken. Einzige Änderung: Verschiebung des Inkrafttretens der Auflagen für die Roten Gebiete auf Januar 2021. Bayerns Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber war enttäuscht über die Entscheidung des Bundesrats.

Bis zuletzt warb Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber um Zustimmung bei den anderen Bundesländern für eine Verschiebung der zahlreichen Neuregelungen in der Düngeverordnung – allerdings vergebens. „Für uns alle ist Wasser ein besonders wertvolles Gut, das geschützt werden muss. Bayern hat aber nichts Unmögliches gefordert und Anträge im Sinne der Umwelt und der guten fachlichen Praxis in der Landwirtschaft gestellt. Dass unsere Argumente dennoch seit Monaten vom Bund beiseite gewischt wurden und auch im Bundesratsverfahren keine Berücksichtigung gefunden haben, hat uns letztlich keine andere Wahl gelassen als der Düngeverordnung nicht zuzustimmen“, unterstrich Kaniber.

„Es ist das Mindeste, dass die Neuregelungen für Landwirte in besonders belasteten Gebieten bis zum 1. Januar ausgesetzt werden, da deren Ausweisung noch völlig unklar ist. Eine generelle Verschiebung der Auflagen wäre das Gebot der Stunde gewesen. Das war unsere zentrale Forderung“, sagte die bayerische Landwirtschaftsministerin.

Keine Mehrheit für Anträge

Als wichtigen Beitrag zum Umweltschutz hatte Kaniber beantragt, die bedarfsgerechte Düngung aller Zwischenfrüchte zu ermöglichen. Denn nur wenn sich die Zwischenfrüchte gut entwickeln, können sie vor Erosion schützen. Zusätzlich hatte Bayern sich dafür eingesetzt, dass die geplanten Aufzeichnungsfristen für Düngemaßnahmen von zwei auf 14 Tage verlängert werden. Beide Anträge

finden in der Länderkammer jedoch keine Mehrheit. Kaniber hatte immer wieder gefordert, dass die Entscheidungen im Rahmen der Novellierung der Düngeverordnung wissenschaftlich begründet, fachlich gerechtfertigt und von den Ländern auch umsetzbar sein müssten. „Wir werden nun alles daransetzen, dass wir bei der Ausweisung der Roten Gebiete schnell vorankommen, die Regelungen praxisgerecht umsetzen, um Planungssicherheit für die Landwirte gewährleisten zu können“, so Kaniber.

„Kontraproduktives Signal an Bayerns Landwirte“

Florian Streibl, Vorsitzender der Freien Wähler Landtagsfraktion, kritisierte bereits vor der Abstimmung, dass mitten in der Corona-Krise ein entsprechender Beschluss des Bundesrats ein vollkommen kontraproduktives Signal an Bayerns Landwirte sei. „Sie sind es, die an vorderster Front dafür sorgen, dass es jetzt zu keinen Lebensmittelengpässen kommt“, gab er zu bedenken. Die Länder standen jedoch bei der Abstimmung unter hohem Druck. Strafzahlungen von mehr als 800.000 Euro pro Tag drohte die EU-Kommission an, sollten die schärferen Regeln nicht beschlossen werden. Der Vorwurf an Deutschland: bei Düngemitteln EU-Vorschriften für den Grundwasserschutz nicht einzuhalten.

Verband fordert Ausnahmen

Der Präsident des Bayerischen und Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes, Walter Heidl, kritisierte die kom-

promisslose Haltung der Politik beim Beschluss der Düngeverordnung. Ein großes Problem für die Länder werde die nun anstehende Binnendifferenzierung innerhalb der roten Gebiete sein. Angesichts der Corona-Krise sei völlig unklar, ob die Verwaltungen in den Ländern diese große Herausforderung rechtzeitig meistern könnten. Er forderte die Länder auf, wenigstens jenen Landwirten in roten Gebieten, die sich nachweislich an die Vorgaben der guten fachlichen Praxis halten, von den zusätzlichen Anforderungen auszunehmen. Auch dort, wo Verbesserungen erkennbar seien oder Landwirte sich mit Wasserkooperationen eindeutig um den Erhalt des Grundwassers bemühen würden, sollte es Erleichterungen für die Bauern geben.

Grüne unterstützen Beschluss

Die agrarpolitische Sprecherin der Landtags-Grünen Gisela Sengl befürwortete den Bundesratsbeschluss und kritisierte Kaniber: „Mit dieser Entscheidung haben wir Rechtssicherheit für alle Beteiligten und endlich auch einen klaren Kurs Richtung Grundwasserschutz. Zwei Signale wurden damit ausgesendet: Gemeinwohl geht vor Einzelinteressen und die Politik ist nicht erpressbar. Das war wichtig, gerade in Zeiten, wo einzelne landwirtschaftliche Interessengruppen versucht haben, die Lebensmittel-Grundversorgung in der Corona-Krise als Druckmittel zu missbrauchen. Schade, dass es ausgerechnet die bayerische CSU-Landwirtschaftsministerin Michaela Kaniber war, die dem Druck hier nachgeben wollte. Sie sollte die Bundesrats-Entscheidung jetzt dazu nutzen, alle Weichen in Richtung Umsetzung der neuen Düngeverordnung in den leider zu vielen roten Gebieten in Bayern zu stellen.“ red



Profis für die Baustelle

www.kanalbau.com

Wasser kann bedenkenlos getrunken werden

Interview mit dem Werkleiter des Wasserzweckverbandes Laber-Naab, Franz Herrler

Bäcker und Metzger wie auch der Lebensmitteleinzelhandel werden in der Corona-Krise als Einrichtungen der Grundversorgung regelmäßig genannt. Wie aber sieht es mit dem wichtigsten Lebenselixier aus, dem Wasser? Für dessen kontinuierlich gute Qualität sind die Wasserversorger verantwortlich. „Wir sind ein Lebensmittelbetrieb. Die Wasserversorgung ist eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge“, betont Franz Herrler, Werkleiter des Zweckverbands der Wasserversorgung Laber-Naab. Der Zweckverband gehört zur „kritischen Infrastruktur“ (Strom, Wasser, Gas etc.) und hat zudem durch die Lieferung von Löschwasser auch höchste Bedeutung für den Feuerschutz. In den letzten Tagen sind zunehmend Anfragen von Bürgern aufgelaufen, die sich um das Trinkwasser sorgen. Doch Herrler gibt im folgenden Interview Entwarnung.

Besorgte Bürger fragen sich, ob das Corona-Virus ins Grund- bzw. Trinkwasser gelangen und auf diese Weise auf den Mensch übertragen werden kann?

Herrler: Laut Auskunft des Umweltbundesamtes ist das nicht der Fall, eine Übertragung des Virus durch Trinkwasser sehr unwahrscheinlich. Durch die Technik ist zu jedem Zeitpunkt ein weitreichender Schutz auch vor unbekanntem Organismen und chemischen Stoffen gewährleistet. Das heißt, das Corona-Virus scheint im Wasser nicht zu überleben. Das Trinkwasser, das wir verteilen, kann bedenkenlos getrunken werden. Eine Übertragung des Corona-Virus über die öffentliche Trinkwasserversorgung ist nach derzeitigem Kenntnisstand höchst unwahrscheinlich.

Kann das Corona-Virus auf andere Weise, über den Men-

sch, ins Trinkwasser gelangen?

Herrler: Grundsätzlich besteht kein Kontakt von Mitarbeitern zum Trinkwasser. Um aber alle Möglichkeiten auszuschließen, haben wir Reinigungsmaßnahmen bis auf Weiteres nach hinten geschoben. Die Wasserversorgung ist aber durch die Anwendung des so genannten Multibarrieren-Prinzips schon sehr gut geschützt. Das beginnt bereits in der Gewinnung, wo angepasste Maßnahmen ergriffen und die unterschiedlichen Zonen auch entsprechend bewirtschaftet werden. Hierfür ist der Trinkwasserschutz Oberpfälzer Juraja geradezu prädestiniert, der mit geschultem Fachpersonal seine Aufgaben erledigt. Hier sind wir für zwölf weitere Wasserversorger tätig. Darüber hinaus gibt es die Schutzgebietsverordnungen, die eingehalten werden müssen.

Die zweite Barriere ist die För-

derung und Aufbereitung des Wassers (Desinfektion mit ultraviolettem Licht, Abtötung von Keimen). Weitere wichtige Maßnahmen gibt es in der Verteilung und Lieferung: Spülung von Stagnationsstrecken usw. Das ist aber Pflichtaufgabe der Wasserversorgung.

Die dritte Barriere ist schließlich die Hausinstallation – auch hier müssen Maßnahmen getroffen werden. Hier darf ich an die Hotellerie, die Gastronomie oder die Sportstätten, wo jetzt wochenlang kein Wasser läuft, appellieren: In der Fachsprache bedeutet das, dass kein bestimmungsgemäßer Betrieb mehr besteht. Wenn eine Wasserleitung länger als eine Woche außer Betrieb ist, dann sollte sie dringend gespült werden. Auch die Hausmeister der Schulen sollten daran denken, die Spülungen vorzunehmen. Grundsätzlich gilt das natürlich für jeden, wenn nach der Corona-Krise dann die Urlaube nachgeholt werden. Etwa 90 Prozent der Beschwerden, dass zum Beispiel das Wasser riecht, kommen aus dem Bereich der Hausinstallation.

Welche Maßnahmen hat der Wasserzweckverband getroffen, um diesen Sorgen der Verbraucher entgegenzuwirken?

Herrler: Die Aufbereitung haben wir schon besprochen. Hinsichtlich des Personals war unsere erste Maßnahme, dass wir die Be-

reitschaftsdienste getrennt haben. Auch die Besprechungen sind nur noch telefonisch. Wenn also eine Arbeitsgruppe ausfallen sollte, dann würde sich das nur auf diese beschränken und nicht den gesamten technischen Bereich betreffen. Das haben wir schon vor den ersten amtlichen Ankündigungen so gehandhabt. Vor allem die Trennung der Techniker ist hier wichtig.

Wirkt sich das Corona-Virus auf den Wasserverbrauch aus? Einerseits wird mehr Hygiene wie Hände waschen gefordert, andererseits reduziert sich aber auch der Verbrauch durch die Schließung von Unternehmen etc.

Herrler: Wir spüren momentan keine Veränderungen. Einerseits bleiben die Leute zuhause und fahren nicht weg. Andererseits sind wir stark landwirtschaftlich geprägt mit entsprechender Wasserabnahme für die Tierhaltung. Auch wenn etwa in der Hotellerie und Gastronomie derzeit weniger Wasser gebraucht wird – insgesamt ist es nicht so dramatisch.

Ist langfristig eine Auswirkung auf den Wasserpreis denkbar?

Herrler: Hinsichtlich der Corona-Krise mit Sicherheit nicht.

Wie geht der Zweckverband in Sachen Mitarbeiter mit der Krise um?

Herrler: Der Baubetrieb, den wir schon angesprochen haben, ist ja getrennt. Bei uns im Haus gelten die vom Ministerium erlassenen Vorschriften, d.h. kein Parteiverkehr mehr, nur noch telefonische Kommunikation. Besprechungen laufen als Telefonkonferenzen ab – und es funktioniert ganz gut. Wir haben hier im Haus das Glück, dass fast jeder Mitarbeiter bzw. jede Mitarbeiterin ein eigenes Büro hat. Der Kontakt untereinander kann dann per Telefon gehalten werden. Im Baubereich haben wir das Glück, einen eigenen Baubetrieb zu haben und nicht auf Fremdfirmen angewiesen zu sein und dringende Arbeiten – wie Rohrbrüche – selbst regeln zu können.

In Sachen Heimarbeitsplätze sind wir jedoch vorsichtig, denn wir haben viele personenbezogene Daten, die nicht über Privatrechner bearbeitet werden sollten. Die Datensicherheit in diesem Bereich ist für uns höchst wichtig. Im technischen Bereich verfügen wir über unser eigenes Glasfasernetz und können unsere technischen Anlagen in Echtzeit überwachen. Darauf haben Außenstehende keinen Zugriff.

Herr Herrler, wir danken für das Gespräch!

Markus Bauer

Stadtwerke Kelheim informieren:

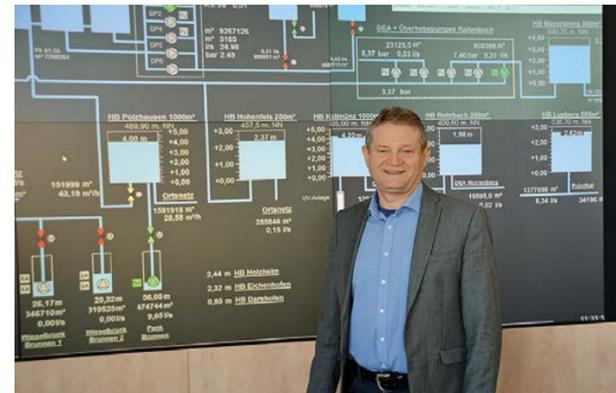
Maßnahmen bei nicht genutzten Trinkwasseranlagen

Aktuell haben viele Einrichtungen wie Schulen, Kindergärten, Behörden aber auch Geschäfte, Vereinsheime und Fitnessstudios geschlossen. Damit die Qualität des Trinkwassers auch nach der Wiederbetriebnahme sichergestellt ist, informieren die Stadtwerke Kelheim darüber, was es nun zu beachten gilt.

„Werden Wasserleitungen längere Zeit nicht genutzt besteht die Möglichkeit, dass sich Stoffe aus Werk- und Betriebsstoffen der Installationsanlagen lösen“, so Martin Hirsch, Wassermeister der Stadtwerke Kelheim. „Zudem besteht die Gefahr vor Verkeimung, da sich schädliche Bakterien ansiedeln können.“

Wasseraustausch regelmäßig durchführen

Daher ist es wichtig, bei nicht genutzten Gebäuden oder Wohnungen regelmäßig einen Wasseraustausch durchzuführen. Mindestens einmal pro Woche sollten dafür alle Wasserhähne und Entnahmestellen geöffnet werden, um das Wasser durchfließen zu lassen. Werden Gebäude längerfristig nicht genutzt, empfiehlt Martin Hirsch die Anlage mit Wasser befüllt zu



Der Werkleiter des Zweckverbands der Wasserversorgung Laber-Naab Franz Herrler vor der Schalltafel mit allen Hochbehältern, Brunnen und der Wasseraufbereitungsanlage. Bild: Markus Bauer

33. Lindauer Seminar 2020:

Zukunftsfähige Siedlungsentwässerung

Unter der Leitung von Univ.-Prof. Dr.-Ing. Max Dohmann, Aachen und Univ.-Prof. Dr.-Ing. F. Wolfgang Günther, München, fand in der Inselfalle Lindau das 33. Lindauer Seminar statt. Moderierte Vortragsblöcke mit aktuellen Themenschwerpunkten der Branche, Diskussionen zu Verantwortung, Zuständigkeiten und Möglichkeiten der Umsetzung, sowie eine begleitende Fachausstellung machten das von JT-elektronik veranstaltete Seminar erneut zu einem Podium intensiven Informations- und Erfahrungsaustausches.

Claus Kumutat, Präsident des LfU, wies eingangs darauf hin, dass ein zeitgemäßes Netzmanagement nicht nur die Sicherstellung ausreichender Inspektions- und Sanierungsraten umfassen könne. Das Augenmerk sollte auch auf einer Sensibilisierung der Bürger für die Wasserwirtschaft und die Entwicklung naturnaher Regenwasserbewirtschaftungskonzepte im städtebaulichen Gesamtkontext liegen.

Kleinere Netzbetreiber im Blick

Um kommunale Umsetzungsbeispiele, Personal und Dienstleistungen der Zukunft, Innovationen und Entwicklungen für den Kanalunterhalt, sowie Vorgehen und Lösungen bei der Instandhaltung von Kanalnetzen ging es in vier Vortragsblöcken. Dabei wurde deutlich, dass auch kleinere Netzbetreiber Konzepte einer zeitgemäßen und zukunftsfähigen Instandhaltung entwickeln können.

Schlüsselemente sind Strategien für die intelligente Verfahrenswahl bei der Sanierung und die Bereitstellung angepasster Investitionsbudgets. Gute Erfahrungen wurden zudem mit Prognosemodellen gemacht, die auch

eine langfristige Sicherstellung des Substanz- und Werterhalts von Kanalisationen ermöglichen. Dass bei der Instandhaltung von Kanalisationen auf allen Ebenen auch juristische Aspekte zu berücksichtigen sind, wurde beim Umgang mit Fremdwasser in der Kanalisation verdeutlicht.

Mit Blick auf künftige Anforderungen an Personal und Dienstleistungen aus der Sicht der Ingenieurbüros wurde darauf hingewiesen, dass qualifizierte und motivierte Mitarbeiter mit fundiertem Basiswissen benötigt werden, die bereit sein sollten, dieses Wissen im Laufe ihres Berufslebens so zu erweitern, dass komplexe Sachverhalte spartenübergreifend analysiert und vermittelt werden können. Hierfür müssten Hochschulen und spätere Arbeitgeber eng zusammenarbeiten.

Forschungsvorhaben

Was die Themen Forschungsvorhaben zu neuartigen Kanalreinigungssystemen und bedarfsgerechten Spülstrategien angeht, zeigten Praxiserfahrungen von Betreibern, dass sich der notwendige Einsatz der HD-Reinigungsfahrzeuge durch geeignete Konzepte deutlich reduzieren lässt. Auch wurden aktuelle Ergebnisse zu einem neuronalen KI-basierten Assistenzsystem in der Kanalzustandsbewertung und Einsatzmöglichkeiten und -grenzen von Sanierungsverfahren für Abwasserdruckleitungen präsentiert.

Weitere Schwerpunkte waren die Qualitätssicherung bei steigenden Baukosten sowie Möglichkeiten der Kanal- und Schachtsanierung durch Reparatur- und Renovierungsverfahren. Dabei wurden sowohl die Regelwerke der DWA als auch die Gütezeichen Kanalbau als Werkzeuge der Qualitätssicherung hervorgehoben. Außerdem verwiesen Experten auf die Notwendigkeit der umfassenden Grundlagenerhebung durch den Planer. Dazu zählten die Sichtung aktueller Videos ebenso wie die digitale Vermessung oder die Baufelderkundung.

Wie sich auch zeigte, sind Messdaten nicht nur bei der Zustandserfassung zur Beurteilung der Integrität der Bauwerke unerlässlich, sondern auch zur Sicherstellung eines ordnungsgemäßen und optimierten bzw. risikominimierten Anlagenbetriebes. Anhand von Praxisbeispielen wurden Potenziale von Messkonzepten und Messverfahren ebenso vorgestellt wie internationale Erfahrungen zur Schachtsanierung mittels Linern oder Haltungsanierung durch Harzinjektionen. DK

Der Entwässerungsbetrieb in der Coronakrise

Toilettenpapier ist zum Anlagevermögen geworden. Die einen hamstern, die anderen aber sitzen auf dem Trockenen - und greifen zu Küchen-, Papiertaschen- oder Feuchttüchern. Dies stellt bereits die ersten Kläranlagen in Deutschland vor große Probleme, besonders Meldungen aus Baden-Württemberg machten die Runde. Denn im Gegensatz zu Toilettenpapier löst sich das „nass-feste“ Papier nicht auf und kann so schnell zu Verstopfungen in Wohnung, Haus oder sogar im Abwassernetz führen.

Die Tücher müssen in den Entwässerungsbetrieben aufwändig aus dem Abwasser gefischt werden; kein leichtes Unterfangen, wenn nur im Notbetrieb gearbeitet werden kann. Der Würzburger Entwässerungsbetrieb unterliegt wie die gesamte Stadtverwaltung ebenfalls dem Notbetrieb.

Die Leiterin des Kanalbetriebs, Christine Neuland, berichtet aber davon, dass der EBW noch gut funktioniert: „Die Abwasserreinigung und -ableitung ist auf jeden Fall ordnungsgemäß und den gesetzlichen Anforderungen entsprechend sichergestellt.“ Auch die Dienstleistungen der Grund-

stücksentwässerung werden weiterhin gewährleistet, zwar in reduziertem Umfang und auch nur ohne direkten Kontakt mit den Bürgerinnen und Bürgern.

„Sicherheitsregeln sind bei uns immer ein Thema: Abstand, Hygiene, und unsere Mitarbeiter wissen um die große Verantwortung, die sie tragen.“ Christine Neuland und Werkleiter Benjamin Schneider können daher auch jetzt auf, wenn auch aufgrund des Shutdowns in reduzierter Anzahl, hoch motivierte und engagierte Mitarbeiter zugreifen. Ein Lob hat Neuland nicht nur für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des EBW, sondern

auch für die Würzburgerinnen und Würzburger: „Vermehrte Probleme mit Toilettenpapiersubstituten konnten wir noch nicht feststellen, das freut uns sehr.“

Trotzdem ergeht der Appell an die Bevölkerung, auch in Zukunft nicht zu hamstern: „Bitte zwingen Sie unsere Mitbürger nicht durch Verknappung des Toilettenpapiers zu kreativen Hygiene-Ideen. Sonst kommen wir mit dem Minimalbetrieb, den wir stemmen müssen, nicht mehr zurecht und es ergeben sich zusätzliche und vermeidbare Probleme.“

Denn wer Toilettenpapier in großen Mengen hamstert, zeigt sich nicht nur den Mitmenschen gegenüber unsolidarisch, sondern sorgt auch dafür, dass Kläranlagen unter Umständen nicht mehr richtig funktionieren und nicht mehr die volle Reinigungsleistung erbracht werden kann. Dies wäre letztlich auch ein Desaster für die Umwelt. □



Feldbach 25
D-86647 Buttenwiesen
Telefon +49(0)8274 1001
Fax +49(0)8274 1004

info@jumbo-group.de
www.jumbo-group.de

Dezentrale Lösung für Klärschlamm

Trocknen, pelletieren und pyrolysieren:
ein energetisches Perpetuum mobile

Finale Aufbereitung bei hoher Wirtschaftlichkeit
für kleine, mittlere und große Kläranlagen

Kontaktieren Sie uns!



Die „Armengräber“ auf dem Waldfriedhof in Geretsried, unterhalten von einem privaten Verein.
Bild: Svenja Heiter



Das Urnengräberfeld auf dem Friedhof in Gauting, wenn Anonymität vom Verstorbenen gewünscht wird.
Bild: Svenja Heiter

Wenn für die letzte Ruhe niemand zahlt

Ordnungsbehördliche Bestattungen und Sozialbestattungen in den Gemeinden

Gastbeitrag: Ingrid Hannemann, KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

„Armenbegräbnisse“ werden sie oft genannt, auch „Sozialbestattungen“. Das sind diejenigen Bestattungen, bei denen die Bestattungspflichtigen die Kosten hierfür nicht aufbringen können oder es keinen Bestattungspflichtigen gibt. Mehr als 25.000 Personen jährlich sind in Deutschland bei den Bestattungskosten auf staatliche Hilfe angewiesen. Laut statistischem Landesamt gaben die deutschen Kommunen im Jahr 2017 insgesamt 60 Millionen Euro für diese „Armenbegräbnisse“ aus, davon alleine 6,6 Millionen Euro in Bayern in 2.207 Fällen.

Hat bei der Sozialbestattung der Verstorbene kein Geld für seine Bestattung hinterlassen und sind die bestattungspflichtigen Angehörigen finanziell nicht in der Lage, die Kosten zu übernehmen, können sie einen Kostenübernahmeantrag nach dem SGB XII stellen.

Sozialbestattungen

Bei den Sozialbestattungen sind in erster Linie die Bestatter gefragt und gefordert. Aus ihren vertraglichen Vereinbarungen mit den Hinterbliebenen gehen sie für die Bestattung in Vorleistung, für die Friedhofsgebühren die Gemeinde als Friedhofsträger,

die hier nur eine einfache Grabart zur Verfügung stellen wird.

Ordnungsbehördliche Bestattungen

Anders verhält es sich bei den ordnungsbehördlichen Bestattungen, auch diese nehmen zu. Waren diese Bestattungen in den kleineren Gemeinden in Bayern vor 10, 15 Jahren noch kaum bekannt, sind sie jetzt längst nicht mehr ungewöhnlich. Verstorbene, bei denen sich niemand um eine Bestattung kümmert. Verstorbene ohne Angehörige oder Freunde, Nichtsesshafte, Menschen in Obdachlosenunterkünften. Hier hat sich

das Ordnungsamt um die Bestattung zu kümmern. Die Verwaltungsmitarbeiter und Bürgermeister stehen jedes Mal vor einem Dilemma. Sie sind gehalten, dem Verstorbenen eine würdige Bestattung zu ermöglichen, aber auch mit öffentlichen Geldern verantwortungsvoll umzugehen. Keine leichten Aufgaben. Die Bestattung soll „einfach, kostengünstig, ortsbüchlich und würdevoll“ sein, es gibt auch hierfür einen Mindeststandard.

Diskussionen um den Mindeststandard

Hier schon beginnen die Diskussionen, was der Mindeststandard ist. Ist im oberbayerischen Raum die ortsübliche Bestattung eine Erdbestattung mit Trauerfeier und einem Grab mit Holzkreuz, kann dies in Oberfranken an der Grenze zu Thüringen schon ganz anders sein.

Stirbt jemand allein in seiner Wohnung, recherchiert zuerst die Polizei, ob es Angehörige gibt. Wird kein Angehöriger innerhalb der Bestattungsfrist von 96 Stunden gefunden oder erklärt ein ermittelter bestattungspflichtiger Angehöriger, sich nicht kümmern zu wollen, muss die Gemeinde in Vor-

leistung gehen und die Bestattung beauftragen.

Parallel zur Angehörigenuche versucht das Ordnungsamt herauszufinden, ob ein letzter Wille zur Beerdigung existiert. Nachbarn, Notare und Amtsgerichte werden befragt, im Internet wird recherchiert. Werden Angehörige gefunden, geht oftmals der Ärger erst richtig los. Denn sie müssen zahlen und das stößt oftmals auf großes Unverständnis.

Bestattungspflichtige Angehörige

Oft auch verständlich, so wie in den Fällen von bestattungspflichtigen Kindern, deren Elternteil sich niemals um sie gekümmert hat. Oder die bestattungspflichtige Tochter, die vom eigenen Vater missbraucht wurde und jetzt für seine Bestattung zu zahlen hat. Es gibt wenige Gründe, die Kosten für die Bestattung nicht tragen zu müssen. Auch die Nichtannahme eines Erbes befreit nicht von der Bestattungspflicht.

Zahlen muss aber, wer bestattungspflichtig ist. Das sind die Ehegatten oder Lebenspartner, Kinder, Eltern, Großeltern und in

Bayern zusätzlich noch die Kinder der Geschwister des Verstorbenen sowie Verschwägerter ersten Grades. Andere Bundesländer haben den Kreis der Bestattungspflichtigen sogar noch erweitert. Die Gemeinde hat über die Kostentragungspflicht einen rechtsmittelfähigen Bescheid zu erlassen und die Bestattungspflicht zu begründen. Auch wenn § 15 Satz der BestV in Bayern bestimmt, dass bei der Verpflichtung der Angehörigen diese Reihenfolge nur eingehalten werden „soll“, ist dringend dazu zu raten. Innerhalb der Angehörigengruppe bestehen die Verpflichtungen gleichrangig.

Postmortale Persönlichkeitsrechte

Nach wie vor Gegenstand juristischer Auseinandersetzungen ist die Frage, ob die Behörde die kostengünstigste Form der Bestattung wählen darf. Abenteurliche juristische Ar-

gumentationen versuchen hier, den mutmaßlichen Willen eines Verstorbenen zu begründen. Ist es unstreitig, dass die Leiche nicht an ein anatomisches Institut übergeben werden darf, so dürfte das auch für die anonyme Bestattung in einem Gemeinschaftsgrab gelten. Das postmortale Persönlichkeitsrecht des Verstorbenen gestattet die Wahl dieser Bestattungsform nur dann, wenn der Verstorbene sie zu Lebzeiten ausdrücklich gewünscht hat.

Beispiel Geretsried

Dass „Armenbegräbnisse“ einfach, aber doch würdevoll sein können und die Namen dieser Verstorbenen nicht in Vergessenheit geraten müssen, zeigt ein Gang über den Friedhof in Geretsried. Auch wenn sich hier ein Verein um die Gräber kümmert, für die Grabnutzungsrechte ist immer die Gemeinde zuständig. □

Garten- und Landschaftsbau:

Grüne Infrastruktur ist systemrelevant

Die derzeitigen Regelungen, wonach physische und soziale Kontakte zu anderen Menschen außerhalb der Angehörigen des eigenen Hausstands auf ein absolutes Minimum zu reduzieren seien und ein Mindestabstand zwischen zwei Personen von eineinhalb Metern wo immer möglich eingehalten werden sollte, gelten auch für die Baustellen des GaLaBaus.

Gerhard Zäh, Präsident des Verbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern e. V. (VGL Bayern), zieht für seine Branche eine erste Zwischenbilanz: „Unsere Baustellen, sowohl für kommunale wie für private Auftraggeber, liegen zum überwiegenden Teil im Freien, der Weiterbetrieb kann durch verschiedene organisatorische Maßnahmen sichergestellt werden. Unsere Betriebe haben Verhaltens- und Hygieneregeln getroffen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wie Kunden größtmöglichen Schutz vor einer Ansteckung beziehungsweise Verbreitung des Virus ermöglichen. Der Garten- und Landschaftsbau reagiert sensibel und verantwortungsvoll auf die Situation.“

Bauarbeiten trotz Ausgangsbeschränkungen

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat hat zur Frage des Gesundheitsschutzes an Baustellen des Bundes ausdrücklich darauf hingewiesen, dass diese „möglichst weiter betrieben, beziehungsweise Baumaßnahmen erst eingestellt werden sollten, wenn behördliche Maßnahmen dazu zwingen oder aufgrund behördlicher Maßnahmen ein sinnvol-

ler Weiterbetrieb nicht möglich ist ...“. Die derzeitige Regelung garantiert ebenfalls in Bayern die freie Ausübung beruflicher Tätigkeiten im Baubereich. Demnach betont Kerstin Schreyer, Bayerische Staatsministerin für Wohnen, Bau und Verkehr: „Bauarbeiten dürfen im Freistaat trotz Ausgangsbeschränkungen fortgeführt werden. Gerade in der derzeit schwierigen Lage ist es wichtig, die Leistungsfähigkeit der Infrastruktur für die Bevölkerung und die Wirtschaft sicherzustellen und notwendige Baumaßnahmen fortzuführen.“ Es gäbe daher derzeit keinen Grund, laufende Baumaßnahmen einzustellen. Dementsprechend kündigte die Ministerin vor diesem Hintergrund die Fortsetzung der staatlichen Baumaßnahmen an. Als verlässlicher Auftraggeber sichere der Freistaat damit das wirtschaftliche Überleben tausender vorwiegend mittelständischer Unternehmen aus dem Baugewerbe und damit eine Vielzahl von Arbeitsplätzen.

Dies ist nach Einschätzung des VGL Bayern die richtige Leitlinie für den Umgang mit der Krise auch in grünen Bauprojekten auf privater, kommunaler und Landesebene. „Der Gesundheitsschutz für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber

ebenso für die Auftraggeber und Dritte hat selbstverständlich höchste Priorität. Öffentliche und private Auftraggeber können sich auf die Unternehmen des GaLa-Baus verlassen“, betont Gerhard Zäh. Gerade jetzt zeige sich, welche Bedeutung die grüne Infrastruktur vor-



Gerhard Zäh, Präsident des Verbands Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau Bayern e. V.
Bild: VGL Bayern.

Ort habe, damit die Menschen in ihrem direkten Lebensumfeld Räume nutzen können, die jenseits der eigenen vier Wände dringend notwendigen Ausgleich ermöglichen. „Deshalb ist es wichtig, dass laufende Projekte weiterbetrieben und geplante Investitionen in die grüne Infrastruktur vorangetrieben werden.“

Ohne die derzeitige akute Bedrohung durch die Corona-Krise zu vernachlässigen, verweist der bayerische Verband auf ande-

re drängende Probleme, zu denen auch die Folgen des Klimawandels und das Artensterben gehören. „Die öffentliche Hand kann wesentlich dazu beitragen, dass Zukunftsinvestitionen tatsächlich Lenkungswirkung in gesellschaftlich relevante Bereiche haben“, so Zäh. Ebenso wie private Bauherren mit der Gestaltung des Außenbereichs ihrer Häuser ein Zeichen setzen für ihre Haltung zu Natur und Umwelt sei es auch im öffentlichen Bereich angezeigt, Räume zu schaffen, die Lebensqualität und Wohlbefinden der Bürger steigern. Mit Blick auf die zwei Hitzesommer 2018 und 2019 erinnert der Verband an die Wohlfahrtswirkung öffentlicher Grünflächen von Parks über Straßenbegleitgrün bis hin zur Gebäudebegrünung. „Investitionen in die grüne Infrastruktur sind sichtbare Zeichen für Vertrauen in die Zukunft und die beste Vorsorge für kommende Belastungen unserer Städte und Gemeinden“, erläutert der bayerische Verbandspräsident. Demnach seien auch beim Thema Klimaschutz und insbesondere zur Erreichung der Klimaziele ordnungsrechtliche Maßnahmen gefragt. Hieran knüpft der Präsident an und appelliert: „Aufschieben löst keine Probleme, Städte und Gemeinden müssen gerade jetzt zukunftsgerichtet agieren und mit gutem Beispiel vorangehen.“ Gerade jetzt in der Krise gelte es, Zuversicht zu zeigen und die richtigen Entscheidungen zu treffen. □



Kompetenz für Kommunen.
Ein Unternehmen kommunaler Spitzenverbände

KUBUS
KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

In unserem Büro in München bieten wir folgende Dienstleistungen für Sie an:

- Kalkulation von Kommunalabgaben
- Friedhofsgebühren
- Gebühren und Beiträge in der Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung
- Kur- und Fremdenverkehrsbeiträge
- Feuerwehrgebühren
- Energieausschreibung Strom- und Gas
- Ausschreibung von Reinigungsdienstleistungen

KUBUS Kommunalberatung und Service GmbH

Büro München

Germaniastraße 42, 80805 München

☎ 089/44 23 540-0

✉ bayern@kubus-mv.de

Hauptsitz Schwerin

Bertha-von-Suttner-Straße 5, 19061 Schwerin

☎ 0385/30 31-251

✉ info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Grün in der Stadt

Positionspapier des Deutschen Städtetags

Das Präsidium des Deutschen Städtetags hat das Positionspapier „Grün in der Stadt“ vorgelegt. Es soll Anregungen und Hinweise für die vielfältigen Aspekte zur Fortentwicklung des städtischen Grüns geben. Zugleich soll die Diskussion vor Ort über das städtische Grün erleichtert und ein Orientierungsrahmen gegeben werden. Zudem werden Handlungserfordernisse des Bundes und der Länder skizziert.

Für die deutschen Städte haben die innerstädtischen Grün- und Freiflächen in Verbindung mit der umgebenden jeweiligen regionaltypischen Kulturlandschaft eine hohe Bedeutung und sind ein zentraler Bestandteil der Daseinsvorsorge. Sie erfüllen für die Stadt und ihre Bewohner wichtige soziale, gesundheitliche, ökologische, klimatische und ökonomische Funktionen. Die Stadt wird darüber hinaus heute mehr denn je über die Grün- und Freiräume wahrgenommen. Für Bewohner sind sie Orte der Begegnung, der Erholung und der Kommunikation. Gleichzeitig prägen neben Architektur und Hochbau zunehmend die öffentlichen Räume der Städte mit ihren qualitativ hochwertigen Grün- und Freiflächen die Attraktivität der Stadt für Besucher und Touristen.

Herausforderungen für wachsende Städte

Die Entwicklung, Ausgestaltung und Pflege der urbanen grünen Infrastruktur muss gemeinsam im Zusammenhang mit anderen Belangen betrachtet werden. Insbesondere die wachsenden Städte stehen hierbei vor großen Herausforderungen. Vordringlichstes Ziel der baulichen Entwicklung ist hier laut Deutschem Städtetag die doppelte Innenentwicklung, d.h. die gleichzeitige Entwicklung von Bau- und Grünflächen durch intelligente, integrierte Lösungen.

Der insbesondere in vielen Mittel- und Großstädten anhaltende Zuzug von Menschen, die weiterhin hohe Nachfragen nach zentrumsnahen Wohnstandorten sowie die Unvereinbarkeit unterschiedlicher Funktionen verschärft die Nutzungskonkurrenzen und muss vor Ort gemeinsam mit den Akteuren angegangen werden. Dies erfordert auch ein intensives, interdisziplinäres Zusammenwirken verschiedener Verwaltungsbereiche von Stadtentwicklungs-, Stadtplanungs-, Tiefbau-, Verkehrsplanungs-, Liegenschafts- sowie Umwelt- und Grünflächenämtern sowie auch mit kommunalen Unternehmen.

Die Anforderungen an die urbane grüne Infrastruktur steigen kontinuierlich, weshalb aus Sicht des Deutschen Städtetags eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Kommunen zur Erfüllung der hiermit verbundenen Aufgaben unerlässlich ist. Die weiter steigenden Anforderungen und wachsenden Nutzungsansprüche verlangen dringend steigende Investitionen in den Grünbestand und dessen Entwicklung.

Soll das urbane Grün als prägendes Element der Städte und wichtiger Teil der Baukultur mit seinen vielfältigen Funktionen für eine nachhaltige Stadtentwicklung im Sinne der Leipzig Charta erhalten bleiben und entwickelt werden, bedarf es künftig größerer Investitionen. Das Bund-Länder-Programm „Zukunft Stadtgrün“ bildet hierfür eine gute Grundlage, kann aber nicht eine auskömmliche Finanzierung der Frei- und Grünflächenplanung ersetzen. Zudem eignet sich die Städtebauförderung nicht für die Finanzierung der mittel- bis langfristigen Lebenszykluskosten, wie Kosten für die Steuerung des Betriebs und der Instandhaltung.

Ziel muss es nach Ansicht des Kommunalverbandes sein, zur Steigerung der Lebens- und Wohnqualität, zur Verbesserung des Stadtklimas und der Umweltgerechtigkeit sowie zum Erhalt der biologischen Vielfalt und der Naturerfahrung beizutragen. Eine eigenständige, sektorale Förderung des urbanen Grüns – unabhängig vom derzeitigen Programm „Zukunft Stadtgrün“ – ist daher dringend angebracht.

Förderprogramm für die urbane grüne Infrastruktur

Laut Städtetag sollte ein eigenständiges Programm zur Förderung der urbanen grünen Infrastruktur durch Finanzhilfen des Bundes und der Länder eingerichtet werden. So sollte u.a. bei entsprechenden Programmen die Möglichkeit der Weiterentwicklung zu Kleingartenparks erwähnt werden, um für die Handelnden vor Ort Rechtssicherheit zu schaffen und gleichzeitig dieses erhebliche Flächenpotenzial ins Bewusstsein der Politik zurückzuholen. Für die gesamtstädtische Struktur und Funktion der grünen Infrastruktur hätten Flächen des Bundes, insbesondere aufgelassene Bahnflächen und Bundesliegenschaften, häufig eine herausragende Bedeutung. Der Bund sei daher aufgefordert, diese Flächen den Städten zur Stärkung und Entwicklung von öffentlichen Nutzungen zu angemessenen Bodenpreisen zur Verfügung zu stellen.

IFAT 2020 fällt aus

Umfrage unter Ausstellern zeigt klares Meinungsbild der Branche
Nächste IFAT in München: 30. Mai bis 3. Juni 2022

Die Covid 19-Pandemie hat massive Auswirkungen auch auf die internationale Umwelttechnologiebranche. In Abstimmung mit dem Executive Board des Ausstellerbeirats und den ideellen Trägern der IFAT hat die Messe München unter den IFAT-Ausstellern eine Umfrage durchgeführt. Ihr zufolge spricht sich der Großteil der Aussteller gegen eine Durchführung der IFAT vom 7. bis 11. September 2020 aus. Nach diesem Branchen-Feedback wäre eine IFAT zum geplanten Zeitpunkt nicht nur für die Messe München, sondern auch für die Messteilnehmer unzumutbar.

Hinzu kommt, dass nach den jüngsten Ankündigungen Großveranstaltungen bis Ende August 2020 nicht durchgeführt werden dürfen. Um allen Kunden eine größtmögliche Planungssicherheit zu gewährleisten, wird die IFAT 2020 in enger Abstimmung mit dem Executive Board des Ausstellerbeirats nicht stattfinden.

Unvorhersehbare Gegebenheiten

„Eine sichere und erfolgreiche IFAT 2020 für alle Beteiligten, das war unser wichtigstes Anliegen. Leider erweist sich diese Zielsetzung auch beim neuen Termin aufgrund der weiterhin nicht vorhersehbaren Gegebenheiten als nicht mehr realisierbar“, erklärt Stefan Rummel, Geschäftsführer der Messe München.

IFAT erst wieder 2022

Die Messe war bereits von Mai auf September verschoben worden. „Wir sagen deshalb schweren Herzens auch den Alternativtermin ab. Die nächste reguläre IFAT findet vom 30. Mai bis 3. Juni 2022 statt“, sagt Rummel. Die Messe München und das IFAT-Team verstehen sich dabei auch in dieser bewegten Zeit als Partner

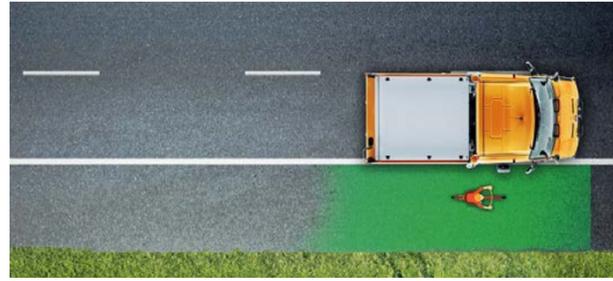
Bei der Gestaltung des Stadtgrüns sind die unterschiedlichen Anforderungen der verschiedenen Generationen zu berücksichtigen und zusammen mit den Bürgern zu entwickeln. Aufgrund einer verstärkten baulichen Innenverdichtung sind qualitätsvolle, barrierefreie, fußläufig erreichbare und verkehrssichere Grün- und Freiräume mit einer multifunktionalen Nutzung herzustellen, zu vernetzen und nachhaltig zu unterhalten. Dies ist besonders für weniger mobile Menschen und für eine kinder- und familienfreundliche Stadtentwicklung wichtig.

Der Deutsche Städtetag weist darauf hin, dass das Angebot öffentlicher Nutzgärten die gesellschaftliche Teilhabe und Inanspruchnahme von öffentlichem Raum stärken kann. Dabei wird dem häufig geäußerten Wunsch nach Eigenproduktion von gesundem Gemüse und einer sozial-kreativen Komponente entsprochen, die natürlich auch zur Stadtteilidentität beitragen kann.

Soziale Bedeutung von Kleingartenanlagen

Von besonderer sozialer Bedeutung sind Kleingartenanlagen. Sie befriedigen das Bedürfnis nach Aufenthalt in der Natur und sind wichtige Orte zur gesunden Entwicklung und Integration unterschiedlicher sozialer und ethnischer Gruppen. Die Anlagen sollten als wichtiger Bestandteil der grünen Infrastruktur auch zugängliche und öffentlich nutzbare Flächen integrieren und sind beispielsweise als Kleingartenparks miteinander zu vernetzen. Dies beinhaltet auch eine verstärkte Öffnung für aktuelle Trends wie Gemeinschaftsgärten oder Urban-Gardening-Projekte sowie niedrigschwellige Angebote für Interessierten in benachbarten Wohngebieten.

DK



Fahrradfahrer im toten Winkel.

Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Abbiegeassistent von Henne Nutzfahrzeuge:

Mehr Sicherheit für den Fuhrpark

Denkbar einfach können Unfälle und Gefahrensituationen im Fuhrpark-Betrieb nunmehr reduziert werden: Mit dem förderfähigen Abbiegeassistenzsystem von Henne Nutzfahrzeuge wird jedes Nutzfahrzeug sicherer und schützt schwächere Verkehrsteilnehmer beim Rechtsabbiegen.

Ein Radarsensor erfasst Radfahrer und andere Fahrzeuge – und das auch bei Nacht, Schnee oder Nebel. Durch das an der A-Säule montierte Display wird der Fahrer über eventuelle Gefahren neben dem Fahrzeug optisch und akustisch gewarnt. Das intelligente Radarsystem erfasst Objekte im toten Winkel des Fahrzeugs auf einer Fläche von ungefähr 12 Metern Länge und einer Breite von 3 Metern. Der Sensor ist besonders unempfindlich gegenüber Umwelteinflüssen wie Lichtverhältnissen oder Verschmutzungen.

Das Besondere an diesem System

ist, dass es universell bei verschiedensten Nutzfahrzeugen nachgerüstet werden kann, unabhängig vom Baujahr oder sonstiger technischer Ausstattung. Damit ist eine kompakte „Stand-alone“ Lösung garantiert.

Abbiegeassistenzsysteme

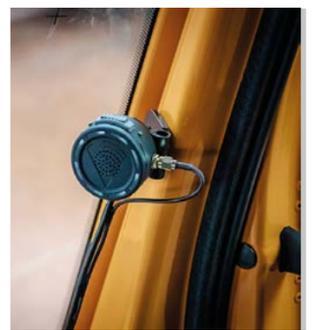
Für Neufahrzeuge ist der Einbau von Abbiegeassistenzsystemen ab 2024 verpflichtend, für Bestandsfahrzeuge gilt dies derzeit nicht. Über einen eigenen AAS als Ausstattungsmöglichkeit verfügen bereits Eonic

Neufahrzeuge. Technisch gesehen ist der Einbau bei allen Fahrzeugen möglich – entweder über CAN-Bus oder eine GPS-Variante.

Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. 2.850 Euro. Gefördert werden nur Nutzfahrzeuge über 3,5 Tonnen. Dabei beträgt die staatliche Förderung bis zu 1.500 Euro.

Henne übernimmt den Einbau, die Kalibrierung und Inbetriebnahme und die TÜV-Eintragung des Assistenzsystems sowie die Abwicklung der Förderung. Laut Angaben des Unternehmens wird der Förderpotopf am 4. Mai 2020 um 9 Uhr geöffnet und innerhalb kürzester Zeit leer sein. „Wir werden ab dem Start versuchen, gesammelte Förderanträge unserer Kunden einzureichen“, bekräftigt Henne Nutzfahrzeuge.

Für weitere Informationen: <https://www.youtube.com/watch?v=nYLR51N10bs> DK



Unscheinbarer Abbiegeassistent-Sensor mit großer Wirkung. Bild: Henne Nutzfahrzeuge

Borkenkäfer:

Sturmschäden zügig aufarbeiten

Trotz Ausgangsbeschränkungen sind Waldarbeiten zulässig

Auch in der derzeit von der Coronavirus-Pandemie dominierten Situation können und sollten die notwendigen Waldarbeiten durchgeführt werden. Darauf hat Forstministerin Michaela Kaniber hingewiesen.

„Um künftige Schäden in unseren Wäldern durch den Borkenkäfer möglichst gering zu halten, sollten Bayerns Waldbesitzer für eine rasche Aufarbeitung frisch geschädigter Fichten sorgen, wie sie etwa durch Sturmtief Sabine im Februar entstanden sind“, sagte Kaniber. Denn aufgrund der Trockenheit und Dürre der vergangenen zwei Jahre und der hohen Ausgangsbevölkerung aus dem Vorjahr sei heuer wieder mit einem starken Borkenkäferbefall zu rechnen. Zudem müssten sich alle Beteiligten gemeinsam darum bemühen, ausreichend Lagerkapazitäten für ein hohes Holzauflagenkommen in den kommenden Monaten zu schaffen. „Ich bitte besonders die Waldbesitzervereinigungen, verstärkt Sammel-lagerplätze für Ihre Mitglieder zu organisieren, um bei stockender Abnahme der Sägewerke Holz zwischenlagern zu können. Finanzielle und beratende Hilfe vom Staat gibt es dazu bereits. Die Landkreise und Kommunen bitte ich um ihre planungsrechtliche und organisatorische Unterstützung in dieser für unsere Waldbesitzer sehr schwierigen Zeit“, sagte die Ministerin.

Arbeitssicherheit und Infektionsschutz

Bei den Waldarbeiten müssen allerdings nicht nur die notwendigen Vorschriften zur Arbeitssicherheit, sondern auch die des Infektionsschutzes beachtet werden. Danach sollten die Kontakte zu anderen Menschen auf ein Minimum reduziert werden. Der Abstand zu anderen muss mindestens 1,5 Meter betragen. Waldarbeit ist gefährlich. Aus Sicherheitsgründen ist daher die Alleinarbeit mit der Motorsäge im Wald unzulässig. Im Interesse aller sind die Waldbesitzer angehalten, nur mit sicheren Techniken wie Forstseilwin-

de, Harvester und geschultem Personal zu arbeiten. Die regelmäßige Befallskontrolle ist dagegen alleine möglich und für eine rechtzeitige Bekämpfung unerlässlich. Denn die Massenvermehrung von Borkenkäfern führt zu erheblichen Schäden. Bäume, unter deren Rinde die Käfer überwintert haben, sowie frisches Brutmaterial müssen nach der Aufarbeitung am besten unmittelbar abgefahren, entrindet, gehackt oder mit einem Mindestabstand von etwa 500 m zum nächsten Fichtenbestand gelagert werden.

Finanzielle Unterstützung

Die bayerischen Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer erhalten in diesem Jahr eine bisher nie dagewesene finanzielle Unterstützung bei der Beseitigung von Waldschäden und beim Waldbau. So werde die

insektizidfreie Borkenkäferbekämpfung mit bis zu zwölf Euro je Festmeter und im Schutzwald mit bis zu 30 Euro je Festmeter unterstützt. Auch die Förder-sätze von Wiederaufforstungen nach Borkenkäferschäden und Pflanzungen für den Waldbau sind seit Februar mehr als verdoppelt worden.

Aktuelle Infos zur aktuellen Borkenkäfergefahr gibt es im Internet unter www.borkenkaefer.org. Tipps zur Arbeitssicherheit bei der Waldarbeit finden sich unter www.svlfg.de/forst und unter www.waldbesitzer-portal.bayern.de.

Einzelheiten zu den Förderveraussetzungen sind im Waldbesitzerportal unter www.waldbesitzer-portal.bayern.de/foerderung zu finden. Zur aktuellen Situation der Land- und Forstwirtschaft in Zusammenhang mit dem Coronavirus gibt es auf der Homepage des Landwirtschaftsministeriums (www.stmwf.bayern.de/coronavirus) Antworten auf häufig gestellte Fragen. □

Landkreis bezuschusst Schulgärten

Der Landkreis Pfaffenhofen fördert ab sofort Schulgärten. Antragsberechtigt sind Schulen, für die der Landkreis im Rahmen des Sachaufwands zuständig ist. Das sind Gymnasien, Realschulen, Berufs- und Landwirtschaftsschule sowie FOS und BOS. Förderfähig sind Maßnahmen zum Erhalt, der Pflege und (Weiter-)Entwicklung von Schulgärten. Je Einzelprojekt können bis zu 300,- € beantragt werden, die Förderung erfolgt im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel.

„Wir möchten Schulgärten als wertvolle Lernorte fördern, die Einblicke in ökologische Zusammenhänge und regionale Lebensmittelherzeugung, in Pflanzen- und Tierwelt vermitteln und zu einem bewussteren Umgang mit den natürlichen Ressourcen beitragen. Biodiversität soll greifbar gemacht werden – und der Blick für die Schönheit und Vielfalt der Natur geprägt werden“, so der bisherige Landrat Martin Wolf.

Durch das Programm werden projektbezogene Materialien, Saat- und Pflanzgut, Gartenwerkzeuge etc. sowie die Einbeziehung fachkundiger, außerschulischer Partner aus den örtlichen Vereinen gefördert, um die Schulgartenverantwortlichen zu unterstützen und die Arbeit in den Schulgärten zu intensivieren und zu verstetigen. Kontakt für interessierte Schulen und Lehrkräfte: doris.rottler@landratsamt-paf.de □



Mercedes-Benz Unimog U218; Stark im Grünen: Dank Frontzapfwelle, drei Differenzialsperrern und permanentem Allradantrieb entpuppt sich der U 218 als Tausendsassa. Bild: media.daimler.com

REFORM Metron P48 RC:

Hybrid. Fahrerlos. Revolutionär.

Mit dem Metron P48 RC setzt REFORM einen wichtigen Schritt in die Arbeitsweise der Zukunft. Anforderung an die Entwicklung war ein Fahrzeugkonzept, das wendig, kompakt in den Abmessungen, extrem steigungsfähig, bodenschonend, multifunktional und vor allem emissionsarm ist. Ganz schön viel, für doch so ein kleines Fahrzeug! Das Ergebnis kann sich sehen lassen.

Der funkferngesteuerte Geräteträger verfügt über einen echten Plug-in Hybridantrieb. Vier gleich große Räder werden mit extrem leistungsstarken, büstenlosen Elektromotoren betrieben. Seine Energie bezieht der Metron über ein, im Fahrzeugheck verbautes Batteriepaket. Selbst die Zapfwelle lässt sich vollelektrisch betreiben und das bei einer Leistung von rund 35kW. Sollte sich die Batteriekapazität nach einem langen Arbeitstag dem Ende neigen, kann sehr bedienungsfreundlich und einfach ein 48PS starker Vierzylinder Benzinmotor hinzugeschaltet werden. Dieser erzeugt mittels angeflanschem Stromgenerator die notwendige

Energie, um alle elektrischen Verbraucher zu versorgen und darüber hinaus, die Batterien wieder aufzuladen. Mittels externen Ladegeräts, lassen sich die Batterien in rund 45 Minuten wieder voll aufladen.

Strom statt Öl

In puncto Anbaugeräte hat REFORM mit dem Metron ein weiteres Ass im Ärmel. Man setzt hier auf standardisierte Anbaupunkte. So existieren ein Dreipunkt Front- und Heckhubwerk Kat.1, sowie ein dritter Anbaupunkt an der Fahrzeugoberseite. Die Hubwerke sind hydraulisch, das heißt vollelektrisch in Form von Spindel-



Metron-P48-RC-Müthing-Mulcher. Bei Beuthauser Kommunaltechnik ist man begeistert vom funkferngesteuerten Geräteträger und steht gern als Ansprechpartner für den Bezug zur Verfügung. Bild: Beuthauser



• Martin Dukart
• Schreiner & Wöllenstein GmbH & Co. KG, Ergolding
• Valerie Schall

Doppelte Auszeichnung für Kommunalstandort Hengersberg

Ende 2019 gab es in doppelter Hinsicht am Kommunalstandort Hengersberg der Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG etwas zu feiern. Die Niederlassung wurde nicht nur von der KFZ-Innung Niederbayern als „TOP-Ausbilder 2019“ ausgezeichnet, sondern auch Paul Bauer, ehemaliger Beuthauser Auszubildender wurde für seine hervorragenden Leistungen bei der Gesellenprüfung im Kraftfahrzeug-Techniker Handwerk ausgezeichnet.

Paul Bauer begann seine Ausbildung zum Kraftfahrzeugmechatroniker mit Schwerpunkt Nutzfahrzeugtechnik im September 2016 und in den 3,5 Jahren Ausbildungszeit wurde er täglich aufs Neue gefordert. Nutzfahrzeuge sind Multitalente mit vielseitigen Lösungen für die Anforderungen bei Mähensätzen, Winterdienst, Reinigung, Transport, Lade- und Umschlagsarbeiten. Vom

Mercedes Benz Unimog bis zum Klein- und Elektrofahrzeug müssen alle Fahrzeuge das ganze Jahr über mobil gehalten werden. Von der Reparatur über die Wartung bis hin zu gesetzlichen Prüfungen, werden in den Werkstätten an den Kommunalstandorten in Bayern und Thüringen alle regelmäßigen und unregelmäßigen Arbeiten übernommen.

Nach seinem erfolgreichen Abschluss arbeitet Paul Bauer als Servicetechniker weiterhin am Standort Hengersberg.

Die Ausbildung zum KFZ-Mechatroniker (m/w/d) für Nutzfahrzeugtechnik wird an weiteren Kommunalstandorten der Beuthauser-Gruppe in Hagelstadt, Weimar, Neustadt/Ora und Kulmbach angeboten.

Weitere Infos unter www.beuthauser.de/karriere/ausbildung

Bereicherung für den kommunalen Fuhrpark:

Im kommunalen Einsatz punktet Unimog das ganze Jahr über

Quattro Stagioni – die meisten denken sicher direkt an Pizza. Doch gleich vier Jahreszeiten in einem Gesamtpaket, das kann auch der Unimog. Der Spezialist für kommunale Aufgaben lässt sich das ganze Jahr über hervorragend auslasten. Mähen, Gehölzpflege, Winterdienst, Kehren: Die To-do-Listen von Städten und Gemeinden sind lang, können mit dem Unimog aber schnell und effizient abgearbeitet werden. So zum Beispiel auch in Salzburg.

Es gibt immer was zu tun – oft geplant, manchmal auch spontan. In der Sommerhitze genauso wie bei Eis und Schnee. Da braucht es vielseitige Helfer im

Fuhrpark, mit denen sich verschiedenste Jobs erledigen lassen. Eine Aufgabenstellung, wie gemacht für den Unimog Geräteträger. Der Alleskönner punktet mit standardisierten hydraulischen, mechanischen und elektrischen Schnittstellen für eine Vielzahl von An- und Aufbaugeräten. Rahmenanbaupunkte, Anbaubeschläge an den Seiten und am Heck sowie Kugelpunkte am Pritschenzwischenrahmen machen den Gerätewechsel schnell und einfach. So kann das Fahrzeug auch kurzfristig auf aktuelle Anforderungen umgebaut werden, beispielsweise bei plötzlichem Wintereinbruch.

Vorserie bringt Staunen

Mit der Abstellung von neun Vorseriengeräten ist REFORM derzeit international auf Messen, Vorführungen und Leistungsshow unterwegs. Ausgestattet mit einem 1,80 m Sichelmäherwerk, einem 1,60 m breiten Mulcher oder auch einer Kehrbürste, sorgt der Metron für begeisterte Zuschauer in aller Welt. Besonders überzeugt die Tatsache, dass der Geräteträger in schwierigsten Geländebedingungen eine Top-Performance liefert und das bei 100% elektrischem, somit emissionslosen Betrieb!

Räder und Reifen

Mit unterschiedlichen Bereifungsarten ist man jedem Untergrund und jeder Steigung gewachsen, selbst bei Regen! Das geringe Gewicht, eine automatische Schlupfregelung, ein elektronisch geregeltes Differenzial und ein Pendelgelenk, sorgen dafür, dass Vorder- und Hinterräder stets Bodenhaftung haben und die Grasnarbe maximal schonen.

Die Serienfertigung im Werk in Wels begann im Frühjahr 2020 und schon jetzt gibt es viele, interessante Möglichkeiten, sich selbst von diesem einzigartigen Fahrzeugkonzept zu überzeugen.

Durch die optional erhältliche Allradlenkung kann die Wendigkeit noch weiter gesteigert werden. Das kompakteste Modell Unimog U 219 bietet mit einem Wendekreis von lediglich 12,6 m hohe Geräteträgerkompetenz auf engstem Raum.

Kurze Standzeiten, lange Serviceintervalle

Dank der vielfältigen An- und Aufbaulösungen kann der Unimog an jedem Tag des Jahres effizient eingesetzt werden. Das reduziert Standzeiten und spart somit bares Geld. Außerdem sind die modernen Euro-VI-Motoren der neuesten Unimog Generation besonders sparend im Verbrauch. Und auch beim Service schneidet der Unimog günstiger ab als vergleichbare Fahrzeuge, da er trotz komplexer Technik in der Regel nur niedrige Wartungskosten verursacht.

Für Bauhofleiter und Fahrer

Effizienz liegt dem Unimog in den Genen. Aber auch in Sachen Komfort und Ergonomie setzt der Mercedes-Benz Alleskönner hohe Standards. Das Fahrerhaus des Unimog ist besonders ergonomisch gestaltet, alle Fahrzeug- und Gerätefunk-

Unimog-Video im Internet

Das Video, das den Unimog im Ganzjahreseinsatz für die Stadt Salzburg zeigt, kann hier abgerufen werden: <https://mbs.mercedes-benz.com/de/unimog/kommunal/quattro-stagioni.html>

tionen sind intuitiv bedienbar. Dank des niedrigen Vorbaumaßes haben Fahrer eine exzellente Sicht durch die Frontscheibe und auf mögliche Anbaugeräte.

Dazu kommen weitere Technologie-Highlights: Die Wechsellenkung VarioPilot® erlaubt in kürzester Zeit ein Verschieben des Lenkrads und der gesamten Pedalerie von der linken auf die rechte Seite. In Kombination mit der optional erhältlichen, verglasten Mähtür ist die ideale Sicht auf die Arbeitsgeräte beispielsweise auch beim Einsatz in der Bankettpflege gewährleistet. Der synergetische Fahrerantrieb EasyDrive ermöglicht einen unterbrechungsfreien Wechsel zwischen effizientem Fahren und stufenlosem Arbeiten. Die kraftvolle Arbeits- und Leistungshydraulik VarioPower® spart gegenüber externen Diesel-Antrieben oder Aufsteckpumpen Raum, Gewicht und Kraftstoff.

Für Fuhrparkmanager, Finanzverantwortliche und Fahrer: Der Unimog Geräteträger bietet ein überzeugendes Paket aus Flexibilität, Wirtschaftlichkeit und Komfort. Ein wertvoller Partner im Alltag! □



Besser abschneiden.

Die wirtschaftliche Lösung: der Unimog BlueTEC 6. Wenn es um kommunale Aufgaben wie Mähensätze geht, macht dem Unimog keiner etwas vor. Dafür sorgen hohe Achslasten für bis zu drei Mähensätze, der innovative Fahrerantrieb EasyDrive für den spontanen Wechsel

zwischen hydrostatischem Antrieb und Schaltgetriebe sowie die kraftvolle Zapfwelle und eine leistungsstarke Hydraulik für effizientes Arbeiten. Seine hohe Produktivität verbindet der Unimog mit kompakten Abmessungen, Pkw-ähnlichem Komfort und bester Übersicht.



Profitieren Sie mit unter mbs.mercedes-benz.com/unimog-kommunal

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG, Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG, Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne Nutzfahrzeuge GmbH, Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 99 2490-0, Fax: 089 99 2490-109, E-Mail: heimstetten@henne-unimog.de, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG, Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH, Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge, Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Archäologische Entdeckungen von Weltrang

Heimatpfleger-Treffen in Essenbach – Dr. Robert Graf und Stefan Rieder referierten

Auf dem Gebiet der Marktgemeinde Essenbach sind archäologische Funde gemacht worden, die in der Wissenschaft weltweit Berühmtheit erlangt haben – und man darf gespannt sein, was die Forschungen von international renommierten Experten noch alles erbringen werden: Dies legte der Archäologe Dr. Robert Graf vor zahlreichen Zuhörern beim 15. Heimatpfleger-Treffen im Heimatmuseum dar, zu dem Monika Weigl, Kreisheimatpflegerin für Archäologie, eingeladen hatte.

Erster Bürgermeister Dieter Neubauer sowie der Kreisheimatpfleger und Marktrat Stefan Rieder brachten ihre Freude darüber zum Ausdruck, dass sich so viele engagierte Heimatforscher zu Gedankenaustausch und Diskussionen unter Gleichgesinnten eingefunden hatten. Kreisheimatpflegerin Monika Weigl dankte der Marktgemeinde Essenbach, dass sie ihr Museum für zahlreiche kulturelle Veranstaltungen zur Verfügung stellt.

Oktoberfest, Bayern München und Altheimer Kultur

Sie hielt auf dem 15. Treffen dieser Art eine kurze Rückschau auf die Jahrzehntelan-

Bad Aibling feiert Doppeljubiläum:

175 Jahre Moorbad, 125 Jahre Heilbad

Weit über die Grenzen Bayerns hinaus genießt Bad Aibling einen exzellenten Ruf als eines der führenden Moorheilbäder in Deutschland. 2020 feiert der renommierte Kurort mit einem großen Jubiläums-Veranstaltungsprogramm seine Liebe und „Verbundenheit“ zum Moor: Seit 125 Jahren ist die 18.000 Einwohner zählende oberbayerische Stadt bereits anerkanntes Moorheilbad, seit 175 Jahren Moorbad.

Über die Jahrhunderte hat sich Bad Aibling zum geschätzten Gesundheitszentrum entwickelt. Waren es 1955 etwa 4.000 Kurgäste, die von der wohltuenden Wirkung des Naturmoors profitierten, kamen 2019 bereits weit über 320.000 in das Heilbad im Mangfalltal. Zwei auf therapeutische Moor-Anwendungen spezialisierte Gesundheitskliniken sowie ein Kurmittelhaus für Privatpatienten unterstreichen Bad Aiblings höchste Fachkompetenz in Sachen Moor. Das traditionsreiche Heilmittel wird hier von erfahrenen Ärzten und Heilpraktikern in der täglichen Praxis zur Behandlung von rheumatisch-orthopädischen Erkrankungen genauso wie Frauenleiden und Stresserkrankungen eingesetzt.

Das Moor als großer Schatz

Bei der von der AIB-KUR GMBH organisierten Eröffnungsveranstaltung zum Doppeljubiläum erklärte Festredner Klaus Holetschek, Vorsitzender des Bayerischen Heilbäder-Verbands, er sei stolz darauf, dass sich die Bayerischen Kur- und Heilbäder positiv weiterentwickelt haben. Dies gelte besonders für Bad Aibling. „Das ist die Leistung Ihrer Geschichte. Das Moor ist ein großer Schatz und die Basis, die sie haben“, so Holetschek vor rund 300 geladenen Gästen.

Die bayerischen Heilbäder und Kurorte böten, so der Verbandsvorsitzende, zum einen perfekte Voraussetzungen für Gesundheitsurlaub und Vorbeugung – mit gesundem Klima, ortsgebundenen Heilmitteln und traditionellen Naturheilverfahren für Indikationen jeglicher Art sowie erfahrene, medizinisch-therapeutische Fachkräfte. Zum anderen seien die Heilbäder und Kurorte gemeinsam ein starker Faktor in der bayerischen Gesundheitswirtschaft. Mit einem Jahresumsatz von knapp 4,5 Milliarden Euro würden beispielsweise rund 100.000 Arbeitsplätze

ge Arbeit von Heimatforschern von Ergoldsbach bis Vilsbiburg (sie selbst ist seit gut 35 Jahren in der Archäologie tätig): Von Ortsforschern über Archiv- und Familienforscher, Sammler von Lebensläufen und Sterbebildern bis zu Volksmusik-Bewahrern reiche das Spektrum engagierter Geschichtsfreunde, die sich bei solchen Treffen austauschten, sagte Weigl.

Weltweiter Bekanntheitsgrad

Funde, die in Essenbach gemacht wurden, sind bei Fachleuten und bei Geschichtsfreunden buchstäblich weltweit bekannt, erläuterte der Archäologe Dr. Robert Graf, der Projektmanager des geplanten Essenbacher

Archäologie-Museums: Wenn man etwa geschichtlich gebildete Südkoreaner frage, was sie mit Bayern verbinden, erhalte man drei Begriffe als Antwort. Das seien das Oktoberfest, der Fußballklub Bayern München – und die Altheimer Kultur, erklärte der Archäologe, der unter anderem Lehraufträge an den Universitäten von Madrid, Manchester und Seoul (Südkorea) hat. Hierzulande sei die Fundstätte und die ganze Kultur-Epoche, der sie den Namen gab (Altheimer Kultur, etwa 3800 bis 3200 vor Christus), dagegen weitgehend unbekannt.

Erdwerk, Bronzezeit-Fürst und Römer-Gutshöfe

Das künftige Essenbacher Archäologie-Museum wird zugleich als „Kulturhistorisches Vermittlungs-Zentrum“ konzipiert, führte Graf mit Hinweis auf die zentrale Rolle aus, die dem Museum durch den britischen Experten Dr. Nigel Mills zugedacht worden ist, der ein Museumskonzept für den Landkreis erarbeitet hat. Schwerpunkte der Präsentation werden nach Grafs Worten das rund 5.700 Jahre alte Altheimer Erdwerk, der Bronzezeit-Fürst von Essenbach (3200 Jahre altes Grab mit reichen Beigaben) und die römische Zivilsiedlung von Essenbach-Ammerbreite.

Prachtfunde aus dem „Staatsbegräbnis“

Bereits jetzt laufe die Zusammenarbeit mit renommierten Experten, legte er dar: So seien die Prachtfunde aus dem „Staatsbegräbnis“ (Dr. Graf) des Bronzezeit-Fürsten (wie Zeremonialwagen, Bronzeschwert, Goldring) im Germanischen Nationalmuseum in Nürnberg zur Restaurierung und Untersuchung. Die Grabstätte habe einen kompletten Satz an Wiege-Gewichten enthalten – ein Fundensemble, wie man es bislang nur aus den Hochkulturen am Mittel-

meer und im Vorderen Orient kannte. Und auf den Feldern von Altheim hat der Regensburger Universitätsprofessor Dr. Thomas Saile mit Ausgrabungsteams nicht nur neue Funde geborgen; er beginnt auch, den Schleier der Geheimnisse um das dreifach gestaffelte Wall-Graben-Bauwerk zu lüften: Es war wohl eine Begräbnis- und Kultstätte und ein Himmels-Observatorium, eine nach astronomischen Gesichtspunkten ausgerichtete Anlage – nach den Zyklen des Mondes.

telmeer und im Vorderen Orient kannte. Und auf den Feldern von Altheim hat der Regensburger Universitätsprofessor Dr. Thomas Saile mit Ausgrabungsteams nicht nur neue Funde geborgen; er beginnt auch, den Schleier der Geheimnisse um das dreifach gestaffelte Wall-Graben-Bauwerk zu lüften: Es war wohl eine Begräbnis- und Kultstätte und ein Himmels-Observatorium, eine nach astronomischen Gesichtspunkten ausgerichtete Anlage – nach den Zyklen des Mondes.

Historie

Zudem erwähnte das Stadt- oberhaupt in einem kurzen historischen Rückblick die Eröffnung der Maximiliansbahn im Jahr 1857, die einen „enormen Schub“ für das Kurwesen bedeutet habe. Durch die in den 1990er-Jahren begonnene Reform im Gesundheitswesen seien freilich Probleme aufgetaucht. Mit der Thermalwasserbohrung und der Therme, die nach Anfangsschwierigkeiten nun sehr erfolgreich sei, habe Bad Aibling jedoch gegensteuern können. „Die Aiblinger Politik steht hinter der Gesundheits-Stadt“, resümierte Schwallb.

Stellvertreter Landrat Josef Huber bezeichnete Bad Aibling schließlich als „Perle des Landkreises“, die auch in 175 Jahren ihre Zukunft haben werde. **DK**

telmeer und im Vorderen Orient kannte. Und auf den Feldern von Altheim hat der Regensburger Universitätsprofessor Dr. Thomas Saile mit Ausgrabungsteams nicht nur neue Funde geborgen; er beginnt auch, den Schleier der Geheimnisse um das dreifach gestaffelte Wall-Graben-Bauwerk zu lüften: Es war wohl eine Begräbnis- und Kultstätte und ein Himmels-Observatorium, eine nach astronomischen Gesichtspunkten ausgerichtete Anlage – nach den Zyklen des Mondes.

Heimatgeschichte: Leben von Otto Normalbürger

Mit dem Römer-Experten und Münchner Universitätsprofessor Dr. Salvatore Ortisi hat Dr. Graf einen Partner für die wissenschaftliche Aufarbeitung der Funde der römischen Zivilsiedlung gefunden: Die Siedlung an einer Isartal-Straße und die Gutshöfe waren Teile der militärischen Infrastruktur der Römer und dienten der Versorgung der Grenztruppen an Donau und Limes.

Beeindruckende Arbeit

„Die Arbeit, die hier im Zentrallager bereits in der fünften Woche in Folge geleistet wird, verdient höchste Anerkennung. Ich bin beeindruckt, in welcher kurzen Zeit hier die nötigen logistischen Strukturen geschaffen wurden, um den Warenfluss der Schutzgüter reibungslos zu gewährleisten. Ich bin stolz auf die unzähligen Ehrenamtlichen, die einen Großteil ihrer Freizeit investieren, damit die Schutzgüter dahin gelangen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Mein herzlichster Dank geht an jedes einzelne Mitglied des THW Ortsverbands München-Land“, so Landrat Christoph Göbel.

Material ist gut geschützt

Auf dem Gelände des Zentrallagers befinden sich mehrere Lagerhallen, voll mit kistenweise Schutz-ausstattung, darunter Schutzmasken, Desinfektionsmittel oder auch Beatmungsgeräte. Für die Sicherheit der Materialien ist gesorgt: Das Areal wird rund um die Uhr von der Polizei überwacht. Auf das Gelände kommt nur, wer angemeldet und autorisiert ist.

Schutzgüter werden streng geprüft

Bereits seit Mitte März werden im Zentrallager Waren von Bund und Land sowie teilweise auch Spenden von Dritten angeliefert und kommissioniert. Alle

Bereits seit Mitte März werden im Zentrallager Waren von Bund und Land sowie teilweise auch Spenden von Dritten angeliefert und kommissioniert. Alle

Bereits seit Mitte März werden im Zentrallager Waren von Bund und Land sowie teilweise auch Spenden von Dritten angeliefert und kommissioniert. Alle

Bereits seit Mitte März werden im Zentrallager Waren von Bund und Land sowie teilweise auch Spenden von Dritten angeliefert und kommissioniert. Alle

Abgesagte Trauungen

Insbesondere ist die Durchführung der Trauungen dann wichtig, wenn durch einen Aufschub des bereits festgelegten Termins beispielsweise Fristen ablaufen würden. Doch nicht alle Brautpaare nehmen den vereinbarten Termin wahr. Circa 50 Prozent der ursprünglich geplanten Trauungen wurden bislang abgesagt.

Für die momentane Situation zeigen die Bürger gegenüber dem Standesamt dennoch weitestgehend viel Verständnis. „Insbesondere die Brautpaare, die wir unter diesen Umständen vermählen, sind äußerst dank-

bar, dass wir die Eheschließung durchführen“, so Schwallb.

Hohe Priorität haben im Standesamt der Stadt Würzburg auch die Aufgaben des Sterbebüros. „Eine unserer wichtigsten Aufgabe ist die Sicherstellung, dass die Bestatter die erforderlichen urkundlichen Nachweise vom Standesamt erhalten, die für die Beisetzung von Verstorbenen erforderlich sind“, berichtet Gabriele Schwalb.

Im Standesamt der Stadt Würzburg ist der Betrieb aufgrund der aktuellen Lage stark eingeschränkt. Kirchnaustretserklärungen, Anmeldungen von Eheschließungen oder verschiedenste Namensänderungen können momentan nicht angeboten werden.

Marvin Wachter/Claudia Lothar



Landrat Christoph Göbel (r.) lässt sich das Zentrallager zeigen von Andreas Frank, Leiter des THW Ortsverbands München-Land. □

Landrat besucht Zentrallager für Schutzausstattung

Masken & Co gehen vom Landkreis München aus nach ganz Bayern
Im Landkreis München befindet sich das einzige Zentrallager des Freistaats Bayern zur Verteilung von Schutzausstattung zur Bewältigung der Corona-Pandemie. Übernommen hat diese wichtige Logistikaufgabe das THW München-Land. 50 Ehrenamtliche engagieren sich dort im Zweischichtbetrieb. Landrat Christoph Göbel dankte in einem Besuch vor Ort den Einsatzkräften.

Im Auftrag des Freistaats Bayern werden vom Zentrallager aus dringend benötigte Schutzgüter, wie etwa Schutzmasken, Desinfektionsmittel und vieles mehr an die örtlichen Katastrophenschutzbehörden transportiert. Diese verteilen die Güter dann in eigener Regie weiter.

Beeindruckende Arbeit

„Die Arbeit, die hier im Zentrallager bereits in der fünften Woche in Folge geleistet wird, verdient höchste Anerkennung. Ich bin beeindruckt, in welcher kurzen Zeit hier die nötigen logistischen Strukturen geschaffen wurden, um den Warenfluss der Schutzgüter reibungslos zu gewährleisten. Ich bin stolz auf die unzähligen Ehrenamtlichen, die einen Großteil ihrer Freizeit investieren, damit die Schutzgüter dahin gelangen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Mein herzlichster Dank geht an jedes einzelne Mitglied des THW Ortsverbands München-Land“, so Landrat Christoph Göbel.

Material ist gut geschützt

Auf dem Gelände des Zentrallagers befinden sich mehrere Lagerhallen, voll mit kistenweise Schutz-ausstattung, darunter Schutzmasken, Desinfektionsmittel oder auch Beatmungsgeräte. Für die Sicherheit der Materialien ist gesorgt: Das Areal wird rund um die Uhr von der Polizei überwacht. Auf das Gelände kommt nur, wer angemeldet und autorisiert ist.

Schutzgüter werden streng geprüft

Bereits seit Mitte März werden im Zentrallager Waren von Bund und Land sowie teilweise auch Spenden von Dritten angeliefert und kommissioniert. Alle

Bereits seit Mitte März werden im Zentrallager Waren von Bund und Land sowie teilweise auch Spenden von Dritten angeliefert und kommissioniert. Alle

Bereits seit Mitte März werden im Zentrallager Waren von Bund und Land sowie teilweise auch Spenden von Dritten angeliefert und kommissioniert. Alle

Bereits seit Mitte März werden im Zentrallager Waren von Bund und Land sowie teilweise auch Spenden von Dritten angeliefert und kommissioniert. Alle

Marvin Wachter/Claudia Lothar

BAYERISCHE GemeindeZeitung
KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHN. PRAXIS

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPV in Bayern
Herausgeber:
Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Hessel vom Dienst
Inge Metzger, Anne-Marie von Hassel
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Jörg Kunstmann (KPV)
Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-13
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 54 vom 01.01.2020
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugpreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de

Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Anne-Marie von Hassel
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Landratsamt Fürstfeldbruck:

Kontaktpersonen-Management mit den Städten und Gemeinden

Seit Beginn der Corona-Pandemie arbeitet das Landratsamt Fürstfeldbruck mit Hochdruck an dem Kontaktpersonen- und Quarantänenmanagement. Zu jeder infizierten Person mit Wohnsitz im Landkreis Fürstfeldbruck ermittelt das Gesundheitsamt seit Ende Januar 2020 die sog. Kontaktpersonen der Kategorie 1, also diejenigen, die so engen Kontakt mit dieser Person hatten, dass die Wahrscheinlichkeit einer Ansteckung erhöht ist. Diese müssen sich in häusliche Quarantäne begeben, um so die Infektionsketten nach Möglichkeit zu unterbrechen.

Kontaktpersonen der Kategorie 1 sind Personen mit mindestens 15-minütigem Gesichtskontakt („face-to-face“) zu einem Erkrankten. Dazu gehören auch Personen aus Lebensge-

Bereichen des Freistaats, unterstützt. So waren und sind etwa zeitweise Lehrerinnen und Lehrer, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes für Landwirtschaft und Forsten oder auch

als dass in der kommenden Zeit Lockerungen der Ausgangs- und Wirtschaftsbeschränkungen schrittweise erfolgen werden.

Dank des Landrats

Landrat Thomas Karmasin bedankte sich ausdrücklich bei den Kommunen und bei allen Mitarbeitenden für die Kooperationsbereitschaft: „Die Aufgabe der Kontaktermittlung wird uns nach allem, was die Wissenschaftler sagen, noch eine Weile begleiten. Da bin ich froh, dass sie auf möglichst viele Schultern verteilt werden kann. Ich danke den Kommunen, die sich bereit erklärt haben, uns zu unterstützen, sehr. Es ist keineswegs selbstverständlich, jenseits der eigenen Zuständigkeit Kraft und Energie aufzuwenden, auch wenn die Erfüllung dieser Aufgabe natürlich für uns alle gleichermaßen von großer Bedeutung ist. Auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diese für sie fremde Aufgabe mit viel Tatkraft und Einsatzbereitschaft anpacken, danke ich.“

Die Kontaktpersonen der Kategorie 1 werden telefonisch ermittelt, die häusliche Absonderung (Quarantäne) wird zunächst telefonisch verfügt und dann schriftlich bestätigt. Auch dies werden die beteiligten Kommunen übernehmen.

Die CTT werden seit Ende April geschult, danach erfolgt Schritt für Schritt die Tätigkeitsaufnahme vor Ort. Die Vorteile dieser von der Regierung von Oberbayern ausdrücklich angelegten und unterstützten Zusammenarbeit zwischen Landratsamt und Gemeinden sind die schnell wirkende Entlastung der Gesundheitsverwaltung, die eingespielte Zusammenarbeit zwischen den Städten und Gemeinden mit dem Landratsamt sowie die leichtere Einbindung der Unterstützungskräfte des Freistaats. □



„Maskerade“ in Covid-19-Zeiten: Landrat Thomas Karmasin bei der Begrüßung der Auftaktschulung für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Freistaats und der Landkreiskommunen, die künftig die Contact Tracing Teams bilden werden. Bild: LRA FFB

meinschaften im selben Haushalt. Zuletzt wurden pro infizierter Person im Durchschnitt mindestens drei Kontaktpersonen geschätzt.

Personelle Unterstützung aus anderen Behörden

Bei einem Stand von rund 770 Infizierten (22.04.2020) ergibt dies eine geschätzte Zahl von rechnerisch mehr als 2.300 Kontaktpersonen ab Anfang März 2020. Das Gesundheitsamt wurde in diesem Zeitraum kontinuierlich mit weiterem Personal, auch aus anderen Behörden und

Kolleginnen und Kollegen aus dem Baubereich in diesem Bereich tätig. Auch 24 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Freistaats Bayern, welche eigens zu diesem Zweck zugewiesen wurden, arbeiten auf lokaler Ebene in den sog. „Contact Tracing Teams (CTT)“ mit.

Das Kontaktpersonen-Management wird nach Einschätzung der Experten des Robert-Koch-Instituts längerfristig erforderlich sein, um Erkrankungen frühzeitig zu erkennen, Kontaktpersonen frühzeitig zu isolieren und so die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen. Dies gilt umso mehr,

Bezirks Oberbayern:

Solidarität in Notzeiten

Der Bezirk Oberbayern bekräftigt seine Zusage, die Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe finanziell weiter zu unterstützen. „Diese Notsituation stehen wir gemeinsam mit unseren Partnern durch“, sagt Bezirksstagspräsident Josef Mederer. Gemeinsam mit dem Bayerischen Bezirkstag hat der Bezirk Oberbayern jetzt mehrere Fixpunkte erarbeitet, die die Existenz der Einrichtungen und Dienste für die Zeit nach Corona sichern.

Oberstes Ziel sei, die Versorgung von Menschen mit Behinderungen sicher zu stellen. „Wir handeln pragmatisch und unbürokratisch“, verspricht Mederer. „Wir müssen alle Kräfte so einsetzen, dass wir diese Krise gemeinsam bewältigen und niemand auf der Strecke bleibt. Dazu brauchen wir praktikable und sachgerechte Lösungen. Diese Situation erfordert eine gewaltige Kraftanstrengung – nicht nur für die Trägerverbände, sondern auch für uns im Bezirk.“

Viele Einrichtungen und Dienste der Behindertenhilfe sind derzeit geschlossen oder arbeiten mit reduzierten Angeboten im Notbetrieb. Bis zum 19. April hatte der Bezirk Oberbayern einen Schutzschirm gespannt und die Angebote weiterfinanziert.

Für die Zeit ab 20. April besprach der Bezirk mit den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege und dem Verband privater Anbieter Anschlussregelungen (www.bezirk-oberbayern.de/Corona-Anschlussregelungen).

Folgende Fixpunkte werden dabei vorausgesetzt:

1. Alle Anbieter sind aufgefordert, grundsätzlich öffentliche

stützt, wenn sie ihre Ressourcen dem Versorgungssystem des Bezirks zur Verfügung stellen. „Ist dies nicht möglich“, so Mederer weiter, „kann leider nur eine anteilige Finanzierung erfolgen“. Dies ist derzeit teilweise bei Individual- und Schulbegleitungen der Fall, die wegen der Schließung der Kindertagesstätten und Schulen freigestellt sind. Nach den mit den Wohlfahrtsverbänden vereinbarten Fixpunkten sollen die Dienste für sie Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen. Dies lässt sich nur vermeiden, wenn die Begleitungen unterstützend im genehmigten Stundenumfang in anderen Bereichen der Behindertenhilfe tätig sind.

2. Der Bezirk verrechnet im Nachhinein diese Ersatzleistungen mit den Einrichtungen. Damit stelle der Bezirk sicher, so Präsident Mederer, „dass die meisten Einrichtungen und Dienste finanziell fast so gestellt werden, dass sie nach dieser Krise auch weiterhin ihre Leistungen für Menschen mit Behinderung erbringen können“. Mederer verweist darauf, dass die Regelungen kreative Ideen und Lösungen ermöglichen, wie Beschäftigte sinnvoll in anderen Bereichen eingesetzt werden können.

So seien derzeit Werkstätten für Menschen mit Behinderungen weitgehend geschlossen. „Selbstverständlich kann das frei gewordene Personal in stationären Wohnheimen Menschen mit Behinderungen unterstützen und hier die wichtige Tagesstruktur gewährleisten“, erklärt der Präsident. Er stellt aber auch klar, dass der Bezirk Einrichtungen und Dienste nur insoweit unter-

stützt, wenn sie ihre Ressourcen dem Versorgungssystem des Bezirks zur Verfügung stellen. „Ist dies nicht möglich“, so Mederer weiter, „kann leider nur eine anteilige Finanzierung erfolgen“.

Dies ist derzeit teilweise bei Individual- und Schulbegleitungen der Fall, die wegen der Schließung der Kindertagesstätten und Schulen freigestellt sind. Nach den mit den Wohlfahrtsverbänden vereinbarten Fixpunkten sollen die Dienste für sie Kurzarbeitergeld in Anspruch nehmen. Dies lässt sich nur vermeiden, wenn die Begleitungen unterstützend im genehmigten Stundenumfang in anderen Bereichen der Behindertenhilfe tätig sind.

Appell an die Dienste

Der Bezirksstagspräsident appelliert an die Dienste und deren Mitarbeitende, Kinder und Eltern im häuslichen Umfeld zu unterstützen. „Die Begleitungen können mit Kindern zuhause Unterrichtsmaterial bearbeiten, das die Schulen online einstellen“, sagt Mederer. Auch in Wohnheimen für Menschen mit Behinderungen könnten Begleitungen unterstützend tätig sein. „Der Kreativität sind hier keine Grenzen gesetzt. Im Gegenteil: Wir freuen uns, wenn sich alle gegenseitig unterstützen, um diese Krise zu bewältigen.“ □

GZ

GESTERN hat mein Chef gesagt ...



„Da waren wir ja unseiner Zeit voraus, liebe Sabrina, als wir vor Ostern darüber gesprochen haben, dass es vernünftig sein kann, zum Schutz vor Ansteckung eine Maske zu tragen. Aber gleich eine strafbewehrte Pflicht daraus zu machen?“ Mein Chef, der Bürgermeister, zeigt sich etwas erstaunt, dass jetzt auch und gerade eine solche einschneidende Maßnahme wie das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung verpflichtend angeordnet und bei Zuwiderhandlung auch noch mit Bußgeld beehrt wird.

Denn viele haben ja bisher schon eine Mund-Nasen-Maske made in VRChina oder selbstgenäht in der Öffentlichkeit getragen. Entweder in der irrigen Annahme, sie würden dadurch vor Ansteckung geschützt oder tat-

verhüllt vor dem Gegenüber stehen, in die hinteren Reihen des Buchregals verbannt werden müssen.

Wir werden damit leben, nach einer gewissen Zeit des Gebrauchs einen feuchten, unangenehmen Fetzen vor Mund und Nase zu haben, der uns beim Atmen und beim Sprechen hindert sowie die Brille beschlagen lässt. Wir werden missverstanden werden, weil unsere

Kommunikation darauf angelegt ist, dass Sprache und Mimik zugleich wahrgenommen werden und die Mimik jetzt wegfällt. Wir werden die Menschen mit Höreinschränkungen wieder stärker in die Isolation zwingen, weil sie nicht mehr von den Lippen ablesen können. Wir, die großen Individualisten, werden uns uniformieren.

Umso wichtiger ist es, dass wir sehr genau beobachten, ob die Maskenpflicht etwas bringt oder wann sie wieder abgeschafft werden kann. Denn ich möchte nicht in einer Gesellschaft leben, in der wir es uns angewöhnt haben, das Gegenüber auf zwei Meter Abstand anzubrüllen, weil uns das durch Abstandsgebot und Maskenpflicht in Fleisch und Blut übergegangen ist.

Nun kann man natürlich die Frage stellen, warum wir uns so schwertun damit, Mund und Nase zu bedecken. In Asien ist das schon seit vielen Jahrzehnten Standard. Nun gibt es in vielen asiatischen Ländern einen gesellschaftlichen Zwang, eine Maske zu tragen, wenn man etwa Erkältungssymptome hat. Man will in den dicht besiedelten Städten und überfüllten Zügen niemand anstecken. Das hat sicher auch viel damit zu tun, dass asiatische und europäische Gesellschaften kein übereinstimmendes Konzept von Individualismus haben. Wir sind halt anders und ich denke, wir sollten das auch bleiben wollen.

Mein Chef, der Bürgermeister, setzt auf das Prinzip Verantwortung, auch beim Gebrauch einer Schutzmaske. Dazu passt ein brandaktueller Satz des Staatsrechtlers Oliver Lepsius: „Jetzt kommt die Zeit des Umstellens vom präventiven Verbot mit Erlaubnisvorbehalt auf Verhaltensgebote, die auf Vertrauen und Vernunft gründen.“

the Sabriul

MediaMarktSaturn und Rettungszweckverband:

Engagement gegen Isolation von Heimbewohnern

Gerade die Bewohnerinnen und Bewohner von Alten-, Pflege- und Behindertenheimen treffen die Besuchsverbote und Kontaktsperren aufgrund der Corona-Pandemie besonders hart. Es gibt keinen direkten Kontakt und Austausch mit ihren Familien und Freunden. Und diese Situation wird wohl noch viele Monate so anhalten. „Gerade in dieser schweren Zeit kann eine Videoverbindung mit Ton hier auch ohne direkten körperlichen Kontakt für viel Nähe bei den Betroffenen und ihren Angehörigen sorgen“, so Landrat Martin Wolf, Vorsitzender des Zweckverbands für Rettungsdienst- und Feuerwehralarmierung (ZRF) der Region Ingolstadt.

Auf Initiative des Medizinischen Lagezentrums der Region 10 unter Leitung des Ärztlichen Leiters der Führungsgruppe Katastrophenschutz Dr. Florian Demetz und des ZRF Region Ingolstadt mit seinem Vorsitzenden Martin Wolf stellt MediaMarktSaturn 200 Tablets für die Bewohner von Alten-, Pflege- und Behindertenheimen in der Region Ingolstadt zur Verfügung, um der Isolation in den Einrichtungen entgegenzuwirken. Die Tablets finanzieren sich aus der alljährlichen Weihnachtsspendenaktion der MediaMarktSaturn Mitarbeiter.

Weitere Unterstützung gibt es von der Firma Inside Computer GmbH in Ingolstadt, welche die Inbetriebnahme und die Einrichtung der Tablets und eine Hotline übernimmt. „Ich bedanke mich im Namen aller künftigen Nutzerinnen und Nutzer in den Alten-, Pflege- und Behindertenheimen für die großzügige Spende und die Unterstützung“, so Martin Wolf.

Die neuen Tablets sind inzwischen an 60 stationäre Pflege-

stadt. „Schon immer haben unsere Mitarbeiter die enge Verbundenheit von MediaMarktSaturn zur Region eindrucksvoll unter Beweis gestellt und mit ihrer großen Spendenbereitschaft wichtige gesellschaftliche Einrichtungen unterstützt. Dass wir damit in dieser Situation einen Beitrag leisten können, freut uns sehr“, so Florian Wieser. Das regionale Engagement von MediaMarktSaturn ist Teil der bundesweiten Initiative, die der Elektronikhändler unter dem Motto „Getrennt und doch verbunden“ ins Leben rief und mit der er Heimbewohner mit ihren Liebstes zumindest virtuell zusammenbringen möchte.

Landrat Martin Wolf und Peter von der Grün, Landrat des Landkreises Neuburg-Schrobenhausen haben als Vorsitzender bzw. stv. Vorsitzender des ZRF Region Ingolstadt die Tablets in Empfang genommen. □



V.r.: Landrat Martin Wolf, Landrat Peter von der Grün und Florian Wieser, Finanzchef der MediaMarktSaturn Retail Group bei der Übergabe der ersten Tablets. Bild: LRA Pfaffenhofen

Kreatives Handwerk in der Krise

HWK-Internetseite mit handwerklichen Anbietern von Schutz- und Hygieneprodukten

Auch in dieser Corona-Krise zeigt das Handwerk seinen Ideenreichtum. Aus der Not geboren, weil ganze Geschäftsfelder oder zahlreiche Aufträge wegbrechen, wird kurzer Hand die Produktion umgestellt und an den Markt angepasst.

Schwäbische Schreiner und Messebauer schaffen bauliche Standard- oder Individuallösungen zum Hygieneschutz – für Empfangstheken, Verkaufstresen, Arbeitsplätze oder Besprechungstische, Maßschneider in Schwaben nähen Community-Masken und Messebauer fertigen Gesichtsschutz.

„Diese Kreativität in der Krise unterstützen wir als Handwerkskammer für Schwaben sehr gerne“, erklärt Ulrich Wagner, Hauptgeschäftsführer der HWK Schwaben. Dazu wurde eine Internetseite unter www.hwk-schwaben.de/kreativ angelegt, auf der Handwerksbetriebe gelistet sind, die solche individuellen Schutz- und Hygieneprodukte anbieten.

„Unter dem Motto „aus dem Handwerk für das Handwerk“ wünschen wir uns, dass diese Übersicht sukzessive wächst, dass sich also ganz viele unserer schwäbischen Handwerksbetriebe an uns wenden, um sie in die Liste aufzunehmen“, so Wagner weiter. „Und natürlich hoffen wir, dass viele Kunden aus dem Handwerk, aber auch aus anderen Branchen wie beispielsweise dem Einzelhandel diese kreativen Angebote nutzen.“

Um regionalen Geschäften, Lokalen oder Handwerksbetrieben in dieser schwierigen Zeit zu helfen und den Kundenkontakt auf digitale Art am Laufen zu halten, wurden in den letzten Wochen diverse Online-Plattformen auf den Weg gebracht – kostenfrei und nach dem Motto „support your locals“. Eine erste Auswahl findet sich ebenfalls auf der neuen HWK-Internetseite und soll sich schrittweise erweitern.

Die neue Internetseite www.hwk-schwaben.de/kreativ ergänzt das vielfältige Online-Angebot der HWK Schwaben in der Corona-Krise mit den aktuellsten Nachrichten, Informationen für Handwerksbetriebe, in Bezug auf Ausbildung, für Auszubildende sowie Fort- und Weiterbildungsteilnehmer. Darüber hinaus berät die HWK Schwaben ihre Betriebe telefonisch, bietet Webinare an und informiert auf Facebook und Instagram. □

Vorschau auf GZ 10

In unserer Ausgabe Nr. 10, die am 14. Mai 2020 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Abfall - Entsorgungsmanagement
- Kommunales Verkehrswesen · ÖPNV
- Öffentliche Beleuchtung
- Sicherheit · Brand- und Katastrophenschutz
- Schulungen für Verantwortliche in Kommunen
- Kommunal-Marketing

Beitrag zur Bewältigung der Corona-Krise:

Wirkungsvolle Masken für Kommunen

Einen wertvollen Beitrag zu Nachhaltigkeit und Müllvermeidung leistet die traditionsreiche Schneiderei Böck in Berg am Starnberger See. Mit ihren hochwertigen und individuell gestalteten Behelfs-, Mund- und Nasenmasken sorgt das Familienunternehmen aber auch für eine maximale Werbewirkung für bayerische Städte und Gemeinden.

„Es ist mir eine Herzensangelegenheit, die Benutzer mit wirkungsvollen Masken zu versorgen“, betont Vertriebsleiter Alexander Böck. Gefertigt sind sie aus hochwertigstem Baumwollstoff (100 Prozent schadstofffrei), der eine sehr lange Nutzungsdauer garantiert. Die von ärztlichem Personal getesteten Masken sind bis 60 °C waschbar und werden mit einem anpassungsfähigen Rundgummi vernäht, der für einen einmaligen Tragekomfort sorgt. „Stoffe sollen schließlich nicht einfach nur hübsch sein“, erklärt Böck. „Sie sollen Spaß machen, bedenkenlos sein, hautfreundlich und schonend.“

Baumwolle aus kontrolliert biologischem Anbau

Deshalb stünden die nachhaltige Herstellung und Verarbeitung von Bio-Baumwolle an erster Stelle. Der kontrolliert biologische Anbau verbietet genetisch veränderte Organismen, denn die langlebigen und robusten Baumwollfasern sollen erhalten bleiben. „Unsere Baumwolle wird ohne Verwendung von Chemiedüngern und synthetischen Pestiziden angebaut. Der Anbau erfolgt in Mischkultur und Fruchtfolge. Schädlinge werden mit Duftlockstoffen ferngehalten, das Unkraut mechanisch gejätet. Unsere Bio-Baumwolle wird ohne Entlaubungsmittel von Hand geerntet.“

Der Bauer muss seinen Boden mindestens drei Jahre chemiefrei bestellt haben, um das Prädikat „kontrolliert biologisch angebaut“ zu erhalten. Dies wird jährlich überprüft“, unterstreicht der Vertriebsleiter.



Maske mit Logo. □

Hochwertigste Materialien

„Die qualitativ hochwertigsten Materialien, die wir beziehen, werden per Hand von Fachkräften in Deutschland gefertigt“, so Böck. Alle am Produktionsprozess beteiligten Menschen arbeiten unter fairen und sicheren Bedingungen und erhalten gerechte Löhne. Unabhängige Institute zertifizieren die Baumwolle. „So schaffen wir es, dass unsere Textilien komplett schadstofffrei sind, und so Hautirritationen, Allergien oder Überreaktionen vermieden werden können.“

Beilagenhinweis

Dieser Ausgabe liegt das Magazin der LfA Förderbank Bayern bei. Wir bitten um freundliche Beachtung. □

Die Wirksamkeit selbstgemachter Masken wurde bereits im Jahr 2009 von Forschern der Universität Cambridge getestet. Das Ergebnis der Studie zeigt, dass selbstgemachte Masken aus Baumwolle 50 Prozent der Partikel einfangen können. Masken aus Teetüchern konnten sogar mit 60 Prozent punkten – im Gegensatz zu den Einmal-Masken, denen nachgesagt wird, dass sie in einem nur geringen Maß vor der Übertragung des Coronavirus schützen.

Die Farben der produzierten Masken sind selbstverständlich individuell anpassbar und werden auf Wunsch ab einer Mindestbestellmenge von 1.000 Stück mit aufgedrucktem Logo und Slogan gefertigt. Böck zufolge haben sie damit sogar einen „super Werbeeffect“. „Mit unserer 30-jährigen Erfahrung in der Fertigung von Textilprodukten sowie den unvergleichbaren, von uns verwendeten Materialien, ist es uns möglich, eine hohe Qualität zu garantieren“, macht der Vertriebsleiter abschließend deutlich.

Kontakt per E-Mail an den Verlag Bayerische Kommunalpresse unter news@gemeindezeitung.de DK

Erlangen ist Digitale Bildungsregion in Bayern

Das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus hat die Stadt Erlangen vor kurzem als „Digitale Bildungsregion in Bayern“ ausgezeichnet. Die Stadt bewarb sich im Juli 2019 und stellte im Rahmen eines umfassenden Konzepts die zahlreichen digitalen Bildungsangebote in der Hugenottenstadt dar.

Die Bewerbung verdeutlichte, dass viele Maßnahmen und Projekte die Gestaltung aber auch die Herausforderungen des digitalen Wandels aufgreifen. Ziel ist, allen Altersgruppen Zugänge in die digitale Welt aufzuzeigen, Barrieren abzubauen und Teilhabe zu ermöglichen.

Grundlage für die jetzige Auszeichnung waren insbesondere die Stellungnahmen der zuständigen Konferenz der Schulaufsicht und des Bayerischen Staatsministeriums für Familie, Arbeit und Soziales. „Ich freue mich über die Auszeichnung als Digitale Bildungsregion. Gerade während

der Corona-Krise gewinnt Digitale Bildung stark an Bedeutung und digitale Medien sind aus unserem Alltag nicht wegzudenken. Die Auszeichnung durch das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus zeigt, dass sich Erlangen frühzeitig auf den Weg gemacht hat, um digitale Bildung zu fördern“, so Bildungsreferentin Anke Steinert-Neuwirth. „Unsere Bemühungen tragen gerade jetzt Früchte.“

Kultus-Staatsminister Michael Piaolo gratulierte zu diesem Erfolg. Die Verleihung der Auszeichnung wird nach der Corona-Pandemie stattfinden. □

Abzeichen

FAHNEN
KOCH
COBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723



Das GZ-Netzwerk

Diskutieren Sie kommunale Themen direkt mit Personen, die ähnliche Herausforderungen meistern.

www.anmelden.gemeindezeitung.bayern

Bau

ERLUS AG

Hauptstraße 106
D-84088 Neufahrn/NB
T 08773 18-0
F 08773 18-113
www.erlus.com

ERLUS
Qualität aus Deutschland

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung



Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsbs.de

GZ auf folgenden
Social Media Kanälen:



Energiedienstleistung



erdgas
schwaben
sicher, günstig, nah

erdgas-schwaben.de

Erneuerbare Energien

SOLARSTROM AUS IHRER GEMEINDE juwi

Zeigen Sie Ihr Engagement für den Klimaschutz. Wir suchen zusammenhängende Acker- und Wiesenflächen oder Industrie- und Gewerbebrachen von min. fünf Hektar in Ihrer Gemeinde.

Ihr Kontakt zu uns:
juwi AG, Thomas Bablitschky, 06732/9657-13277
energieprojekte@juwi.de · www.juwi.de

Fahnenmasten / Fahnen

FAHNEN
KOCH
COBURG



Fahnen Koch
Thüringer Fahnenfabrik GmbH
Querstrasse 8
96450 Coburg
Tel.: 09561-5527-0
Fax: 09561-552723

FAHNEN
KÖSSINGER

Am Gewerberg 23 · D-84069 Schierling
Tel.: 09451 9313-0 · www.fahnen-koessinger.de

Fahnen
Maste
Roll-Ups
Bekleidung
uvm.

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171.9307-12

steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171.9307-10

hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gewerbebau



Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500

Kindergärten · Turnhallen · Mehrzweckhallen
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung

www.laumer.de · info@laumer.de



Informationssicherheit und Datenschutz



Wir lieben Datenschutz und Informationssicherheit.
Für öffentliche Verwaltungen. Unsere Spezialisten beraten nicht nur.
Sie packen auch an - zuverlässig, schnell und preiswert.
Sprechen Sie uns an! Tel. 089 - 58 80 839-0 oder info@insidas.de

www.insidas.de

Notify-Newsletter

Aktuelle Infos über kommunale Neuigkeiten mit unserem Notify-Newsletter – direkt auf Ihr Handy.



Kommunale IT

www.akdb.de

Kommunale Fachmedien

Wegweisend bei Wissen.

Öffentliche Verwaltungen erhalten komplette Lösungen zum Beschaffen, Verwalten und Nutzen von digitalen und gedruckten Medien.

www.schweitzer-online.de Fachinformationen

Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die
kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de



Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Recyclingbaustoffe



www.baustoffrecycling-bayern.de

Sitzmöbelhersteller



KRENZER

Wir gestalten Räume.

Walter Krenzer GmbH & Co KG
Sitz- und Polstermöbelherstellung
Industriestraße 26
D-35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Telefon: 02771/3208-0
Telefax: 02771/3208-13
E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de
www.krenzer-sitzmoebel.de

DIE LFA FÖRDERBANK BAYERN – PARTNER DER WIRTSCHAFT UND KOMMUNEN

LfA MAGAZIN

MENSCHEN UNTERNEHMEN PROJEKTE

FRÜHJAHR / SOMMER · 2020



BAYERN HÄLT ZUSAMMEN

Wie kommt unsere Wirtschaft
durch die Corona-Krise?
Und wie geht es danach weiter?
Eine Spezialausgabe

Liebe Leserinnen und Leser,

die Corona-Krise erschüttert unser Leben. Unsere Wirtschaft. Unsere Politik. Unsere Gesellschaft. Unseren Freistaat. Wir erleben Ausgangsbeschränkungen und Stillstand, existenzielle Sorgen und Ängste vor der Zukunft.

Keine Frage: Wir stehen inmitten der größten Herausforderung seit dem Zweiten Weltkrieg, vor einer Jahrhundertaufgabe. Jetzt und in den kommenden Wochen und Monaten. Handel und Gastronomie – wochenlang geschlossen. Industrie und Mittelstand kämpfen mit den Folgen gestoppter Produktionen oder unterbrochener Lieferketten. Auch das Handwerk ringt mit Kurzarbeit und leeren Auftragsbüchern.

Corona wird vorübergehen. Welchen Wert Zusammenhalt und Solidarität für uns wirklich haben, zeigt sich jetzt. Wie robust sind unsere Demokratie und unsere soziale Marktwirtschaft? Ich bin davon überzeugt, dass wir diese Krise und den damit verbundenen wirtschaftlichen Abschwung gemeinsam bewältigen können. Und ich möchte Ihnen an dieser Stelle versichern: Wir, die LfA Förderbank Bayern, unterstützen Sie dabei nach Kräften!

Mit dieser Sonderausgabe möchten wir Ihnen Mut machen, indem wir nach vorn blicken und neue Perspektiven ermöglichen. Als verlässlicher Partner.

Neben einer Übersicht über unsere umfassenden Fördermaßnahmen (Seite 8) kommen Vertreter aus Politik und Wirtschaft zu Wort: Hubert Aiwanger, der Staatsminister für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie (Seite 4), aber auch die Präsidenten der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, der Industrie- und Handelskammer von München und Oberbayern sowie des Bayerischen Handwerkstags (ab Seite 22). Sie erläutern, wie Corona Bayerns Wirtschaft verändert. Sie beschreiben aber auch Chancen für die Zukunft.

Ab Seite 10 stellen wir außerdem Unternehmer vor, die in der Corona-Krise mit viel Mut und Entschlossenheit neue Geschäftsmodelle wagen.

Besonders danken möchte ich an dieser Stelle den Ärzten und Pflegekräften und allen, die momentan dazu beitragen, das öffentliche Leben aufrechtzuerhalten. In diesen Zeiten sind sie für mich die wahren Helden des Alltags.



Dr. Otto Beierl

Dr. Otto Beierl
Vorstandsvorsitzender
LfA Förderbank Bayern



10

04 „Unsere Wirtschaft hat die Kraft, sich schnell zu erholen“

Die Corona-Pandemie trifft Bayern. Was jetzt wichtig ist, erklärt Staatsminister Hubert Aiwanger

08 Hilfe in der Krise

Mit Liquiditätshilfen wie Krediten und Risikoübernahmen begleitet die LfA durch unstete Zeiten

10 Wir können auch anders

Fünf bayerische Unternehmen berichten, wie sich ihre Arbeit und ihr Geschäft jetzt verändern

16 So geht Homeoffice

Soziale Distanz statt räumlicher Nähe: Auch in Bayern bedeutet das für viele Homeoffice. Tipps für ein Modell mit Zukunft

18 Das neue Normal ist digital

Warum Corona Wirtschaft und Gesellschaft zukunftsfähig macht – ein Ausblick von Ökonomin Barbara Engels



04

22 Wie es weitergeht

Die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft, die IHK und der Bayerische Handwerkstag über Auswirkungen und Chancen der Krise

26 Meldungen

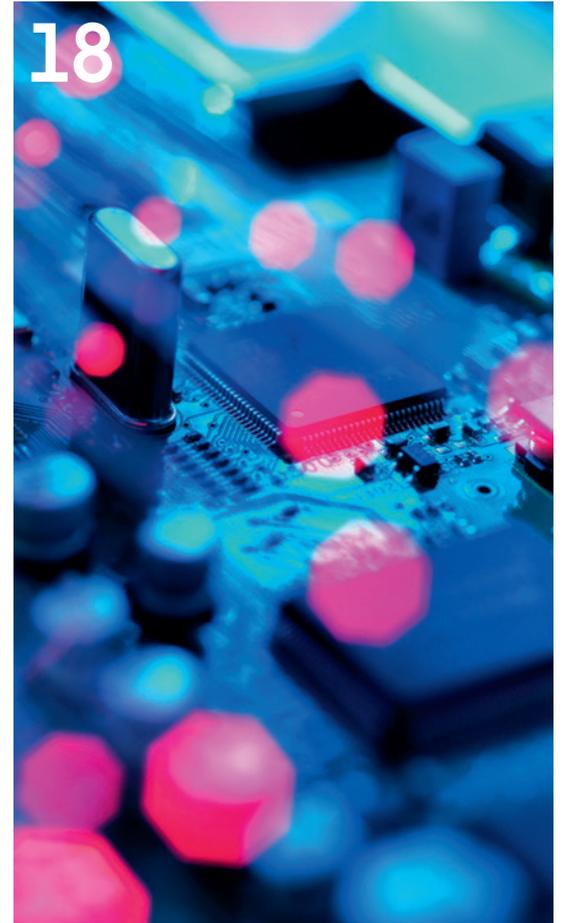
Deutscher Nachhaltigkeitskodex | Förderbilanz 2019 | Neuer Markenauftritt der LfA

27 Gesichter der LfA

Tanja Schwarz, Abteilung Förderkredite
Michael Moser, Stabsstelle Beratung



Absicherung ist beim Klettern unerlässlich. Wie wir gemeinsam durch die Corona-Krise kommen, möchten wir mit dieser Spezialausgabe zeigen



18



16

Cover: Getty Images/Richard Drury. Fotos: PR, Björn Seitz/komender.de, Kilian Brees, DEEPOL by plainpicture/Andrew Brookes, Stocksy/Sophie Delauw

„UNSERE WIRTSCHAFT HAT DIE KRAFT, SICH SCHNELL ZU ERHOLEN“

DIE CORONA-KRISE KOSTET BAYERN MILLIARDEN.
STAATSMINISTER HUBERT AIWANGER ÜBER DIE FOLGEN DER PANDEMIE,
REGIONAL VERANKERTE PRODUKTION UND
LIEFERKETTEN UND DIE FREUDE AN „ÜBERFLÜSSIGEM“

INTERVIEW STEFAN RUZAS FOTOS HANNES ROHRER

Herr Minister Aiwanger, wie sieht Bayern aus, wenn die Corona-Krise überstanden ist?

Den Menschen in Bayern ist jetzt mehr als vorher bewusst, wie krisenanfällig unsere Gesellschaft aufgrund der Globalisierung geworden ist. Wir müssen also die Vorteile der Globalisierung nutzen, wichtige Grundversorgung aber hierzulande besser absichern als bisher – von der Nahrungsmittelversorgung bis zu Medizinprodukten.

Der Kampf gegen das Virus legt ja weite Teile des zivilen und wirtschaftlichen Lebens lahm – weltweit. Absatzmärkte brechen ein, Zulieferketten sind in Gefahr. Trifft Corona die stark exportorientierte Wirtschaft unseres Freistaats besonders hart?

Länder, die vor allem auf Importe angewiesen sind, treffen geschlossene Grenzen viel härter. Wir können froh sein um

unsere Produktion, besonders um die Versorgungsquote bei Lebensmitteln. Aber natürlich schadet der weggebrochene Export unseren Unternehmen und deren Mitarbeitern.

Was sind wahrscheinlich die gravierendsten Veränderungen, wenn die Pandemie endlich vorbei ist?

Unsere Wirtschaft hat die Kraft, sich schnell zu erholen. Deshalb müssen wir sie jetzt liquide halten. Trotzdem müssen wir bereit sein zu lernen. Ich hoffe, dass jetzt allen bewusst wird, wie wichtig einerseits internationale Zusammenarbeit ist, aber wie wertvoll andererseits regional verankerte Produktion und Lieferketten sind.

Tourismus, Maschinenbau, Handel, IT oder andere Sektoren: Welche Branchen sind besonders hilfsbedürftig und welche könnten sich als überraschend robust erweisen?

»

Im Augenblick beobachten wir in nahezu allen Branchen Verlierer und Gewinner. Als robust erweisen sich alle, die flexibel genug agieren können. Besonders im Feuer stehen natürlich Dienstleistungen und Produkte, auf die leichter verzichtet werden kann. Stark betroffen sind zum Beispiel unsere Gastronomie und Hotellerie.

Wie würden Sie in diesen Zeiten die Rolle der LfA Förderbank Bayern beschreiben?

Die LfA ist aktuell unser Instrument zur Sicherung der Liquidität, langfristig der Partner unserer Unternehmen für den Weg aus der Krise – als Rückhalt für unsere Geschäftsbanken.

Führt die Krise zu einer Überschuldung von Bund und Ländern? Und wenn ja: Welche Folgen hat das für Investitionen in andere wichtige Zukunftsfelder wie Klimawandel, Mobilität oder Digitalisierung?

Die Krise ist nicht das Ende der Welt! Eine Investition in den genannten Feldern verliert nicht ihre Wichtigkeit. Eher im Gegenteil: Mit weniger Mitteln muss ich mich umso mehr auf Zukunftsfragen konzentrieren.

Welche Eigenschaften und Fähigkeiten brauchen Unternehmen wie Menschen, um solche Krisen auszuhalten?

Vertrauen in die eigene Stärke, einen realistischen Blick auf die Tatsachen und die Erkenntnis, dass man zusammen mehr erreichen kann.

Bei allen dramatischen Verlusten, Sorgen und Ängsten: Gibt es auch hilfreiche oder vielleicht zukunftsweisende Erkenntnisse, die wir aus diesen Corona-Zeiten gewinnen können?

Ich bin ganz positiv gestimmt durch die vielen Meldungen bayerischer Unternehmen, die in dieser schweren Zeit ihren Beitrag für die Gemeinschaft erbringen wollen. Und die Wertschätzung für viele vermeintlich „einfache“ Tätigkeiten, wie zum Beispiel bei der Lebensmittelproduktion in der Landwirtschaft, wächst und wird hoffentlich bleiben.

Kulturtechniken des Digitalen wie zum Beispiel Videokonferenzen, digitale Aktionärstreffen oder Homeoffice werden in diesen Wochen zu Selbstverständlichkeiten. Was bedeutet das für unseren künftigen Arbeitsalltag?

Viele erproben jetzt Techniken der Digitalisierung, denen sie vorher skeptisch gegenüberstanden. Das ist ein Schritt in Richtung Arbeitswelt 4.0. Damit wird zum Beispiel die Vereinbarkeit von Arbeit und Privatem verbessert und es sinken die Verkehrs- und Umweltbelastungen.

Welche alten Phänomene unseres Wirtschaftslebens macht die Corona-Krise vielleicht überflüssig?

Die Grundphänomene werden sich nicht ändern, warum auch, sie wurden nicht infrage gestellt. Gegen das Virus hilft kein Systemwechsel. Auch werden Sie sehen: Schon nach kurzer Zeit kaufen wir wieder „überflüssige“ Artikel, nur weil es sie gibt und wir Freude daran haben.

Kann es sein, dass wir alle in diesen Zeiten lernen, dass unsere Wirtschaft über Wochen und Monate radikal schrumpfen kann, ohne zusammenzubrechen?

Viele verstehen jetzt, warum es wichtig ist, solide zu wirtschaften und soziale Sicherungssysteme zu finanzieren. Unsere Wirtschaft ist insgesamt belastbar. Leider ist das kein Trost für diejenigen, die in dieser Zeit Insolvenz anmelden oder arbeitslos werden. Für diese Menschen ist dann wichtig, dass wir schon immer eine Wirtschaftspolitik betrieben haben, die Wachstum anstrebt, damit sie wieder eine neue Chance bekommen.

Welche Lehren sollte die bayerische Wirtschaft aus den unterbrochenen Lieferketten der Just-in-time-Produktion oder aus fehlenden Erntehelfern anderer Länder ziehen? Lokalisiert sich das Globale?

Wir sind Gewinner der Globalisierung, das kann keiner infrage stellen. Nur ein Beispiel: Wir sind führend bei der Herstellung von Spitzenprodukten der Pharmaforschung. Aber natürlich importieren wir viele günstige Nachahmerprodukte. Das wollen wir nicht grundsätzlich ändern, aber eine bessere Vorsorge mit Standardmedikamenten treffen.

Brauchen wir vielleicht sogar eine neue Wirtschaftsordnung?

Wir brauchen keine neue Wirtschaftsordnung, wenn sich die bestehende als robust erweist. Aber der Staat muss bei seinen Ausgaben Prioritäten neu bedenken. Nur zwei Beispiele: Wir sehen, wie falsch es in anderen Ländern war, Krankenhausbetten abzubauen. Wir selbst haben die „Friedensdividende“ genossen und im Bereich des Katastrophenschutzes eingespart.

Politik bedeutet ja im ursprünglichen Sinne gesellschaftliche Verantwortung. Erleben wir durch diese Krise auch eine neue Glaubwürdigkeit und Legitimation von Politik und Wissenschaft?

Ich glaube, unsere Bürger haben erkannt, dass uns die Wissenschaft Entscheidungen nicht abnehmen kann. Es sind die Politiker, die Verantwortung übernehmen müssen in einem Moment, bei dem der Ausgang unklar ist. Dafür sollte man Personen wählen, denen man vertraut und Positives zutraut. □

„WIR BRAUCHEN KEINE NEUE WIRTSCHAFTSORDNUNG, WENN SICH DIE BESTEHENDE ALS ROBUST ERWEIST“



Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger bleibt trotz Herausforderungen optimistisch

Unsere Hilfen in der Krise

DIE LFA UNTERSTÜTZT UNTERNEHMEN BEI DER BEWÄLTIGUNG DER **CORONA-KRISE** MIT LIQUIDITÄTSHILFEN DURCH KREDITE UND RISIKOÜBERNAHMEN. DIE BEANTRAGUNG UND AUSZAHLUNG DER PROGRAMME ERFOLGT ÜBER IHRE HAUSBANK

STAND 30. APRIL 2020

Wir informieren Sie gerne zu den LfA-Förderkrediten und Risikoübernahmen.
Telefon: 089 / 21 24-10 00
Mail: info@lfa.de
 Weitere aktuelle Informationen finden Sie unter:
www.lfa.de

CORONA-SCHUTZSCHIRM-KREDIT

Schnell wirkende Liquiditätshilfe für **kleine und größere Mittelständler sowie Freiberufler**, die infolge der Corona-Krise in vorübergehende Finanzierungsschwierigkeiten geraten sind.

- ◆ **Antragsberechtigt sind Unternehmen** der gewerblichen Wirtschaft mit einem Jahresumsatz (Konzernumsatz) bis einschließlich 500 Millionen Euro sowie Angehörige der Freien Berufe, die zum 31.12.2019 nicht in Schwierigkeiten nach EU-Definition waren
- ◆ Finanziert werden **Investitionen und Betriebsmittel**
- ◆ Darlehensbetrag: von **10.000 Euro bis 30 Millionen Euro**
- ◆ **Flexible Laufzeiten** bis 6 Jahre und bis zu 2 Tilgungsfreijahre sind möglich
- ◆ Übernahme des Ausfallrisikos durch eine obligatorische **90-prozentige Haftungsfreistellung der LfA**
- ◆ Bis zu einem LfA-Risiko von 500.000 Euro gilt ein **vereinfachtes Beantragungs- und Bearbeitungsverfahren**, die LfA verzichtet auf eine eigene Risikoprüfung

LFA-SCHNELLKREDIT

Schnelles Hilfsprogramm während der Corona-Krise für Unternehmen, Einzelunternehmer und Freiberufler, die mindestens seit 1. Oktober 2019 am Markt sind und bis zu 10 Beschäftigte haben.

Voraussetzungen: Der Antragsteller war zum 31.12.2019 nicht in Schwierigkeiten nach EU-Definition und hat zuletzt Gewinn erwirtschaftet – entweder 2019 oder im Durchschnitt der letzten drei Jahre.

Eckpunkte:

- ◆ für Betriebsmittel und Investitionen
- ◆ 100% Risikoübernahme durch den Freistaat Bayern, keine Risikoprüfung
- ◆ Darlehenshöchstbetrag: für Unternehmen bis 5 Mitarbeiter 50.000 Euro und für Unternehmen bis 10 Mitarbeiter 100.000 Euro
 Dabei darf der Kreditbetrag die Summe von 25 Prozent des Jahresumsatzes 2019 des antragstellenden Unternehmens nicht übersteigen
- ◆ Zinssatz 3%
- ◆ Darlehenslaufzeit: 10 Jahre mit 2 Tilgungsfreijahren oder 5 Jahre mit 1 Tilgungsfreijahr

BÜRGSCHAFTEN

Mit unseren Bürgschaften können die Hausbanken den Unternehmern umfangreiche Finanzierungshilfen gewähren.

- ◆ Antragsberechtigt sind **mittelständische gewerbliche Unternehmen** und Angehörige **Freier Berufe**
- ◆ Der maximale Bürgschaftssatz wurde – für Betriebsmittel-, Rettungs- und Umstrukturierungsbürgschaften sowie bei Konsolidierungsdarlehen – auf einheitlich **90 Prozent des Kreditbetrags** angehoben
- ◆ Bürgschaften der LfA werden bis zu einem Betrag von 30 Millionen Euro übernommen. Darüber hinaus sind auch Staatsbürgschaften möglich
- ◆ Bei Bürgschaften der LfA bis 500.000 Euro gilt auch das vereinfachte Beantragungs- und Bearbeitungsverfahren wie bei Haftungsfreistellungen bis 500.000 Euro

Für Handwerk, Handel, Hotels und Gaststätten sowie Gartenbaubetriebe stehen Bürgschaften der Bürgschaftsbank Bayern GmbH zur Verfügung.

TILGUNGS AUSSETZUNG und Stundung bei bestehenden Krediten

Für bestehende LfA-Programmdarlehen bietet die LfA eine einfache und schnelle Möglichkeit einer **Tilgungsaussetzung für bis zu vier Raten** an.

WICHTIGE HINWEISE

- ◆ Die Corona-Soforthilfe der Bundesregierung und der Bayerischen Staatsregierung zwischen 9.000 Euro und 50.000 Euro gibt es bei den Bezirksregierungen sowie der Landeshauptstadt München
- ◆ Unternehmen, die gerade für den Wirtschaftsstandort Bayern besonders relevant sind, werden mithilfe von Beteiligungen durch einen Bayern Fonds stabilisiert

Für langfristige Konsolidierungen und Umschuldungen stehen der **Universalkredit** und der **Akutekredit** der LfA zur Verfügung.

UNIVERSALKREDIT

Unkomplizierte Liquiditätshilfe für Unternehmen der gewerblichen Wirtschaft mit einem Konzernumsatz bis einschließlich 500 Millionen Euro jährlich sowie für Angehörige der Freien Berufe:

- › Finanziert werden Investitionen, die Anschaffung von Warenlagern sowie der allgemeine Betriebsmittelbedarf einschließlich Umschuldung kurzfristiger Verbindlichkeiten
- › Darlehen von **25.000 Euro bis maximal 10 Millionen Euro** je Vorhaben möglich
- › Bei nicht ausreichender Absicherung von Darlehen bis zu 4 Millionen Euro durch die Banken ist eine Haftungsfreistellung möglich, die auf 80 Prozent erhöht wurde
- › Beschleunigtes und vereinfachtes Beantragungs- und Bearbeitungsverfahren für LfA-Förderkredite mit Haftungsfreistellungen bis 500.000 Euro LfA-Risiko

AKUTKREDIT

Unser Spezialprogramm zur Finanzierung von Unternehmen in Liquiditäts- und Rentabilitätsschwierigkeiten bei Vorliegen eines tragfähigen Gesamtkonsolidierungskonzepts:

- › Antragsberechtigt sind **mittelständische Unternehmen** der gewerblichen Wirtschaft
- › **Darlehenshöchstbetrag: 2 Millionen Euro**
- › In Fällen, in denen der Konsolidierungsanlass in einem erheblichen Liquiditätsbedarf infolge der Corona-Krise begründet ist, wird auf die Erstellung eines Konsolidierungskonzepts verzichtet



WIR KÖNNEN AUCH ANDERS

SCHUTZMASKE STATT AUTO-INTERIEUR, DESINFEKTION STATT SCHNAPS, TO GO STATT TO STAY ODER EINE KLEINE KULTURREVOLUTION. IN DER NOT ENTSTEHEN NEUE GESCHÄFTSMODELLE

TEXT STEFAN RUZAS

Als sich Mitte März abzeichnet, dass den rund 300 Mitarbeitern des Autozulieferers Zettl wegen der Corona-Krise Kurzarbeit droht, suchen alle nach einer Lösung, einem Ausweg.

Bei einem der eigentlich regelmäßigen Meetings des Unternehmens sammeln alle Mitglieder der Familie von Gründer Reinhard Zettl Ideen.

Eigentlich werden in Weng bei Landshut ja sogenannte Nähkleider für Automobilhersteller produziert, also Teile aus Leder für das Interieur. Edle Armaturen, Sitzbezüge, Türverkleidungen oder Konsolen zum Beispiel.

Plötzlich ist klar: Atemmasken für Kliniken, Arztpraxen und Seniorenheime wären Hilfe in der Not. Und eine echte Alternative zur Kurzarbeit.

Seit dem 20. März fertigt der Betrieb in drei Schichten Tag für Tag mehrere Tausend Masken für den Einmalgebrauch, mit der Hand, teilweise aber auch schon automatisiert.

„Der Materialfluss wird von der Bayerischen Staatsregierung organisiert“, so Geschäfts-

führer Zettl. „Die Herstellung von Materialkapazitäten ist sichergestellt.“

Geliefert wird das Material von Sandler, einem Hersteller von Vliesstoffen aus Schwarzenbach an der Saale. Die fertigen Masken, es sollen bis zu eine Million werden, verteilt das Technische Hilfswerk (THW).

Und die ursprünglichen Kunden? „Wir produzieren weiter für die Automobilindustrie. Aufgrund der allgemeinen Situation aber auf niedrigem Stand.“ Durch die Maskenproduktion

könne Zettl Interieur die Mitarbeiter weiterbeschäftigen, nahezu ohne Kurzarbeit.

Bei einem Vor-Ort-Besuch der Produktion von Gesichtsmasken in Weng gemeinsam mit Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger erklärt Bayerns Ministerpräsident Markus Söder: „Wir werden auf Dauer enorm viele Masken brauchen. Ich glaube, dass wir am Ende in Deutschland Milliarden Masken benötigen.“ Das gilt nicht nur für das medizinische Personal

und Alten- und Pflegeheime, sondern dann auch „in der breiten Entwicklung, wenn es um den Arbeitsschutz geht, das breite Miteinander“.

Das Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte unterscheidet zwischen selbst hergestellten Masken, medizinischem Mund-Nasenschutz und sogenannten filternden Halbmasken, kurz FFP2 oder FFP3 genannt. Diese dienen auch dem eigenen Schutz, die anderen vor allem dem Schutz anderer vor möglicherweise infektiösen Tröpfchen. »

SEIT DEM 20. MÄRZ FERTIGT DER BETRIEB IN DREI SCHICHTEN TAG FÜR TAG MEHRERE TAUSEND MASKEN



Bayerns Ministerpräsident Markus Söder zu Besuch bei der Firma Zettl, die Schutzmasken näht



Alkohol kann helfen

Die Schnapsbrennerei Penninger beliefert Krankenhäuser und Apotheken mit Neutralalkohol

Die Ersten sind die Kliniken am Goldenen Steig aus dem Landkreis Freyung-Grafenau. Mitte März fragen sie bei Stefan Penninger im niederbayerischen Waldkirchen nach, ob er auch Neutralalkohol liefern könne, zur Herstellung von Mitteln zur Desinfektion. Plötzlich herrscht nämlich überall Mangel.

Penninger stellt mit seiner traditionsreichen Brennerei normalerweise Liköre und Obstgeister her, diese Anfrage ist auch für ihn neu. Keine Frage, er kann spontan liefern, und nach den Kliniken folgen weitere Bestellungen von Apotheken und Krankenhäusern. Auch Behörden, Tierärzte und Bäckereien melden sich.

Der Einfachheit halber bietet Penninger den medizinischen Versorgern im Umkreis dann gleich von sich aus an, Vorräte an Neutralalkohol zu reservieren.

Wahlweise vom 10-Liter-Kanister bis zum Container mit 1.000 Litern. Der Zoll vereinfacht kurzerhand die Vorgaben, unter denen alkoholsteuerbefreit geliefert werden kann.

„Für uns bedeutet die aktuelle Situation, dass wir beim neutralen Alkohol an unsere eiserne Reserve gehen mussten“, erzählt Brennereichef Penninger. Den hoch gereinigten Alkohol aus land-



Hochprozentigere Alkohole sind Hauptinhaltsstoff von Desinfektionsmitteln

wirtschaftlicher Herstellung bezieht er zum Beispiel zur Produktion von Schnäpsen wie dem bekannten „Bärwurz“.

Penninger: „Die Lage sieht allerdings so aus, dass neuer Neutralalkohol gar nicht mehr zu bekommen ist. Die gesamte am Markt verfügbare Menge geht an die Hersteller von Desinfektionsmitteln.“

Das Problem dabei: „Wir können in absehbarer Zeit nur noch sehr begrenzte Mengen unserer eigenen Produkte abfüllen und vermarkten. Das wird uns, je nach Dauer dieser Krise, noch vor große Herausforderungen stellen.“

Penninger geht es nicht anders als seinen Kollegen aus dem Landesverband der Bayerischen Spirituosenindustrie – wie Liebl in Bad Kötzing, Stettner in Kolbermoor oder die Bärwurz-Quelle, die vergleichbar agieren.

Zur Alltagsroutine im Schutz gegen das Coronavirus empfiehlt Penninger übrigens: „Kliniken und Pflegepersonal brauchen Desinfektionsmittel ganz dringend. Privatpersonen, die zu Hause bleiben, helfen aktiv, solch wertvolle Mittel zu sparen.“

Fotos: Marcel Peda, Getty Images/Karl Tapales, Björn Seitz/kontender.de

Ochsenbacke to go

Das Restaurant Henrii ist die neue Attraktion im Herzen Bambergers. Wenn es geöffnet hat. In der Not gibt's jetzt einen Lieferservice mit viel Gefühl fürs Gute



Schon die Speisekarte liest sich gut: zwei verschiedene Salate, einer davon mit Filetspitzen und Egerlingen. Sieben Gerichte aus hausgemachter Pasta, einige auch mit Jakobsmuscheln und Oktopus. Frische und mediterrane Kochkunst also – und ab und zu ein bisschen was Asiatisches.

Aber auch Filets, ein Burger und eine geschmorte Ochsenbacke stehen drauf. Letztere kommt dann zwar in der Aluschale, wie die meisten der Speisen. Die Portwein-Jus wird separat verpackt.

Wer die feinen Speisen nicht selbst abholt, bekommt sie meist vom Chef persönlich geliefert, dem jungen Maximilian Beughold. Und Wein gibt's auf Wunsch auch.

Seit Anfang April hat das Bamberger Restaurant Henrii auf Bring- und

HolSERVICE umgestellt. „Henrii-Take-Away“ nennt sich das in der Krise entstandene Angebot.

Zuvor war das Lokal seit dem 18. März geschlossen. Jetzt sind neben Beughold nur noch drei Mitarbeiter im Einsatz. Jeweils mittwochs bis freitags von 17 bis 21 Uhr und samstags und sonntags von 12 bis 20 Uhr.

Am Wochenende kann künftig auch ein richtiger fränkischer Braten bestellt werden, zubereitet vom rüstigen Vater des Küchenchefs. So, wie sich das halt gehört.

Hat sich das alles ein bisschen eingespielt, soll mittags auch für Bedürftige gekocht werden. Eintöpfe für die Bamberger Tafel zum Beispiel.

Beughold hat das angesagte Henrii im Mühlenviertel, es ist eine Mischung

aus Tagesbar, Restaurant und Vinothek, erst im Februar 2019 eröffnet – mit Unterstützung der LFA. Vom Start weg war es nahezu jeden Abend ausgebucht. Die Terrasse draußen mit den 100 Sitzplätzen ist umgeben von den Armen des Flusses Regnitz. Sie bietet einen prachtvollen Blick auf das Alte Rathaus. All das ist zurzeit nur stille Kulisse.

„Die Corona-Krise wird uns schnell 100.000 Euro kosten“, sagt Beughold, der für seine Mitarbeiter Kurzarbeit beantragt hat und Soforthilfe aus dem „Bamberger Rettungsschirm“.

Der Henrii-Chef rechnet damit, dass sein Geschäft bis zu fünf Jahre brauchen wird, um die Folgen der Corona-Krise auch finanziell zu bewältigen. Aber so sei das eben mit den Lebensaufgaben. Es muss ja weitergehen. »

Jetzt oder nie

Zwölf Konzerte musste Blaibach schon absagen. Intendant Thomas Bauer nutzt den Stillstand, um eine Initiative zur Förderung von klassischen Musikveranstaltern anzuschieben

Der Beethoven-Zyklus fällt aus. Das Pavel Haas Quartet, es gilt in Fachkreisen als „aufregendstes Streichquartett der Welt“, tritt nicht auf. Auch die Norwegian Army Band kommt erst mal nicht in den „Kulturgranit“ nach Blaibach, dieses spektakuläre Konzerthaus im Bayerischen Wald.

Insgesamt zwölf Konzerte musste Intendant Thomas Bauer bereits absagen, mit heftigen finanziellen Folgen. „Unter Umständen ist damit zu rechnen, dass durch die Corona-Krise die gemeinnützige Kulturszene in der Fläche Bayerns gänzlich verschwindet“, warnt er.

Gleich im März hat Bauer das Gespräch mit Bernd Sibler, dem Staatsminister für Wissenschaft und Kunst, sowie dessen Ministerialrat gesucht.

Eine Stunde sprachen sie in München miteinander und Bauer präsentierte eine Idee, die auch andere private gemeinnützige Veranstalter für

klassische Musik unterstützen: die Bachwoche Ansbach zum Beispiel, der Kissinger Sommer, das Richard Strauss Festival in Garmisch, das Mozartfest Würzburg oder die Festspiele Europäische Wochen in Passau.

Zwischen 40 und 100 sogenannte Kleinveranstalter werden in Bayern nämlich bis jetzt durch den relativ kleinen Fonds der Allgemeinen Musikpflege gefördert. Für deren Projekte werden im Vorjahr Gelder beantragt, von deren Bewilligung die Veranstalter erst im Frühjahr der jeweiligen Saison erfahren. Auf dem Konto sind sie in der Regel dann nicht vor Juli. „Für die Akteure ergab sich wegen der Freiwilligkeit der staatlichen Leistungen bis dato

eine erhebliche Unsicherheit bei der Planung“, so Bauer. Durch die Corona-Krise drohen nun sogar Insolvenzen. Bauers Vorschlag: Anhand klarer Kriterien wie Programmqualität,

Eigeninitiative oder Ticketumsatz könnte es künftig eine Evaluation der relevanten freien Träger im gemeinnützigen Bereich geben.

Auf Basis der Daten sollen dann „Leuchttürme“ identifiziert werden, die mit festgeschriebenen staatlichen Beteiligungen rechnen können und damit quasi als institutionell gelten. Eine Art „Exzellenz-Programm“ also.

„Somit wäre ein nachvollziehbarer Einsatz von Steuermitteln garantiert, die Verzerrung des Wettbewerbs ausgeschlossen und lokalpolitische Planspiele eingedämmt“, erklärt der Intendant des Konzerthauses Blaibach. „Wir sprechen bei den Zuschüssen von zirka 20 Prozent der jeweiligen Haushalte, sodass wir weiter privatwirtschaftlich agieren.“

Es gehe um die Absicherung des gesamten Kulturlebens in Bayern, für eine überschaubare Summe. Klingt tatsächlich nach einer kleinen Revolution.

ES GEHT
UM DIE
ABSICHERUNG
DES GESAMTEN
KULTURLEBENS
IN BAYERN

Draußen zu Hause

Zum Start seines kleinen Bergsportgeschäfts Eldorado in Nürnberg verzichtet Tobias Plail 2019 bewusst auf Internethandel. Und jetzt?

Diesen Mittwoch wird Tobias Plail wohl nie wieder vergessen. Den 18. März, an dem er die Tür seines Ladens exakt ein Jahr nach Eröffnung bis auf Weiteres schließen muss – wegen Corona: „Für mich als stationären Händler, der bewusst auf Internethandel verzichtet und auf Kundenkontakt und individuelle Beratung ausgelegt ist, ist eine angeordnete Schließung natürlich erst einmal der absolute Super-GAU.“

Noch am selben Tag veröffentlicht er auf der Website von Eldorado und auf Facebook einen emotionalen Appell, in dem unter anderem steht: „Ihr als Kunden habt es in der Hand, ob es weiterhin eine Vielfalt an Geschäften in eurer Umgebung gibt!“

Sein Angebot: Wer in der Zeit des Shutdowns einen Gutschein kauft, bekommt dafür nach Wiedereröffnung ein Extra von zehn Prozent.

Außerdem nimmt er nun auch per Mail, Facebook oder Telefon Bestellungen entgegen und liefert die Ware in Franken frei Haus aus: „Ob Griffboards, fix oder frei hängend, Yogamatten oder Lesestoff. Solange wir noch etwas auf Lager haben, können wir euch beliefern“, verspricht Plail seinen Kunden. Geht's in die nähere Umgebung, kommt er gerne auch mal mit dem Fahrrad vorbei. Beraten kann er vorübergehend telefonisch oder per Mail.

Sein Motiv: „Wir leben von den Menschen, die die gleiche Begeisterung für Sport und Natur teilen und sich darüber austauschen wollen und lokal einkaufen.“

Weil er aber weiß, dass es in diesen Zeiten Menschen gibt, die noch mehr Hilfe brauchen, hat der Bergsportverrückte mit anderen kleinen Outdoorläden in Nürnberg und Lauf eine Aktion namens „#buy-localanddonate“ gestartet: „Wir haben uns entschieden, zehn Prozent der Einnahmen während des Shutdowns jeweils zu einem Drittel an die Nürnberger Tafel, die Bahnhofsmission und das Sozialmagazin Straßenkreuzer zu spenden. Gemeinsam schaffen wir das, wir sind füreinander da!“

Das bisherige Feedback motiviere ihn sehr durchzuhalten: „Es geht uns als Einzelhändlern zwar nicht gerade gut in dieser Zeit, aber es gibt Bedürftige, denen es noch deutlich schlechter geht.“ ☐

Fotos: PR, Tobias Plail (2)



Die Begeisterung für Berg und Natur teilt Tobias Plail (links) mit seinen Kunden. Und auch seine Erfahrung: Persönliche Beratung steht in seinem Bergsportgeschäft an erster Stelle – vorübergehend eben per Telefon oder Mail

So geht Homeoffice

Die Corona-Krise stellt Unternehmen und Mitarbeiter vor neue Herausforderungen. Es geht um soziale Distanz statt räumlicher Nähe. Auch für viele Führungskräfte bedeutet das umzudenken

TIPPS FÜR EIN ARBEITSMODELL MIT ZUKUNFT

ZU HAUSE EINRICHTEN

Ein gut ausgestatteter Arbeitsplatz trägt maßgeblich zur Produktivität bei. Es zahlt sich aus, in gute Hard- und Software zu investieren. Dazu zählen schnelles, stabiles Internet (mindestens WPA/WPA2-Verschlüsselung, besser noch VPN), ein Laptop oder Rechner mit ausreichend großem Bildschirm und ordentlicher Tastatur sowie ein Handy mit genügend Datenvolumen. Für Arbeitnehmer, die längere Zeit im Homeoffice arbeiten, sind auch Schreibtisch und Bürostuhl Pflicht.

LEITLINIEN FESTLEGEN

Gegebenenfalls kann die Selbstorganisation im Homeoffice überfordern. Vorgesetzte sind umso mehr gefragt, Unterstützung zu bieten. Es ist ratsam, Leitlinien für das Arbeiten im Homeoffice festzulegen und sich im Team auf Regeln zu einigen. Dazu zählen Fragen zur Erreichbarkeit genauso wie das Aufsetzen von Meeting-Routinen. Damit Aufgaben nicht untergehen, müssen Ziele und Fristen klar kommuniziert werden.

FOKUS SETZEN

Homeoffice wird von vielen Führungskräften oft noch mit Kontrollverlust gleichgesetzt. Anwesenheit bedeutet aber nicht immer gleich Leistung. Ausschlaggebend ist das Ergebnis. Um Aufgaben und Resultate im Blick zu behalten und zu überprüfen, ist es hilfreich, Wochen- und Monatsziele aufzusetzen. Das gibt Struktur und vermittelt ein Gefühl von Kontrolle.

TRANSPARENT SEIN

Wenn Teams räumlich getrennt arbeiten, ist gute Kommunikation der Schlüssel zum Erfolg. Teilen Sie den Kollegen mit, wenn Sie „da“ sind, eine Pause machen, gerade einen Telefontermin haben oder sich in den Feierabend verabschieden. In den meisten Messenger-Programmen lassen sich ein Status, zum Beispiel „im Termin“, oder Abwesenheitsnotizen einrichten.

LEARNING BY DOING

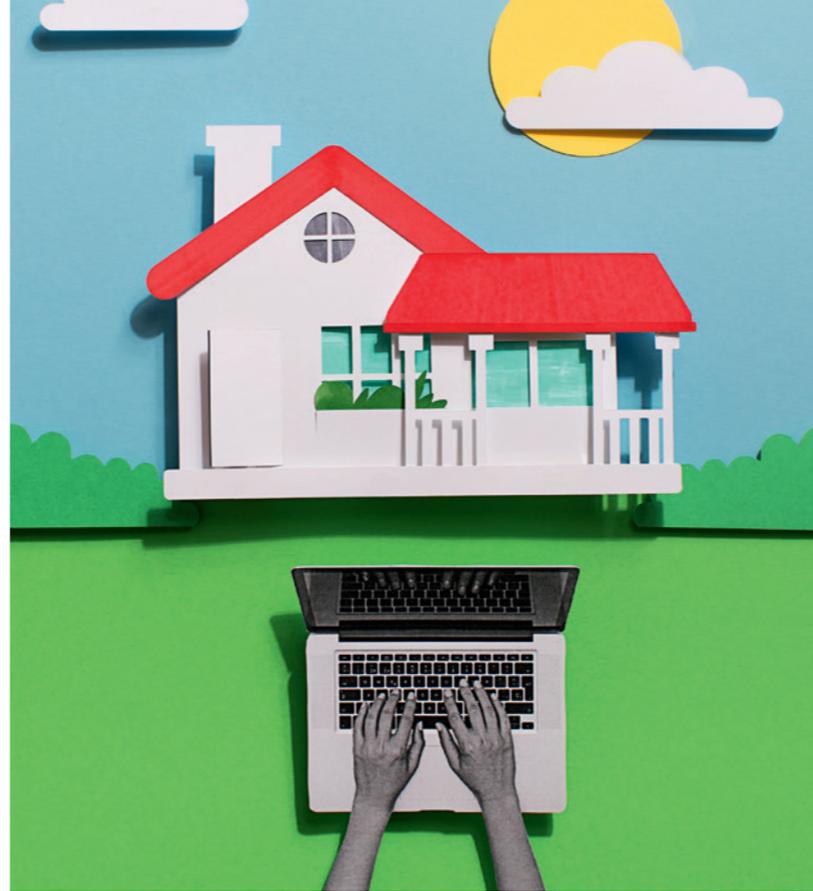
Vorgesetzte und Mitarbeiter sollten sich die Zeit nehmen, neue technische Hilfsmittel und Apps auch kennenzulernen. Setzen Sie

sich damit auseinander und probieren Sie Sachen aus. Viele vermeintliche Fragen können oft selbst gelöst werden. Wenn nicht, kann vielleicht Google oder ein Kollege helfen, eine Lösung für das Problem zu finden.

ABLENKUNGEN MINIMIEREN

Je nach Wohnsituation sind für die Mitarbeiter Ablenkungen die größte Herausforderung im Homeoffice. Lässt es die aktuelle Lebenslage nicht zu, in Ruhe zu arbeiten, können Ohrstöpsel helfen, Umgebungsgeräusche auszublenden. Wer gut mit Musik

Fotos: Stocksy/Cactus Creative Studio, Claire Alzeit



wer angerufen werden, um an den benötigten Input zu gelangen? Wenn ein Vieraugengespräch nicht ausreicht, sollte das Team zusammenkommen. Halten Sie Teilnehmerzahlen trotzdem, sofern möglich, klein. Mithilfe einer Agenda geben Sie Kollegen im Vorfeld die Möglichkeit, sich zu informieren oder wichtige Antworten vorzubereiten. Beschlüsse und resultierende Handlungen immer in einem Protokoll festhalten.

ROUTINEN SCHAFFEN

Damit sich Heimarbeit nicht wie ein Wochenende auf der Couch anfühlt, sollten Berufstätige an gewissen Gewohnheiten des Büroalltags festhalten: Anziehen und Fertig machen, das gemeinsame Familienfrühstück oder die morgendliche Zeitungslektüre, bevor es ans Tagwerk geht, helfen, die Motivation aufrechtzuerhalten.

PAUSEN PLANEN

Regelmäßige Pausen sind wichtig für die Produktivität. Im Homeoffice tendieren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allerdings dazu, weniger darauf zu achten. Experten raten, die Arbeit alle 90 Minuten zu unterbrechen. Stellen Sie sich einen Alarm. Stehen Sie vom Arbeitsplatz auf, strecken Sie sich. Auch eine kurze Stretching- oder Meditationsübung wirkt Wunder.

BEWEGLICH BLEIBEN

Langes Sitzen belastet die Bandscheiben, wir verbrennen weniger Kalorien und werden schneller müde. Integrieren Sie Bewegung in den Homeoffice-Alltag, so oft es geht. Zum Beispiel, indem Sie öfter mal die Sitzhaltung ändern. Planen Sie Übungen wie Kopf-, Schulter- und Armbewegungen am Schreibtisch ein oder Sie machen ein kleines Morning-Workout in der Zeit des gesparten Arbeitswegs.

GUT ORGANISIERT: DIESE TECHNISCHEN HILFSMITTEL UND APPS HELFEN

DIE BASICS

Microsoft Office Paket
Word, Excel, Powerpoint

Mail-Anbindung ins Büro, zum Beispiel über Microsoft Outlook

Online-Speicher für große Datenmengen, zum Beispiel über Dropbox oder Google Drive

Fernzugriff auf den Server des Unternehmens



Für das Management groß angelegter Projekte eignet sich ein Office-365-Abonnement. Es bietet Anwendern die Möglichkeit, ortsunabhängig von jedem Endgerät aus zu arbeiten, unter anderem mit Word, Excel, PowerPoint, Outlook ...



Über das Chat-Programm lässt sich die Kommunikation sowohl einzelner Teams als auch des gesamten Unternehmens zusammenführen. Hilft, up to date zu bleiben, ohne Mail-Accounts überzustapazieren.



Zusammenarbeiten und mehr erledigen: Mit den Boards, Listen und Karten des Aufgabenverwaltungsdienstes lassen sich kleinere Projekte mit wenig Usern auf schnelle und kostenlose Weise organisieren.



Dokumente einfach teilen und im Team bearbeiten: Der Cloud-Speicher-Dienst ermöglicht es, Dateien hochzuladen und auch von anderen Zugängen aus darauf zuzugreifen. Jedem Nutzer stehen 5 GB kostenfrei zur Verfügung.



Mit dem kostenfreien Datenaustausch-Dienst können Dateien und Dateipakete in unbegrenzter Größe geteilt werden. Dazu müssen Nutzer TeraShare aber vorab auf dem Computer installieren.



Kommunikation in Echtzeit: Über die Webkonferenz-Software können Führungskräfte zur Besprechung einladen. Meeting-Teilnehmer können kostenlos via Computer oder Smartphone teilnehmen.



Das Fernwartungs-Tool erlaubt Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, auf den Rechner einer anderen Person zuzugreifen. Funktionierte sogar vom Smartphone aus. Einzige Voraussetzung: eine 3G-Verbindung.



Das Tool erlaubt es, Daten bis zu 1 GB verschlüsselt zu verschicken. Firefox-Kontobesitzer können sogar bis zu 2,5 GB teilen. Der Upload steht via Link allerdings nur 24 Stunden zum Download bereit.

3 GUTE GRÜNDE

Plötzlich Homeoffice! Selbst da, wo es vorher undenkbar war. Viele Unternehmen können von diesem Arbeitsmodell profitieren

VON TERESA BAUER

- 1 Betriebe, die flexible Arbeitsmodelle bieten, wirken auf dem Arbeitsmarkt **besonders attraktiv**.
- 2 Konzentrierte Arbeitsphasen im Homeoffice ohne dauernde Störungen **erhöhen die Produktivität Ihrer Mitarbeiter**.
- 3 Die Bewerberauswahl geht weit über den Bürostandort hinaus. **Fachkräftemangel, ade!**

Wird sich unsere Art zu arbeiten durch die Krise verändern?

Die Art, wie wir arbeiten, hat sich schon längst geändert. Es ist nur noch nicht bei allen Unternehmen angekommen. Für diese Firmen stellt die aktuelle Krisensituation eine große Chance dar. Meine Prognose: In 5 Jahren werden Betriebe ohne Homeoffice-Möglichkeit keine Mitarbeiter mehr finden und halten können.

Jetzt ist der beste Zeitpunkt, sich bewusst damit zu beschäftigen, wie Arbeit auf räumliche Distanz funktioniert und umsetzbar ist. Selbst wenn man es vorher für unmöglich gehalten hat. Ortsunabhängiges Arbeiten wird auch losgelöst von Corona kommen, ob wir wollen oder nicht.

Nehmen Sie sich Zeit, um sich mit dem Modell Homeoffice auseinanderzusetzen. Sie werden erleben, wie gut es funktioniert, ohne dass die Produktivität in Ihrem Unternehmen sinkt, während Ihre Arbeitgeberattraktivität, Mitarbeiterzufriedenheit und damit Ihr Unternehmenserfolg steigen!



Die gebürtige Passauerin **Teresa Bauer** berät mit getremote.de Unternehmen, wie sie Homeoffice erfolgreich einführen und Führung auf räumliche Distanz klappert

DAS NEUE NORMAL IST DIGITAL

AUF EINMAL GEHT ES DOCH: **DEUTSCHLAND WIRD DIGITAL**,
UND ZWAR ÜBER NACHT. WARUM DIE CORONA-KRISE
WIRTSCHAFT UND GESELLSCHAFT LANGFRISTIG DIGITALER
UND DAMIT ZUKUNFTSFÄHIG MACHT

TEXT BARBARA ENGELS

Foto: DEEPOL by plainpicture/Andrew Brookes



DIE CORONA-KRISE IST EIN REALEXPERIMENT FÜR DIE DIGITALISIERUNG DEUTSCHLANDS

abhalten und auf Dienstreisen gehen. Denn der direkte, persönliche Austausch, offline und von Angesicht zu Angesicht: Auch ihn lernen wir in der Krise besonders zu schätzen. Diversität in Teams blüht gerade dann besonders auf, wenn sie sich im unmittelbaren, spontanen Diskurs entfalten kann – und nicht jeder erst sein Mikrofon an- und störende Hintergrundgeräusche abschalten muss. Aber nach der Krise werden wir eher wissen, was auch digital geschehen kann – und dieses dann auch digital machen. Vorbei die Zeiten, in denen Konferenzen, Seminare, Messen automatisch offline abgehalten wurden, weil es eben immer schon so war. Wir werden flexibler zwischen online und offline, digital und analog unterscheiden und entscheiden können. Das macht unsere Arbeit insgesamt produktiver.

Ganz grundsätzlich werden wir offener für Neues. Und das ist die beste Voraussetzung für die Zukunft überhaupt. ☐



BARBARA ENGELS

Die Ökonomin hat ihr Studium der Volkswirtschaftslehre in Berlin, Barcelona und New York absolviert und ist seit 2015 für das Institut der deutschen Wirtschaft Köln tätig. Bei ihrer Arbeit fokussiert sie sich auf die Auswirkungen der Digitalisierung auf Wirtschaft und Gesellschaft.

Online unter www.lfa.de/magazin

Videokonferenzen? Können Meetings vor Ort doch niemals ersetzen! Kundenservice online? Kommt bestimmt nicht gut an! Digitale Kollaborationstechnologien? Bitte nur langsam und mit Zustimmung aller Beteiligten ausrollen! Das war einmal. Die jahrelang vorgetragenen Lamenten der Digitalisierungsskeptiker, sie finden seit einigen Wochen kein Gehör mehr – und sie werden selbst auch immer leiser.

Die Corona-Krise hat innerhalb kürzester Zeit zu einem Paradigmenwechsel in der deutschen Arbeitswelt geführt, der in Intensität und Schnelligkeit seinesgleichen sucht – was sicherlich auch daran liegt, dass er aus der Not geboren ist.

Wie ein Lehrstück bringt die Pandemie die Vor- und Nachteile der Digitalisierung auf den Punkt. Innerhalb kürzester Zeit entblößt sie sämtliche digitalen Errungenschaften und Defizite.

DIE LERNKURVE KANN NUR SO STEIL SEIN, WIE DIE NETZE STABIL SIND

Dabei lässt sie Wirtschaft, Politik und Gesellschaft keine Zeit zur Diskussion. Pro und Contra von Homeoffice, Videokonferenzen, Technologie A oder B? „Einfach mal machen“ ist in jedem Fall die Antwort, denn die Alternative zur Digitalität in Zeiten von Social Distancing ist der Stillstand und damit das wirtschaftliche Fiasko. Digitalisierung im Eiltempo, unter Hochdruck, per

Zwang, weil es eben nicht anders geht.

Unternehmen investieren wie nie zuvor in die digitale Ausstattung ihrer Mitarbeiterschaft und die Stabilität ihrer Netzwerke. Die Google-Suchanfragen zu digitalen Kommunikationstechnologien wie

Skype, Slack und Zoom sind in den vergangenen Wochen förmlich explodiert. Immer mehr Menschen verlagern ihren Arbeitsplatz in ihr Wohnzimmer, viele arbeiten zum ersten Mal überhaupt außerhalb des Büros.

Die digitalen Lösungen, die schon lange vorhanden sind: Sie werden endlich auch flächendeckend genutzt. Das Internet, das Digitale, das von vielen bislang nur als Add-on, als „Nice-to-have“ gesehen wurde: Es wird endlich als Standard etabliert und so genutzt, wie es von seinen Gründern und Fans immer erhofft wurde, nämlich als Mittel der Vernetzung und gegenseitigen Bereicherung.

Das neue Normal ist digital. So gut es denn eben geht. Die Lernkurve kann nur so steil sein, wie die Netze stabil sind. Der Online-Boom stößt schnell an technische Grenzen. Die ohnehin rückständigen Breitbandnetze vor allem in ländlichen Regionen, aber auch in Großstädten werden derzeit massiv herausgefordert. Weltweit steigt der Datenverkehr deutlich. So vermeldet der größte deutsche Internethub in Frankfurt Rekordwerte. Können die Netze der zusätzlichen Belastung auch in den nächsten Wochen standhalten, wenn sich immer mehr digitale Anwendungen in der Fläche

durchsetzen? Welche Kosten entstehen bereits jetzt dadurch, dass die Internetverbindungen zu langsam und zu unzuverlässig sind?

Die vermehrte Nachfrage führt leider nicht immer zu einem erhöhten Angebot. In der Kürze der Zeit sind Kompromisse angesagt. Streaming-Plattformen wie Netflix und YouTube drosseln beispielsweise vorsorglich ihre Bildqualität, um die zusätzlichen Abfragen überhaupt bedienen zu können.

Auch beim Datenschutz und der IT-Sicherheit offenbaren sich Kompromisse – und das nicht nur, weil dezentrales Arbeiten oft mehr Einfallstore für Hacker bietet. Ohne Cloud geht inzwischen nichts mehr – und diesen Markt dominieren US-Konzerne. Der Abfluss von Know-how und die Kompromittierung von Privatsphäre sind möglich. Digitale Technologien werden auch eingesetzt, um die Maßnahmen gegen die Corona-Krise zu implementieren und zu kontrollieren. In der chinesischen Corona-App wird Datenschutz

Fotos: Stocksy/Michela Ravasio, iW Medien

Kurzarbeit ist ein tragender Pfeiler

Alles, was unsere Betriebe schützt und die Konjunktur stützt, nützt: Durch das Halten der Belegschaft können die Unternehmen ihre Produktion schneller wieder hochfahren

Die Corona-Pandemie stoppt global die Wirtschaftsprozesse und beeinträchtigt die Wirtschaft in Bayern und Deutschland massiv. In nahezu allen Bereichen geht die Nachfrage stark zurück. Außerdem sind viele Lieferketten unterbrochen, weil keine Vorprodukte mehr produziert oder angeliefert werden können. Des Weiteren müssen Unternehmen ihre Produktion drosseln oder einstellen, weil Mitarbeiter entweder erkrankt sind, sich in Quarantäne befinden oder ihre Kinder betreuen müssen. In vielen Sektoren, etwa im Hotel- und Gastgewerbe, im Verkehr und Tourismus und in vielen Dienstleistungsbereichen, ist die ausgefallene Nachfrage für immer verloren. Mittelfristig sind steigende Beeinträchtigungen zu erwarten, was deutlich negativen Einfluss auf das deutsche und bayerische Wirtschaftswachstum mit sich bringt.

Was die Unternehmen jetzt brauchen, ist Liquidität. Gerade deshalb sind die Beschlüsse der Bundesregierung hinsichtlich der Unterstützung von Unternehmen und Beschäftigten richtig und wichtig, vor allem die staatlichen Finanzhilfen und die neuen Regelungen zur Kurzarbeit. Die vollständige Erstattung der Sozialversicherungsbeiträge bei Durchführung der Kurzarbeit hilft, unseren Unternehmen die dringend benötigte Liquidität zu sichern. Der bayerische Rettungsschirm dient dem gleichen Ziel der Liquiditätssicherung. Die Aktivitäten der Bayerischen Staatsregierung zur Unterstützung der Unternehmen sind bundesweit vorbildlich. Dies gilt vor allem für die Soforthilfe, mit der Unternehmen bis 250 Beschäftigte, die durch die Corona-Krise in Existenznot geraten sind, unbürokratisch Hilfen bis zu 50.000 Euro erhalten können, aber auch für die längerfristig angelegten Bürgerschafts- und Haftungsfreistellungsprogramme sowie eine etwaige Beteiligung an Unternehmen. Die Finanzverwaltung hat erleichterte Möglichkeiten zur zinslosen Steuerstundung und zur Kürzung von Vorauszahlungen eingeräumt. Der Finanzminister schenkt den Unternehmen damit wichtige Zeit. Er reduziert anstehende Abbuchungen, wenn sie aufgrund der Krise zu hoch ausfallen würden. Auch das

federt die akuten Engpässe der Unternehmen hilfreich ab. Wertvoll sind darüber hinaus der angekündigte Sonderfonds, der von anfänglich zehn auf nun 20 Milliarden Euro aufgestockt wurde, und die Ausweitung des LfA-Bürgerschaftsrahmens. Auch die Möglichkeit, dass sich der Staat über den „Bayernfonds“ an Unternehmen beteiligt, ist in dieser Krisenlage richtig und notwendig.

Damit und mit dem neuen Stabilisierungsfonds des Bundes erweitert sich die Reichweite der Fördermöglichkeiten insbesondere auch für große Fälle, die ohne Hilfe sehr stark auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt durchschlagen würden.

„WAS DIE
UNTERNEHMEN
JETZT BRAUCHEN,
IST LIQUIDITÄT“



WOLFRAM HATZ
Präsident der vbw –
Vereinigung der
Bayerischen Wirtschaft e. V.

Bundesregierung und Bayerische Staatsregierung zeigen mit den Maßnahmenbündeln umfassende Handlungsfähigkeit. Diese müssen nun schnell und unbürokratisch umgesetzt werden, damit den Unternehmen rasch geholfen wird. Jeder ist in der Krise gefordert, sein Bestes im Rahmen seiner jeweiligen Möglichkeiten zu tun.

Es geht jetzt um die Existenzsicherung der Unternehmen. Wenn man die soziale Schiefelage durch die Corona-Krise verhindern und die Unternehmen bei der Bewältigung der Krise unterstützen will, ist die Kurzarbeit ein tragender Pfeiler, durch den die Unternehmen unmittelbar gestärkt werden. Kurzarbeit sichert den Unternehmen Liquidität und ist unerlässlich für die Unternehmens- und Beschäftigungssicherung. Durch das Halten der Belegschaft können die Unternehmen nach der Krise ihre Produktion schneller wieder hochfahren. Ihnen nützt dabei die Entlastung von den Sozialversicherungs-

beiträgen. Das ist die beste soziale Sicherung, die aktuell zur Verfügung steht. Alles, was unsere Betriebe schützt und die Konjunktur stützt, nützt.

Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 bis 2010 war die Wirtschaftskraft Deutschlands, nicht zuletzt dank des besonnenen Handelns von Staat und Unternehmen, stärker als zuvor. Es ist zu hoffen, dass das Ergebnis diesmal genauso sein wird und unser Land die Lage gut meistern kann. Die richtigen Grundlagen dafür sind jedenfalls gelegt. »

DIE CORONA-PANDEMIE WIRD HANDWERK, INDUSTRIE, HANDEL UND DIENSTLEISTUNG NACHHALTIG VERÄNDERN. DIE **SPITZENVERTRETER DER BAYERISCHEN WIRTSCHAFT** BIETEN IN DREI STANDPUNKTEN EINEN BEITRAG ZUR DEBATTE ÜBER WEGE AUS DER KRISE

Wie es weitergeht

Industrieller Neuaufbau und Umbruch

Wir stehen vor einem gravierenden Wandel: Der Begriff „Partnerschaft“ wird neue Kraft erhalten. Globale Beschaffungsstrategien kommen auf den Prüfstand

Darauf war kein Notfallplan abgestellt: Was die aktuelle Corona-Krise Unternehmen aller Größen und Branchen in Bayern abverlangt hat – und noch abverlangen wird –, ist beispiellos. Keiner, der heute Verantwortung im Unternehmen trägt, hat so etwas schon erlebt. Keiner hat Antworten darauf in seinen Krisenplänen vorweggenommen. Keiner von uns kann noch „Business as usual“ betreiben. Dieser Ausnahmezustand wird sich noch eine Zeit lang hinziehen. Und danach wird manches, was bisher als „usual“ galt, womöglich überholt sein.

Vor allem in einem Punkt stehen wir vor einem gravierenden Wandel: Der Begriff „Partnerschaft“ wird neue Kraft erhalten. Auf absehbare Zeit werden Unternehmen in ihrer Zusammenarbeit darauf angewiesen sein, dass sich Kunden und Lieferanten, Dienstleister und Versorger hochflexibel und pragmatisch zeigen. Dabei geht es nicht nur um Zahlungsmodalitäten. Es geht um die Verantwortung für die Existenz des anderen – so, wie es das Leitbild des Ehrbaren Kaufmanns seit jeher vorsieht. Diese Form der Rücksicht wiederum öffnet Perspektiven auf gemeinsame Lösungen. Wie wir es in der Krisenarbeit der IHKs sehen, schlägt jetzt die Stunde des integrierten Denkens und Handelns. Einzelinteressen sind hintangestellt, dem gemeinsamen Bedürfnis von Wirtschaft und Gesellschaft gilt alle Aufmerksamkeit. Daraus ergeben sich recht klare Handlungsempfehlungen für das weitere Vorgehen aller.

Was ist jetzt schon absehbar? Globale Beschaffungsstrategien kommen auf den Prüfstand, Risikobewertungen werden neu angestellt. Das bedeutet: Die Nahversorgung mit Produkten, Zulieferungen und Dienstleistungen bekommt neues Gewicht.

Insbesondere dort, wo Unternehmen Hightech-Wissen und -Bausteine beziehen wollen (oder müssen), um Wettbewerbsvorteile zu erarbeiten und eine höhere Wertschöpfung zu erzielen, ist das der Fall. Das wird Rückwirkungen auf die Lieferketten haben, mehr aber noch auf die Qualifikation der Mitarbeiter – bestehende wie zukünftige. Schon jetzt ist Bayern ein gut positionierter (Aus-)Bildungsstandort mit einer ausgeprägten Rückkopplung an die regionale Wirtschaft. Hier

erweist sich einmal mehr das Duale System als ausgesprochen nachhaltig und wertvoll. Es wird gerade auf dem Weg zurück in die Normalität eine verlässliche Größe bilden, auf die jede Branche, jeder Betrieb aufbauen kann.

Diesen Effekt gilt es nicht nur zu erhalten, sondern zu verstärken – nicht zuletzt zum Schutz vor Abwanderung. Wir werden den Verlust von Talenten zwar nie ganz verhindern können, aber wir können die attraktiven und lebenswerten Merkmale unseres Landes künftig stärker in die Waagschale

werfen. Bei allen Komplikationen, die das Sars-CoV-2-Virus ins Land gebracht hat, werden sich Bayern und seine Wirtschaft widerstandsfähiger zeigen als manch anderer Standort, mit dem wir im Wettbewerb stehen. Gerade für die mittelständischen Hidden Champions im Land ergibt sich daraus ein guter Ansatzpunkt im langfristigen Wettbewerb um kluge Köpfe.

Die Entwicklung von Arbeit 4.0 hat einen deutlichen Schub bekommen. Nicht nur, weil das Homeoffice auf einmal salonfähig geworden ist; hier werden viele Firmen noch große Anstrengungen unternehmen müssen, um die eher zufälligen, improvisierten Lösungen von jetzt in tragfähige Strukturen umzuwandeln. Vielmehr noch wird es darum gehen, die schon heute bestehenden Möglichkeiten zur Digitalisierung auszuweiten und zu verstärken, um auf künftige Krisen schneller und flexibler reagieren zu können – von der Prozessgestaltung über die Verwaltung bis hin zur Fertigung und zum Vertrieb. Die Idee des „Digitalen Campus“ mit einem enorm effizienten Ressourceneinsatz bietet nun die Chance, den Fertigungsfluss zu vereinfachen und Produktion zurückzuholen. Die Optionen des 3-D-Drucks

bieten dabei gerade für unseren Standort enormes Zukunftspotenzial mit höherer Autarkie. Dazu kommt: Der Wert des „Rohstoffs“ verlässliche Information ist gestiegen und wird in den Unternehmen seine Wirkung entfalten. Umso wichtiger ist der zügige Ausbau einer hochleistungsfähigen Breitbandversorgung im ganzen Land.

An „Breitband“ besteht auch an anderer Stelle Bedarf. Die Notwendigkeit, persönliche Kontakte zu reduzieren, verschafft

„DIE NAHVORSOR-
GUNG MIT PRODUK-
TEN, ZULIEFERUN-
GEN UND
DIENSTLEISTUNGEN
BEKOMMT NEUES
GEWICHT“



DR. EBERHARD SASSE
Präsident der IHK für
München und Oberbayern

Beschaffungsströme in die Städte vermeiden. Für Unternehmen außerhalb der Metropolen eröffnen sich zusätzliche Optionen, den Betrieb aufrechtzuerhalten, weil Mitarbeiter auf kurzen Wegen in die Firma gelangen und zur flexiblen Gestaltung von Arbeitsprozessen beitragen können.

Eine weitere Chance gilt es, ebenfalls ohne Zögern zu nutzen: In der Zeit des industriellen Neuaufbaus und Umbruchs, der sich jetzt anbahnt, sollten wir unser Know-how und Potenzial nutzen, um mit Entwicklungen und Produkten zum Schutz des Klimas einen dauerhaften Vorsprung zu erarbeiten. Diese Aufgabe wird noch mehr Kräfte brauchen als jetzt die Bewältigung der Pandemie.

Nicht zuletzt gilt daher: Vorsorge schützt und die Verbesserung von Abläufen und Systemen ist unternehmerisches Gebot. Damit wir dieser – und der nächsten – Krise souverän begegnen können.

dem Onlinehandel besonderen Schub, der über die Krise hinaus wirkt. Auf den weiter wachsenden Lieferverkehr aber benötigen insbesondere unsere Innenstädte Antworten. Viele bestehende und geplante Konzepte sind noch nicht darauf eingestellt, was Tür-zu-Tür-Anlieferung in großem Stil mit sich bringt. Gerade wenn es um die Lebensfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen geht, braucht es hier belastbare Lösungen. Dann haben auch lokale Bringdienste jenseits von Pizza und Pasta eine Chance.

Die Ausnahmesituation dieser Tage macht erkennbar, was es sich überdies lohnt zu bewahren und zu verstärken: Dezentrale Strukturen sind, gerade mit Blick auf den ländlichen Raum, ein klarer Vorteil beim Aufrechterhalten der Nahversorgung. Das gilt für Lebensmittel und die Güter des täglichen Bedarfs ebenso wie für den Gesundheitsbereich. Dadurch lassen sich die Versorgungswege für die Menschen kurz halten und

Handwerk braucht zügige Entscheidungen

Die Corona-Krise hat das Handwerk empfindlich getroffen. Es gilt, Baugenehmigungen schneller zu erteilen und geplante Investitionen vorzuziehen

Ich danke allen Kunden, die unseren Handwerksbetrieben in den letzten Wochen die Treue gehalten, bei ihnen eingekauft und neue Aufträge erteilt haben. Die Betriebe in Bayern brauchen private und gewerbliche Aufträge jetzt dringender denn je: Viele Handwerkerinnen und Handwerker mussten zuletzt teils heftige Umsatzeinbußen hinnehmen. Auch wenn noch keine endgültigen Zahlen vorliegen, steht bereits fest: Die Corona-Krise hat das Handwerk empfindlich getroffen. Die Auswirkungen werden noch über lange Zeit zu spüren sein.

Um die Folgen zu lindern und so viele Betriebe wie möglich zu retten, muss die Politik weiter pragmatisch handeln: Unsere Handwerksbetriebe brauchen einen erleichterten Zugang zum Kurzarbeitergeld. Steuern müssen gestundet und Liquiditätshilfen in Form von Überbrückungskrediten und Bürgschaften gewährt werden. Hierbei kommt der Verwaltung sowie den Haus-, Förder- und Bürgschaftsbanken eine besonders wichtige Rolle zu. Sie müssen möglichst unbürokratisch dafür sorgen, dass die Gelder

schnell fließen. Eine zu lange dauernde Kreditprüfung kostet Betriebe, die sich in einem existenzbedrohenden Liquiditätsengpass befinden, wertvolle Zeit. Das bayerische Handwerk begrüßt daher den Beschluss der Staatsregierung, auch für Betriebe mit bis zu zehn Beschäftigten ohne langwierige Prüfverfahren eine 100-prozentige staatliche Garantie zu übernehmen. An jedem Betrieb hängen Arbeits- und Ausbildungsplätze, die es zu sichern gilt! Neben den Verbrauchern kommt hierbei der öffentlichen Hand eine besondere Rolle zu: Das Handwerk braucht zügige Verwaltungsprozesse und Entscheidungen. Es gilt, Baugenehmigungen schneller zu erteilen und geplante Investitionen vorzuziehen. Ausschreibungen sollten möglichst so gestaltet werden, dass kleine und mittlere Betriebe zum Zug kommen. Aufgaben kommunaler Eigenbetriebe könnten in Teilen vom Handwerk übernommen werden. In Kombination mit den Aufträgen der privaten Verbraucher hilft dies, Arbeits- und Ausbildungsplätze im bayerischen Handwerk zu erhalten. □



**FRANZ XAVER
PETERANDERL**
Präsident des Bayerischen
Handwerkstags (BHT)

„UM DIE FOLGEN ZU LINDERN UND SO VIELE BETRIEBE WIE MÖGLICH ZU RETTEN, MUSS DIE POLITIK WEITER PRAGMATISCH HANDELN“

FÜR NOCH MEHR TRANSPARENZ

DEUTSCHER NACHHALTIGKEITSKODEX

Der Deutsche Nachhaltigkeitskodex (DNK) ist ein branchenübergreifender Standard für die Berichterstattung unternehmerischer Nachhaltigkeitsleistungen, der 2011 im Auftrag der Bundesregierung ins Leben gerufen wurde. Er macht die nachhaltigen Leistungen von Unternehmen sichtbar und besser vergleichbar. Ein Anliegen der LfA ist es, durch eine nachhaltige Ausrichtung und eine stetige Weiterentwicklung der Fördermaßnahmen den Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Wirtschaft zu unterstützen

und damit zur nachhaltigen Entwicklung des Freistaats Bayern beizutragen. Jetzt hat die LfA ihre erste Erklärung zum Deutschen Nachhaltigkeitskodex veröffentlicht. Ziel dieser Erklärung ist es, die Nachhaltigkeitsleistungen der LfA systematisch, transparent und vergleichbar einsehbar zu machen. Sie ergänzt außerdem die Nachhaltigkeitsberichte, die seit 2012 regelmäßig erscheinen. Die DNK-Erklärung der LfA ist auf der Webseite www.deutscher-nachhaltigkeitskodex.de im Bereich „Datenbank“ abrufbar.

FÖRDERBILANZ 2019

2,4 MILLIARDEN EURO

Im Jahr 2019 konnten rund 4.300 mittelständische Unternehmen und Kommunen von Darlehen in Höhe von knapp 2,4 Milliarden Euro profitieren. Im Fokus des bayerischen Mittelstands standen neben Digitalisierungs- und Innovationsvorhaben vor allem die Energie- und die Klimaschutzförderung. „Umwelt- und Energiemaßnahmen werden mit dem Förderangebot der LfA ebenso finanziert wie Innovation und Digitalisierung oder Existenzgründer und Unternehmensnachfolger“, erklärt Bayerns Wirtschaftsminister und LfA-Verwaltungsratsvorsitzender Hubert Aiwanger. „Die Förderbank ist unverzichtbar für die wirtschaftliche Entwicklung im Freistaat.“

Tanja Schwarz

Abteilung
Förderkredite

Position
Kreditspezialistin
Seit 2001 bei der LfA



„Meine Arbeit macht mich gerade besonders zufrieden“

Ende letzten Jahres habe ich zum ersten Mal vom Coronavirus gehört. Da waren die Nachrichten aus Wuhan aber noch wahnsinnig weit weg. Ende Februar war ich dann im Stubaital in Tirol Ski fahren: Die Mitarbeiter im Service hielten Abstand, alles wurde regelmäßig desinfiziert, die Atmosphäre war angespannt. Da wurde mir bewusst, dass die Pandemie auch in unseren Alltag eingreifen wird. Im März ist mein Team zum ersten Mal auch im Job mit den Folgen des Virus konfrontiert worden. 2008 habe ich bereits die Finanz- und Wirtschaftskrise in meiner Zeit bei der LfA miterlebt, ich habe also schon Erfahrungen gesammelt, wie man mit Krisen umgeht. Aktuell arbeiten wir unter Hochdruck daran, die Betriebe in Bayern zu unterstützen, und geben alles, damit der Schutzschirm dort ankommt, wo er benötigt wird. Deswegen macht mich meine Arbeit gerade besonders zufrieden. In dieser Zeit ist es wahnsinnig wichtig, einen guten Job zu machen – dieser Gedanke motiviert mich jeden Morgen aufs Neue. Bei der LfA bin ich seit fast 20 Jahren. In der Abteilung Förderkredite betreue ich Risikofälle aus Programmkrediten. Betriebe und Gründungsvorhaben zu begleiten, Einblicke in unterschiedliche Branchen zu gewinnen und die Entwicklung von Unternehmen mitzuerleben, finde ich auch schon in normalen Zeiten total spannend.



Michael Moser

Abteilung
Förderberatung

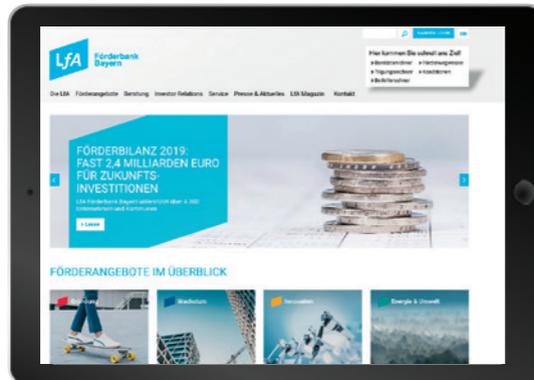
Position
Berater
Seit 2001 bei der LfA

„Jetzt gilt es, für die Unternehmen da zu sein“

Ich arbeite gern für die LfA. Die Zusammenarbeit im Team und unsere Aufgaben gefallen mir. Wir unterstützen kleine und mittelständische Unternehmen bei Finanzierungsthemen. Wir beraten neutral, welche Möglichkeiten es gibt und wie sich Unternehmer professionell auf einen Hausbankbesuch vorbereiten. Anfragen kommen vom Gründer über den Handwerker, der den Betrieb über den Eltern übernimmt, bis zum Unternehmen, das in die Digitalisierung investiert. Derzeit dreht sich wegen der Corona-Krise aber fast alles um die Liquiditätssicherung. Gerade jetzt gilt es, für die Unternehmen da zu sein. Wir analysieren die Situation, geben Hinweise, sprechen bei Bedarf auch mit der Hausbank. Chancen sehe ich nach der Krise aber auch: Das Thema Digitalisierung und Innovation wird stark vorangetrieben. Wie wir arbeiten, wird sich ändern, auch bei uns: Kürzlich haben wir eine Info-Veranstaltung zum Thema Corona-Hilfen für Dienstleister der Messe München als Videokonferenz durchgeführt. Über 100 Teilnehmer waren zugeschaltet. Mein Arbeitsplatz ist momentan das Homeoffice. Das funktioniert reibungslos, aber ich freue mich wieder auf den direkten Kontakt mit Kunden und Kollegen. Wir sind sonst viel unterwegs: auf regelmäßigen Sprechtagen in ganz Bayern und auf Gründer- und Unternehmertreffen.



Die blaue Raute bildet die Basis des modernisierten Markenauftritts und des Logos. Die Website www.lfa.de ist auch im neuen Design gestaltet



NEUER MARKENAUFTRITT FÜR DIE LfA

NEUES DESIGN

Das neue Design der LfA Förderbank Bayern ist direkter, klarer und einfacher. Das zentrale Element des neuen Markenauftritts und des neu gestalteten Logos ist die einprägsame blaue Raute. Die LfA präsentiert sich damit als moderne, kundenorientierte, effiziente und nachhaltige Förderbank. „Für die LfA Förderbank Bayern gilt: Beratung. Finanzierung. Erfolg. Das bringen wir mit unserem neuen Markenauftritt selbstbewusst zum Ausdruck“, erklärt Dr. Otto Beierl. „Das neue Logo hat insgesamt einen höheren Wiedererkennungswert: die Schrift ist prägnant und zeitgemäß – der starke Name LfA Förderbank Bayern steht für sich.“



Das FSC®-Warenzeichen garantiert, dass das verwendete Papier aus verantwortungsvoller Waldwirtschaft und anderen kontrollierten Materialien stammt. Mit der im Logo angegebenen Lizenznummer können auf info.fsc.org Informationen zur zertifizierten Druckerei eingesehen werden.



Die Sonderausgabe des LfA Magazins wurde Ende März/Anfang April kurzfristig fertiggestellt. Wir bitten um Verständnis, dass sich ihr Inhalt an der Corona-Lage in dieser Zeit orientiert.

IMPRESSUM

Herausgeber LfA Förderbank Bayern, Königinstraße 17, 80539 München
Verantwortlich Bettina Daimer, Michael Muhsal, Markus Wöhl
Internet www.lfa.de
Verlag storyboard GmbH, Wiltrudenstraße 5, 80805 München
Leiter der Verlagsredaktion Stefan Ruzas
Redaktion Marlene Irausek, Alissa Selge
Bildredaktion Elina Gathof, Jasmin Rozencajwaj
Gestaltung Claudia Homer, Thomas Saible
Lektorat Lektorat Süd, www.ektorat-sued.de
Druck Druckerei Vogl GmbH & Co. KG, Zorneding

Wenn Sie künftig unsere Informationen und Angebote nicht mehr erhalten möchten, können Sie der Verwendung Ihrer Daten für Werbezwecke widersprechen. Teilen Sie uns dies bitte möglichst schriftlich unter Beifügung des Werbemittels und Angabe Ihres Namens sowie Ihrer Anschrift an unsere Adresse mit: LfA Förderbank Bayern, Unternehmenskommunikation, Königinstraße 17, 80539 München, E-Mail: magazin@lfa.de

Nähere Informationen finden Sie unter: www.lfa.de/datenschutz

DATENSCHUTZINFORMATION: Ihre Adressdaten stammen von Media Information Systems Deutschland GmbH, Bavariaring 16, 80336 München. Sie verarbeitet auf Grundlage der Interessenabwägung gemäß Artikel 6 (1) (f) DS-GVO Ihre Adressdaten und Selektionskriterien, um Ihnen Werbung von Unternehmen zuzusenden. Sie können der künftigen Verwendung Ihrer Daten zu diesen Zwecken jederzeit unter o.g. Anschrift widersprechen. Dort erreichen Sie auch den Datenschutzbeauftragten. Weitere Informationen zum Datenschutz erhalten Sie unter www.mis-datenschutz.de



CORONA-HILFE FÜR UNTERNEHMEN

Die LfA unterstützt mit Krediten und Risikoübernahmen.

Bayerns Mittelstand ist stark in seiner Vielfalt. Damit das so bleibt, unterstützen wir Unternehmen bei der Bewältigung der Corona-Krise. Die Kredite, Haftungsfreistellungen und Bürgschaften der LfA können über Ihre Hausbank beantragt werden.

Gerne beraten wir Sie, wie die LfA gemeinsam mit Ihrer Hausbank Ihre Zukunftsfähigkeit stärken kann. Weitere Informationen:

www.lfa.de

Beratung.
Finanzierung.
Erfolg.

LfA

Förderbank
Bayern